Dienstag, den 4. Oktober 1927. Einzelnummer 10 Pfennig. 38. Jahrgang — Nr. 232

Volkswacht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung", „Rundfunk", „Sozialistische Literatur-Rundschau", „Für die Frauen", „Arbeiter-Sportbewegung" u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend"

Bezugspreis: Die „Volkswacht" erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition Flurstraße 4/6, durch die Buchhandlungen der „Volkswacht", Neue Graupenstraße Nr. 5 und Neue Taschenstraße 11, sowie durch alle Austräger zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0,42 Rmk. + 8 Pf Trägerlohn = 0,50 Rmk., monatlich 1,75 Rmk. + 35 Pf. Trägerlohn = 2,10 Rmk. Durch die Post einschl. Zustellungsgebühren 2,46 Rmk.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2

Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141

Postscheck-Konto: Postscheck-Amt Breslau Nr. 5852.

Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Fil. Breslau

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 14 Pf. auswärts 17 Pf. Anzeigen unter Text 70 Pf. Stellenangebote 16 Pf., Familienanzeigen, Stellengesuche, Vereins-, Versammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 7 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das fette Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Flurstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Rückporto beiliegt

Abrechnung mit Baldwin.

Die Eröffnung des Kongresses der englischen Arbeiterpartei in Blackpool.

London, 3. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Am Montag trat in Blackpool ein von mehr als tausend Delegierten beschickter Kongreß der Arbeiterpartei zusammen. Die Eröffnungssitzung stand im Zeichen der Vorbereitung zu den Neuwahlen im Jahre 1928. Nachdem die Konferenz im Namen der Stadt Blackpool von deren Bürgermeister, einem Konservativen, begrüßt worden war, erhielt der Parteivorsitzende J. O. Robert, der im Ministerium Mac Donald den Posten eines Ministers der Pensionen bekleidet hatte, das Wort zu seiner programmatischen Eröffnungsrede.

Der Redner wies eingehend darauf hin, daß die unmittelbare Aufgabe der Bewegung darin bestehe, alle Energien einzusetzen, um die Wiederkehr einer Arbeiterregierung bei den kommenden Neuwahlen vorzubereiten. Die gesamte Arbeiterbewegung, nach der politischen, gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Seite hin, geeinigt, werde unermüdlich an dieser Aufgabe arbeiten. Robert wandte sich hierauf der Tätigkeit der Kommunisten in der Arbeiterbewegung zu und erklärte, die Gewerkschaftsbewegung hätte den zerrüttenden Einfluß der Minderheitenbewegung zu spüren bekommen. Auch in den lokalen Ortsgruppen der Arbeiterpartei hätten die Kommunisten den Versuch gemacht, ihren Einfluß einzusetzen und die Beschlüsse des vorjährigen Parteitages, welcher die Kommunisten aus der Arbeiterpartei ausgeschlossen habe, unwirksam zu machen. Die Arbeiterpartei müsse Herrin im eigenen Hause sein und dürfe sich nicht von Feinden innerhalb oder außerhalb ihrer eigenen Reihen zerstören lassen. Sich der innerpolitischen Situation zuwendend, erklärte der Redner, daß die Nation nunmehr in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht den Preis dafür zahlen müsse, daß sie 1927 eine reaktionäre Regierung in den Sattel gehoben hätte. **Die Jahre der konservativen Regierung stellten eine Tragödie für Großbritannien dar. Ueber der konservativen Herrschaft stünden in riesigen Buchstaben das Wort Bankerott.** Nach der sozialen Seite hin sei die Bilanz große Lohnherabsetzung, Verschlechterung des Lebensstandards der Arbeiterklasse und Verringerung der inneren Kaufkraft. Dieser Unfähigkeit der Regierung in der inneren Politik entspreche deren Unfähigkeit, Kurzsichtigkeit und Mangel an Mut in der äußeren Politik. Gegenüber Rußland habe die Regierung eine Politik eingeschlagen, die heuchlerisch und den britischen Interessen abträglich zu sein scheine. Die britische Politik gegenüber Rußland werde schon allein durch die Tatsache verdammt, daß andere Regierungen, die dieselben Beschwerden an die Adresse Moskaus hätten, es abgelehnt haben, dem britischen Beispiel zu folgen.

Dem Völkerbund sich zuwendend, stellte Robert fest, die britische Völkerbundspolitik sei völlig negativ geworden. Sir Austen Chamberlain und seine Kollegen hätten Großbritannien im Völkerbund auf eine unrühmliche Weise moralisch isoliert. Sie seien von der Idee besessen, daß sich der Völkerbund zu schnell entwickle, und ihre Politik hätte darin bestanden, den Wirkungskreis des Völkerbundes einzuengen. **Ueberall dort in Europa, wo die Reaktion ihr Haupt erhoben hätte, in Italien, Ungarn, Litauen und anderen Ländern, werde Chamberlain als Führer der internationalen Reaktion begrüßt.**

Robert schloß den programmatischen Teil seiner Rede mit den Worten: „Wir müssen alles tun, zum ersten Male eine Arbeiterregierung mit einer parlamentarischen Majorität zu sichern, denn nur auf diesem Wege können wir die Politik der Partei voll und ganz durchführen."

Die Exekutive teilte hierauf der Konferenz mit, daß der Vorstand 9 Ortsgruppen der Arbeiterpartei wegen Nichtbefolgung des vorjährigen Liverpooler Beschlusses gegen die Kommunisten von der Partei korporativ ausgeschlossen hätte.

Ein vereiteltes Komplott in Spanien.

Madrid, 3. Oktober. „Noticiero del Lunes" veröffentlicht ein amtliches Communqué, das besagt: Ministerpräsident Primo de Rivera ist bei seiner gestrigen Ankunft in Madrid davon in Kenntnis gesetzt worden, **daß die Leitung der Sicherheitspolizei ein revolutionäres Komplott aufgedeckt hat.** Den Verschwörern, die etwa 200 Mann zählten, war es gelungen, sich reichlich mit Bomben und Explosivstoffen zu versehen, die aller Wahrscheinlichkeit nach dazu bestimmt waren, Attentate herbeizuführen und dadurch Unruhen hervorzurufen. Sämtliche Verschwörer sind festgenommen und ihr Material ist beschlagnahmt worden. Die verschiedenartige Zusammensetzung der Elemente, die an dem Komplott teilnahmen, verhinderte es, die Ziele der Verschwörer zu erkennen. Die Regierung glaubt, daß es den Führern der Bewegung nur darauf ankam, ihren Anhängern gegenüber ihre Aktivität zu beweisen. In ganz Spanien herrscht völlige Ruhe.

Militärrevolte in Mexiko.

London, 3. Oktober. Reuter meldet aus Mexiko: Gestern abend revoltierten 400 Mann der hiesigen Garnison und verließen die Hauptstadt, vermutlich um die von Gegnern der Regierung betriebene Kampagne gegen die Wiederwahl des früheren Präsidenten Obregon zu unterstützen. Die beiden Führer dieser Kampagne, die Generale Ernulfo Gomes und Francisco Serrano, die jetzt als Präsidentschaftskandidaten auftreten, sind seit Sonnabend verschwunden. In verschiedenen Orten herrscht unter den Truppen eine gewisse Unruhe. Von maßgebenden Kreisen wird jedoch erklärt, daß die Lage bisher überall ruhig sei.

Die Revolte unterdrückt.

Mexiko, 4. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Der Aufstand der Generale Gomez und Serrano wurde unterdrückt. Die meuternden Truppenteile verlassen die Hauptstadt, verfolgt von den Regierungstruppen. Serrano ist festgenommen worden. Die einzelnen Bundesstaaten haben dem Präsidenten Calles versichert, daß mit der Niederschlagung des Aufstandes innerhalb 48 Stunden zu rechnen sei. In der Hauptstadt ist es ruhig.

Die französisch-amerikanischen Differenzen

Der Notenwechsel in der Zollfrage.

Paris, 3. Oktober. Das französische Außenministerium veröffentlicht den Text der zwischen der französischen Regierung und der Regierung der Vereinigten Staaten gewechselten Noten über die französische Zolltarifreform. Am 7. September hatte die amerikanische Regierung bei Frankreich die Meistbegünstigung beantragt, worauf die französische Regierung in einer Note antwortete. In dieser vertrat sie die Ansicht, daß man das prohibitive Regime, das sich für gewisse spezifische französische Produkte aus den besonders hohen amerikanischen Zollsätzen der Jetztzeit ergäbe, nicht als gleichstehend mit den maßvollen Zollsätzen des französischen Minimaltarifs betrachten könne. Die französische Regierung wünsche daher von der amerikanischen Regierung vor Aufnahme neuer Verhandlungen die Versicherung zu erhalten, daß man sich darüber einig sei, daß die beginnenden Verhandlungen einerseits Amerika die Anwendung des Minimaltarifs auf den französischen Märkten, andererseits der französischen Ausfuhr Vorteile derselben Art auf den amerikanischen Märkten sichern müßten. — Auf diese Note ließ die amerikanische Regierung am 20. September in Paris eine Denkschrift überreichen, in der sie ihrer Ueberraschung über die Haltung der französischen Regierung Ausdruck gab und betonte, daß das amerikanische Gesetz, das die Zollsätze auf die Einfuhr regelt und festlegt, nicht den Abschluß eines Handelsvertrages auf dem Grundsatz der Gegenseitigkeit, was diese Zollsätze selbst betrifft, vorsieht. Die Denkschrift schloß mit einem Hinweis auf die Empfehlungen der Genfer Weltwirtschaftskonferenz. — Die Antwort auf diese Denkschrift erfolgte am 30. September in Form einer Note der französischen Regierung, in der ausführlich gegen die in der amerikanischen Denkschrift entwickelte Zolltheorie Stellung genommen wird. Zum Schluß bemerkte die Note, daß sie eine endgültige Antwort nach der Auffassung der französischen Regierung darstelle. Die französische Regierung sei geneigt, wirtschaftliche Maßnahmen in entgegenkommender Weise ins Auge zu fassen, wenn die amerikanische Regierung es nicht ablehne, wie sie es bisher getan habe, im Rahmen ihrer eigenen Gesetzgebung die gerechten Forderungen der französischen Exporteure zu prüfen. Nur in diesem Falle glaube die französische Regierung, daß die Verhandlungen zu einem dauerhaften Handelsvertrag führen würden.

Kreditpolitik als Mittel des Klassenkampfs.

Zu der Gefährdung der preußischen Dollaranleihe.

Kr. Mit Recht hat sich in ganz Deutschland in der Linkspresse eine nicht geringe Erregung über die Tatsache gezeigt, daß der Anleihe der preußischen Staatsregierung, die gegenwärtig in Amerika aufgelegt werden soll, kurz vor ihrem Abschluß große Schwierigkeiten in den Weg gelegt wurden. Formell gingen diese Schwierigkeiten aus von der amerikanischen Zulassungsstelle. Es ist aber ein offenes Geheimnis, daß diese Zulassungsstelle selbst zuerst anderer Auffassung war und nicht die Absicht hatte, die Auflegung der Anleihe zu verbieten, und daß sie ihre Auffassung erst geändert hat auf Grund einer Beeinflussung durch andere Stellen. Um welche Stellen es sich dabei handelt, ist nicht genau zu erkennen. Teilweise wird der Reparationsagent als derjenige bezeichnet, der gegen die Auflegung der Anleihe sein Veto eingelegt haben soll. Daneben erhält sich aber auch trotz eines formalen Dementis der Reichsbankleitung die Meinung, daß auch der Präsident der Reichsbank, Dr. Schacht, die zuständige amerikanische Stelle zu ihrem Standpunktwechsel veranlaßt haben soll. Man wird wohl der Wahrheit am nächsten kommen, wenn man annimmt, daß beide Stellen daran beteiligt sind und hier zusammenarbeiten. Die ganze Angelegenheit hat besonders deshalb so großes Aufsehen erregt, weil die Begründung für die plötzliche Schwenkung der amerikanischen Zulassungsstelle sachlich völlig unhaltbar ist. Obwohl nämlich diese Zulassungsstelle zunächst anerkannt hatte, daß die preußische Anleihe produktiven Zwecken dienen solle, wurde das später plötzlich in Zweifel gezogen, tatsächlich vollkommen zu Unrecht, da zweifellos feststeht, daß die Anleihe wirklich zu produktiven Zwecken, Hafen- und Kanalbauten usw. verwendet werden soll.

Das Bedenkliche an dieser ganzen Angelegenheit ist nun, daß auf der einen Seite die Begründung für die Finanz- und Wirtschaftspolitik der Reichsbank, als deren Ausfluß der nachträgliche Einspruch der Reichsbank angesehen werden muß, volkswirtschaftlich völlig falsch ist und daß andererseits hierdurch die ganze Arbeit der deutschen Länder und Kommunen auf das schwerste geschädigt wird.

Was die Anleihepolitik der Reichsbank überhaupt angeht, so ist zunächst festzustellen, daß sich der Reichsbankpräsident in dieser Beziehung in einem ziemlich schroffen Gegensatz zum Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius befindet. Die Reichsbank vertritt ihre Anleihepolitik, die sie übrigens schon seit längerer Zeit in ziemlich schroffer Weise betreibt und die darauf hinausläuft, deutsche Auslandsanleihen möglichst zu erschweren, und die bereits dazu geführt hat, eine ganze Reihe deutscher Auslandsanleihen tatsächlich zu verhindern, damit, daß eine starke Auslandsverschuldung Deutschlands die Durchführung des Dawes-Planes gefährden müsse. Denn jede Verschlechterung der deutschen Zahlungsbilanz müsse den Transfer (d. h. die Uebertragung der in deutscher Währung gezahlten Reparationssummen in ausländische Währung) wegen der durch sie hervorgerufenen starken Beanspruchung des Devisenmarktes erschweren. Die starke Auslandsverschuldung Deutschlands bedeute aber lang andauernde deutsche Zahlungsverpflichtungen an das Ausland, die um so größer würden, je größer die Auslandsverschuldung ist. Die Reichsbank hat damit die Summen im Auge, die an Zinsen und an Tilgungsquoten für die aufgenommenen Auslandsanleihen in Zukunft an das Ausland gehen müssen. Es ist zuzugeben, daß soweit der Gedankengang der Reichsbank unbestreitbar richtig ist. Ein Fehler ist es aber schon, daß die Reichsbank nur diese Seite der Sache ins Auge faßt. Es ist nämlich nicht richtig, daß, wenn diese Zahlungsverpflichtungen wachsen, daraus auf jeden Fall eine allgemeine Verschlechterung der deutschen Zahlungsbilanz erwachsen muß. Das im Ausland aufgenommene Kapital arbeitet doch in Deutschland. Es ist dazu bestimmt, und leistet das auch in Wirklichkeit, die deutsche Produktion zu steigern, indem sie die Rationalisierung unseres Produktionsapparates ermöglicht. Diese Rationalisierung der Wirtschaft aber kann sich zum mindesten und wird sich auch auf die Dauer dahin auswirken, daß Deutschland auf dem Weltmarkt in höherem Maße konkurrenzfähig wird und daß infolgedessen die deutsche Ausfuhr steigt. Daraus entstehen dann aber Zahlungsforderungen Deutschlands an das Ausland, und die zuerst entstandenen Zahlungsverpflichtungen können dadurch zum mindesten wieder ausgeglichen werden. Alles dies gilt um so mehr, als die Rationalisierung in Deutschland, die Ueberwindung der Wirtschaftskrisen, die Wiederinstandsetzung des gesamten deutschen Produktionsapparates ohne diesen Zustrom von ausländischem Kapital gar nicht möglich war, wie seinerzeit auch der Dawes-Ausschuß ausdrücklich anerkannt hat. Die deutsche Volkswirtschaft besitzt nach der Kapitalvernichtung durch Krieg und Inflation einfach nicht so viel Eigenkapital, um den Wiederaufbau der Wirtschaft ohne einen Zuschuß an Auslandskapital leisten zu können. Sie bedarf also dringend eines vorübergehenden Kapitalzustroms

aus dem Ausland, da sie ohne diesen nicht einmal zur eigenen Kapitalneubildung übergehen kann. Gerade im Zusammenhang mit den Reparationszahlungen muß hierauf hingewiesen werden. Denn alle Sachverständigen sind sich darüber klar, daß die Reparationszahlungen von Deutschland nur dann geleistet werden können, wenn Deutschlands Ausfuhr in hohem Maße gesteigert wird. So sind diese Auslandsanleihen bis zu einem gewissen Grade geradezu die Voraussetzung dafür, daß Deutschland seine Reparationszahlungen in Zukunft wird leisten können.

Außerdem ist nun gegen die Anleihepolitik der Reichsbank einzuwenden, daß das Mittel, daß sie anwendet, untauglich ist. Da die Reichsbank schon seit Monaten langfristige Auslandsanleihen stark erschwert, bezw. direkt verhindert hat, liegen bereits Erfahrungen darüber vor. Der ganzen Lage der Sache nach ist die Reichsbank nur in der Lage, den langfristigen Auslandskredit zu regulieren. Die Anleiheüberwachungsstelle erfaßt nur den Kredit, der in langfristigen Anleihen konsolidiert ist, nicht aber den kurzfristigen Kredit. Die einzige Folge einer Erschwerung des langfristigen Kredits ist daher in einem Falle, in dem der Kredit unbedingt benötigt wird, daß der Kreditnehmer, anstatt eine Anleihe aufzulegen, kurzfristigen Kredit aufnimmt. Tatsächlich ist denn auch die einzige Folge der Anleihepolitik der Reichsbank gewesen, daß von deutschen Stellen in großem Maßstabe kurzfristige Kredite aufgenommen worden sind. Die Reichsbank hat also lediglich bewirkt, daß aus der langfristigen deutschen Auslandsverschuldung eine kurzfristige deutsche Auslandsverschuldung wurde. Eine Verringerung dieser Auslandsverschuldung in größerem Maßstabe aber hat sie dadurch nicht erreichen können. Da nun aber eine kurzfristige Auslandsverschuldung volkswirtschaftlich viel gefährlicher als eine langfristige ist, (können doch kurzfristige Kredite ganz plötzlich und in unbegrenzter Höhe gekündigt werden, wodurch die Wirtschaft dann in große Schwierigkeiten kommen kann, und bedeutet doch die Auflegung von langfristigen Anleihen gerade die Sicherung gegen solche finanziellen Ueberraschungen), ist die einzige Folge der Anleihepolitik der Reichsbank gewesen, die Lage der deutschen Wirtschaft noch gefährlicher zu machen, als sie ohne diese Eingriffe der Reichsbank wäre. Grundsätzlich haben wir natürlich nichts dagegen einzuwenden, daß es in Deutschland eine staatliche Stelle gibt, die die Kreditpolitik der deutschen Volkswirtschaft überwacht und Ausschweifungen einzelner Unternehmungen im Interesse des Ganzen verhindert. Es liegt ja nur in der Linie der sozialistischen Politik, die kapitalistische Privatwirtschaft von Staatswegen zu ordnen und zu regeln. Voraussetzung dafür ist aber natürlich, daß die betreffende Stelle die Bedürfnisse der deutschen Wirtschaft richtig erfaßt. Und das ist hier nicht der Fall.

Wie wenig das der Fall ist, kann man auch erkennen, wenn man sich nun die andere Seite der Sache ansieht, nämlich die Rückwirkung dieser Anleihepolitik der Reichsbank auf die Lage der Länder und der Kommunen. Der Finanzbedarf insbesondere der Kommunen, aber auch zahlreicher Länder, ist gerade im gegenwärtigen Augenblick sehr groß. Ist doch der Aufgabenkreis besonders der Gemeinden in der Zeit nach dem Kriege stark angewachsen und sind doch auf der anderen Seite die Finanzen der Länder und der Gemeinden nicht unerheblich zugunsten des Reiches beschnitten worden. Besonders die Kommunen, aber auch zahlreiche Länder, sind, wenn sie die großen Fürsorgeaufgaben, die ihnen übertragen sind, erfüllen und den Aufgaben gerecht werden sollen, die ihnen aus der Notwendigkeit des Wiederaufbaus unserer Wirtschaft erwachsen, genötigt, große Summen flüssig zu machen. Da ihnen diese Summen aus den Steuereingängen nicht zufließen, ist ihnen das nur dadurch möglich, daß sie ihr immobiles Vermögen durch Aufnahme von Krediten wenigstens teilweise flüssig machen. Man erschwert deshalb die notwendige Tätigkeit der Gemeinden und der Länder außerordentlich, wenn man es ihnen möglich macht, langfristige Auslandskredite zu nehmen. Daß natürlich nur Anleihen zu produktiven Zwecken berechtigt sind, ist eine Selbstverständlichkeit. Niemand will ja auch die überwachende Tätigkeit der Reichsbank überhaupt beseitigen und niemand macht der Reichsbank Vorwürfe, wenn sie unproduktive Anleihen verhindert. Es handelt sich in diesem Falle aber gerade um Anleihen, deren produktive Verwendung unbestritten feststeht.

Da wir nicht glauben können, daß der als sehr sachverständig bekannte Reichsbankpräsident Dr. Schacht diese wirtschaftlichen Zusammenhänge nicht ebenfalls kennt, muß angenommen werden, daß er noch andere Gründe für seine Politik hat. Solche anderen Gründe scheinen denn auch tatsächlich vorzuliegen. Man muß sich in diesem Zusammenhange an die Neuorganisation der Reichsbank erinnern, die im Zusammenhang mit der Durchführung des Dawesplans stattfand. Bei dieser Gelegenheit ist dem Reichsbankpräsidenten ein Verwaltungsrat an die Seite gestellt worden, in dem die deutsche Privatwirtschaft, vor allen Dingen die Großindustrie und die Großfinanz, sehr stark vertreten ist. Die Handlungen des Reichsbankpräsidenten sind daher stark von dem Willen der deutschen Großindustrie und der deutschen Großfinanz abhängig. In diesen Kreisen aber besteht schon seit Jahren das Bestreben, die wirtschaftliche Tätigkeit der öffentlichen Hand, und zwar sowohl des Reiches als auch der Länder und der Gemeinden, einzuschränken. Jenes Bestreben begann mit den Bemühungen des Herrn Stinnes, die deutsche Eisenbahn der Großindustrie in die Hände zu spielen. Es spricht aus allen Aeußerungen der führenden Großindustriellen und der Finanzleute, auf allen Tagungen des Reichsverbandes der Industrie usw. Man sieht in der Ausdehnung der wirtschaftlichen Tätigkeit der öffentlichen Hand eine Einschränkung der eigenen privatkapitalistischen Machtsphäre. Besonders kämpft die Großindustrie in dieser Beziehung seit Jahren gegen die preußische Regierung wie auch gegen die sächsische Regierung. Und die wirkliche Erklärung für die Schwierigkeiten, die man der neuen preußischen Anleihe macht, liegt einfach darin, daß man Preußens wirtschaftliche Tätigkeit weiter beschränken will. Ueberdies will das Großkapital die Finanzen der Gemeinden beschränken, damit diese nicht mehr imstande sind, ihre großen sozialen Aufgaben zu erfüllen. Man will auf diese Weise einen Abbau der sogenannten Soziallast, die das Profitstreben des Großkapitals einengt, erzwingen. Ist dem aber so, so muß diese Politik der Reichsbank nicht nur wegen ihrer soeben geschilderten volkswirtschaftlichen Schädlichkeit bekämpft werden, sondern sie muß auch bekämpft werden als ein neuer Vorstoß des Großkapitals, die Wirtschaftspolitik und Sozialkolitik der Länder und Gemeinden zu beherrschen und von ihrem Interessen- und Klassenstandpunkt aus zu bestimmen. Es handelt sich also hier bei Licht besehen um Maßnahmen des sogenannten Klassenkampfes von oben. Deshalb muß unseres Erachtens die Sozialdemokratie mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln gegen diese übertriebene Anleihepolitik der Reichsbank Front machen.

Deutschland und Litauen.

Besuch Woldemaras in Berlin.

Auf der Rückreise von Genf ist der Außenminister Estlands in Berlin eingetroffen, ebenso hat der Ministerpräsident Litauens, Woldemaras, in Berlin Station gemacht. Beide Minister sind inzwischen von dem Reichsaußenminister Stresemann empfangen worden. Die sachlichen deutsch-estnischen Besprechungen dürften den zwischen beiden Staaten abzuschließenden Handelsvertrag betreffen, über den vor allem deshalb noch keine Einigung erzielt ist, weil Estland bisher keine befriedigenden Vorschläge für die Entschädigung enteigneter reichsdeutscher Besitzer gemacht hat. Litauen gegenüber handelt es sich einmal um die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zum Reich, dann aber auch um die Lage im Memelland, wo ein engherziger und noch dazu vielfach korrupter Chauvinismus daran arbeitet, das deutsche Gebiet auf das Niveau der litauischen Kultur herabzudrücken.

Gute Beziehungen des Deutschen Reiches zu Estland wie zu Litauen wären an sich das Natürliche und würden im unmittelbaren Interesse aller Teile liegen. Wirtschaftlich nimmt Deutschland in allen baltischen Staaten eine überragende Stellung ein. In politischer Hinsicht liegt es im allgemeinen Interesse, daß diese kleinen Staaten sich frei entwickeln können, ohne das Werkzeug fremder Politik zu werden. Diese Gefahr ist aber bei diesen kleinen Staaten, die nur 1 bis 2 Millionen Einwohner zählen, unbedingt vorhanden. Besonders suchen englische und polnische Einflüsse der Politik der kleinen Baltenstaaten mehr, als in deren eigenem Interesse liegt, eine Wendung gegen Sowjet-Rußland zu geben. Estland steht heute schon sehr stark unter englischem und polnischem Einfluß. Das hat zur Folge, daß sich oft recht unfreundliche Stimmen gegen Deutschland aus Estland vernehmen lassen. In Litauen haben polnisch-englische Einflüsse bisher keinen festen Fuß gefaßt. Dafür birgt hier das wirtschaftliche und politische Chaos im Innern viele Gefahren, die auch auf die deutsch-litauischen Beziehungen schon jetzt in unerfreulicher Weise zurückwirken.

Aus dieser Situation ergibt sich Deutschlands Stellungnahme von selbst: Es muß heute die Beziehungen zu den baltischen Staaten besonders pflegen. Mehr aber noch ist das für die Randstaaten selbst im eigenen Interesse notwendig.

Das Ergebnis der Besprechung mit Stresemann.

Ueber die Besprechungen, die zwischen dem deutschen Außenminister Dr. Stresemann und dem litauischen Ministerpräsidenten Woldemaras in Berlin stattgefunden haben, wird amtlich erklärt, daß sie zu einer weitgehenden Uebereinstimmung der beiderseitigen Ansichten geführt habe. Woldemaras versprach wieder einmal, eine gerechte Durchführung des Memelstatuts veranlassen zu wollen. Dem memelländischen Landtag werde bei seinem Zusammentritt vom litauischen Gouverneur ein Aktionsprogramm vorgelegt werden, das das Memelabkommen im Geiste des Ausgleichs und der Versöhnung ergänzen solle. Zwischen Deutschland und Litauen soll auch ein Abkommen abgeschlossen werden über das Aufenthalts- und Niederlassungsrecht der beiderseitigen Staatsangehörigen. Danach sollen Ausweisungen in Zukunft nur bei Vergehen oder Verbrechen erfolgen können.

Warum so geheimnisvoll?

Immer noch keine genauen Mitteilungen über die Begnadigungen im Reich.

Der deutschnationale Reichsjustizminister hütet die Liste der auf seinen Vorschlag vom Reichspräsidenten begnadigten Personen wie ein großes Geheimnis. Man weiß vorerst nur, daß der Putschist Buchrucker und die Blausäureattentäter Oehlschläger und Hustert, also drei zur äußersten Rechten zählende Personen, inzwischen aus der Haft entlassen worden sind, während Hölz noch im Zuchthaus sitzt. Nicht einmal über das Verhältnis der Begnadigungen hinsichtlich der Parteiangehörigkeit der betroffenen Personen war bisher etwas zu erfahren. Und warum? Weil sich die Begnadigungen zu mehr als 75 Prozent auf deutschnationale und völkische Verbrecher gegen die Republik beziehen sollen.

Ist das richtig, Herr Reichsjustizminister, oder warum wird die Liste der Oeffentlichkeit nicht übergeben?

Die ersten Freilassungen.

Aus der Festung Gollnow sind auf Grund der Reichsbegnadigung außer dem Leiter des Küstriner Putsches, Major Buchrucker, die Kommunisten Laurischat, Redakteur Schulz aus Essen und Rinneberg entlassen worden.

Beginn des Kommunistenprozesses.

Leipzig, 4. Oktober. (Eig. Drahtbericht). Am Dienstag beginnt vor dem Reichsgericht unter dem Vorsitz des Senatspräsidenten Dr. Riedner der Hochverratsprozeß gegen neun Mitglieder der kommunistischen Zentrale. Es handelt sich um die kommunistischen Reichstagsabgeordneten Koenen, Becker, Remmele, Hörnle, Hicker und Pfeiffer, den preußischen Landtagsabgeordneten Eberlein und die Redakteure Lindau und Schumann. Der Anklage liegen Vorgänge aus dem Jahre 1923 zu Grunde.

Die Angeklagten erscheinen nicht.

Das Zentralkomitee der KPD. hat beschlossen daß die Angeklagten in dem Leipziger Hochverratsprozeß gegen die kommunistische Zentrale nicht erscheinen.

Eine Abfuhr für Keudell.

Ostpreußen lehnt eine selbständige Reichsstelle für Ostpreußen ab

Der Oberpräsident von Ostpreußen, Dr. Siehr sprach sich auf dem ostpreußischen Parteitag der Demokraten gegen die Schaffung einer selbständigen Reichsstelle für Ostpreußen aus. Eine solche Reichsstelle hätte keinerlei Unterbau in der Provinz Ostpreußen. Es würde eine Stelle, an die wahllos Wünsche einzelner Interessenten oder Interessentengruppen kommen, ohne daß die Möglichkeit bestünde, die einzelnen Wünsche gegeneinander abwägen zu können. Wenn der Vorschlag jedoch auf eine völlige oder teilweise Ausschaltung der preußischen Verwaltungsstellen abziele, dann sei er für die Provinz schädlich.

Wird die Reichsregierung aus dieser Auffassung der höchsten Beamten der Provinz Ostpreußen ihre Folgerungen ziehen und den Deutschnationalen Sonderwünschen einen Riegel vorschieben?

Die Kämpfe in Nord-China.

Peking, 3. Oktober. (Reuter.) Die Schansitruppen haben ihre Offensive fortgesetzt. Die Truppen Tschangtsolins haben sich ungefähr 20 Meilen weit zurückgezogen und erwarten aber Verstärkung.

Nach den letzten Meldungen sollen die Nordtruppen die ganze Provinz Kalgan geräumt haben und in der Richtung auf die Nankauberge abgezogen sein. Es wird behauptet, daß der Zusammenbruch der in Schansi operierenden nördlichen Streitkräfte so gut wie sicher sei. Angesichts der schwierigen Lage bei Nankau erwartet man Ereignisse von weittragender Bedeutung.

Der falsche Prinz.

Leben und Abenteuer von Harry Domela

Im Gefängnis zu Köln von ihm selbst geschrieben

Januar bis Juni 1927.

Copyright 1927 by Malik-Verlag A.-G., Berlin W. 50.

26) (Nachdruck verboten.)

Nach längerer Beratung wurde ich zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt. Der Richter betonte, daß dem Gericht die Verurteilung sehr schwer gefallen sei. Unzählige Balten, dem Blute und der Sprache nach Deutsche, irrten wie ich in Deutschland umher. Wenn sie, entwurzelt und mittellos, das Gesetz verletzten, so seien sie zwar zu bedauern, ihre Not enthöbe jedoch den Richter nicht seines schweren Amtes, zu strafen. Von Anfang an hätte ich auch mit der Möglichkeit einer geldlichen Unterstützung, auf die ich keinen Anspruch gehabt hätte, rechnen müssen; gerade um sicherer zu Gelde zu kommen, hätte ich mir den Adelstitel zugelegt. Da Graf Hardenberg nur einem Standesgenossen hab Geld zukommen lassen wollen, sei an einer betrügerischen Handlung nicht zu zweifeln.

Ich konnte dieses Urteil nicht anerkennen. Ich suchte Arbeit. Und wenn jemand mir Geld gab, weil er mir Arbeit nicht beschaffen konnte, sollte ich seine Mildtätigkeit, die doch meiner Person und meinem Elend galt, genau mit Gefängnis büßen! Ich dachte an Wolf. Ich konnte nicht einsehen, daß ich Unrecht getan hatte. Was war denn dann Recht? War Recht, verhungern zu müssen? Hatte die Gesellschaft ein Recht, mich verhungern zu lassen? Oder hatte ich nicht das Recht, von ihr zumindestens Arbeit zu verlangen? Wie konnte der Richter ohne weiteres eine Schädigung annehmen, wo doch gar kein Schaden entstanden sein konnte? Wozu war der Fall eigentlich geschaffen? Was seine Beschränkung auf den Adel zulässig, ebenso Gefängnis und Verjährung keinen Sinn mehr hatten? So saß ich mit Trotz und innerer Auflehnung ab, was ich nicht Strafe, sondern nur Gewalt nennen konnte.

Ich fuhr nach Frankfurt zurück. Um Arbeit zu bekommen, sprach ich als harmloser Harry Domela bei Landsleuten vor. Wie notensuchende, wurde ich unter Bedauern abgewiesen. Als ich mir darauhin wieder einen Berufstitel zulegte, wurde ich zuvorkommend empfangen. Arbeit erhielt ich auch jetzt nicht, mochte ich noch so inständig darum bitten. Wieder gab man mir ein paar Mark, um mich nur loszuwerden, — und wieder schalten meine Wohltäter mich nachher einen Betrüger und schrieen nach dem Strafrichter. Spotteten ihrer selbst und wußten nicht wie ....

Es schien, als sollte ich jetzt aus dem Räderwerk der Justiz und ihrer Halburteile nicht mehr herauskommen. Damals, als ich in Berlin durch den traurigen Listenschwindel einiges Geld in der Tasche hatte, lockte es mich, in die Gegend hinauszufahren, die ich als Ziegeleiarbeiter gut gekannt hatte. Es mochten mit der Eisenbahn fünfzig Kilometer sein. In Begleitung eines guten Bekannten, eines ehemaligen Kadetten, hatte ich die Fahrt im Auto gemacht, ich sollte für den Kilometer 80 Pfennige zahlen. Ich hatte bei der Abfahrt versäumt, nach dem Stand des Kilometers zu sehen. Am Schluß forderte der Chauffeur das Doppelte von dem, was meiner Schätzung entsprach. Ich weigerte mich, gab ihm hundert Mark und überließ ihm im übrigen, zu tun, was er für richtig hielt.

Als ich jetzt mit den letzten Groschen wieder in Berlin stand, — ich glaubte dort noch immer am ehesten weiterzukommen — wurde ich von dem Chauffeur, der mir zufällig begegnete, gestellt und der Polizei übergeben. Neue Anklage! Kein wohlwollender Richter wie in Darmstadt, ein unbarmherziger Staatsanwalt... Meine Zweifel an der Richtigkeit der Schuld wurden als Verdächtigung des Zeugen gewertet. Erregt fuhren der Staatsanwalt auf: „Es ist es recht! Auto fahren und hernach nicht zahlen! Da wagt so ein Mensch noch einen unbescholtenen Mann zu verdächtigen! Sie, mit Ihren Vorstrafen!" Die Augen der Zuhörer waren starr auf mich gerichtet. Hier, auf der Anklagebank, wo ich nichts galt, riß mir der öffentliche Ankläger die letzten Fetzen der Ehrbarkeit vom Leibe. Seine maßlosen Herabsetzungen betäubten mich, ich konnte kein Wort mehr reden. Was hatte ich denn getan, daß dieser Mann so gegen mich eiferte? Er hätte lieber die Länge des Weges feststellen sollen, den wir gefahren waren; aber auf den Gedanken kam nicht einmal ich. Als der Richter mir nahelegte, [illegible] verspielt. Mein Schweigen faßte er als Geständnis auf und verurteilte mich danach. Ich ergab mich ins Unabänderliche. So war ich wieder im Gefängnis. Doch gerade die Empörung, die ich über diese Verurteilung empfand, gab mir das Selbstbewußtsein zurück, das ich vor Gericht so kläglich verloren hatte. Hatte ich nicht alle Schläge im Leben überstanden? Spürte ich nicht, wieviel leichter ich allmählich mit Menschen und Dingen fertig zu werden verstand? Mein Geist war beweglich und wendig geworden. Kühl und gelassen hielt ich immer Distanz, das war ein wertvolles Erbteil meines Stammes. Nur muß ich etwas gelten. Galt ich nichts oder erniedrigte man mich, so versiegten meine Fähigkeiten.

Einen Monat saß ich schon im Gefängnis, zwischen kahlen Wänden, ging eine halbe Stunde im Kreis mit den anderen Gefangenen, sah nichts als Mauern und Gitter und ein Stückchen Himmel. Tagein, tagaus, immer dasselbe, eintönig und trostlos. Nur ein Kastanienbaum erinnerte mich daran, daß draußen Frühling war. Der Baum begann Blüten anzusetzen, wunderbar zart. Während des kurzen Spazierganges verfolgte ich Wochen hindurch das Wunder der Erneuerung. Die Blüten fielen nieder und bedeckten den Hof wie zarter Schnee. Oft hob ich einige auf und nahm sie mit in meine Zelle. Frühling. Ja, das sah ich hier vom Frühling . . .

Es wurde Pfingsten. Am ersten Feiertag saß ich in der Kirche. Der Raum, der so hieß, war kahl und nüchtern, wie alles in diesem Hause. Er lag unterm Dache. Durchs geöffnete Fenster strich die milde Luft herein. Ich sah verträumt hinaus. Vor dem Fenster wiegte sich der Wipfel meines Kastanienbaumes. Von hier oben konnte man über die Dächer der ganzen Stadt hinwegsehen. Und während der Gefängnispfarrer trocken und dran seine Pfingstpredigt hielt, rief der Baum draußen in mir wehmütige Feiertagsstimmung wach. Der Baum wiegte und lockte, winkte und rauschte. Ich hätte hinausfliegen mögen, aus Kraftlosigkeit und Enge in die sonnige Freiheit, die da jenseits vor mir ausgebreitet lag.

Ein tiefes Seufzen — dicht neben mir — scheuchte mich aus meinen Träumen. Ich wandte mich um. Es war mein Zellennachbar. Als ich ihn ansah, begegnete ich einem namenlos sehnsüchtigen und gequälten Blick, daß ich bis in Innerste erschüttert war.

Schon früher war mir dieser Mann aufgefallen. Sein Gesicht war aschgrau, so grau, wie nach einer sehr langen Krankheit; war furchtbar entstellt und verfallen. Still ging er jeden Morgen mit uns die halbe Stunde im Hof umher. Etwas Entsetzliches mußte auf ihm lasten. Ich litt zwar auch unter dem Verlust der Freiheit, aber was konnte mein Leid gegen das seine sein . . . Und wieder seufzte er, so tief, so aus innerster Seele, daß ich schrak. Was mochte es sein, das ihn so quälte? Ich betrachtete ihn scheu von der Seite. Er merkte es nicht. Er lebte ganz in sich versponnen. Mit weiten Augen starrte er hinaus, in die Frühlingsluft. Ein Beben schien durch seinen Körper zu gehen.

(Fortsetzung folgt.)

Demokratie und Revolution.

Eine Rede Otto Bauers.

Wien, 30. September. Auf dem Verbandstage der österreichischen Metallarbeiter legte gestern Nationalrat Dr. Otto Bauer, der Führer der sozialdemokratischen Opposition, ein bedeutsames Bekenntnis zur Demokratie und für die Verständigung in der inneren Politik ab. Dr. Bauer sieht das Kennzeichen der gegenwärtigen Zeit in einer allmählichen Wiederherstellung der kapitalistischen Wirtschaft und, was besonders Deutschland betrifft, in einer Befestigung der bürgerlichen Republik. Nach der einen wie nach der anderen Seite sei der Weg zu einer gewaltsamen Lösung verrammelt. Wohl dürfe man nicht glauben, die Zeit der Revolutionen und Konterrevolutionen sei für immer vorüber. Vorüber aber sei die akute revolutionäre Phase, die der Weltkrieg eingeleitet habe. Bauer bekannte offen, daß die blutige Katastrophe des 15. Juli vor dem Wiener Justizpalast die erste Schlappe gewesen sei, die die Arbeiterpartei seit langem erlebt habe. Bauer sagte: **Auf dem Boden der Demokratie kämpfend schritten wir von einem Siege zum andern. In dem Augenblick, wo ein kleiner Teil der Arbeiterschaft die demokratischen Kampfmittel verließ und an die Gewalt appellierte, erlitten wir einen schweren Rückschlag.** Wir müssen den Arbeitern am Beispiel des 15. Juli klar machen, daß es unter den gegebenen Kampfbedingungen in Oesterreich und in Europa falsch wäre, eine Gesamtentscheidung durch die Gewalt herbeiführen zu wollen.

Prälat Dr. Seipel ist sehr klug, aber wenn er ein bißchen klüger gewesen wäre, hätte er vielleicht an den Gräbern der 80 erschossenen Proletarier gesagt: Wir haben gesehen, wohin der Streit führt, jetzt wäre der Augenblick zur Versöhnung aller Parteien. Versuchen wir gemeinsam, ohne daß jemand einen Gewinn aus der blutigen Tragödie ziehen will, die Katastrophe friedlich zu liquidieren. Wenn Dr. Seipel die Klugheit gehabt hätte, so zu sprechen, ich vermute, daß 99 Prozent der österreichischen Bevölkerung ihn als einen großen Staatsmann anerkannt hätten. Aber so viel Klugheit hat er nicht gehabt. Er versuchte es umgekehrt. Wie aber die Arbeiter über die anderen nicht hinwegkommen können, so können auch die anderen über die Arbeiter nicht hinwegkommen, und deshalb glaube ich nicht an gewaltsame Entscheidungen. **Entscheiden wird in den nächsten Jahren nicht die Gewalt, entscheiden wird, wer stärker auf Hirn und Herz der Menschen zu wirken vermag.** Dr. Bauer schloß seine Rede mit einer Mahnung zur Besonnenheit.

Genosse Waentig in sein Amt eingeführt.

Magdeburg, 3. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) Am Montag vormittag erfolgte die Einführung des neuen Oberpräsidenten der Provinz Sachsen, Prof. Dr. Waentig, durch den preußischen Innenminister Grzesinski. Der Minister dankte dabei noch einmal namens der Staatsregierung dem Amtsvorgänger Hörsing für seine Tätigkeit. Das preußische Staatsministerium habe diesen Mann, der in schwerster Notzeit des Staates auf diesem Posten seine volle Kraft zum Wohle des Ganzen eingesetzt hat, nur ungern scheiden sehen. Waentig, der als Hochschullehrer an einer Universität der Provinz Sachsen seit Jahrzehnten wirkte, kenne die Bevölkerung und die Verhältnisse der Provinz, die er nunmehr als Oberpräsident zu betreuen habe. Im Namen der Beamtenschaft begrüßte Vizepräsident Hausmann den neuen Präsidenten und gedachte ebenfalls des erfolgreichen Wirkens von Hörsing auf diesem Posten. Waentig gelobte, in seinem Amte vor allem die Richtlinien der Politik des preußischen Innenministeriums zu befolgen.

Eine neue Blamage des Reichsgerichts.

Unerhörtes Urteil gegen einen Verleger.

Leipzig, 3. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) Im September 1926 fand im ehemaligen preußischen Herrenhaus in Berlin eine Protestversammlung der linksstehenden Verleger gegen das Schmutz- und Schundgesetz statt. Redner war der freie Schriftsteller Gärtner. In seinem Schlußwort soll Gärtner zum Kampfe gegen die erbärmliche monarchistische Republik, gegen die meineidigen republikanischen Beamten und zur Errichtung einer neuen sozialistischen Republik aufgefordert haben. Der Verlagsangestellte Winkler publizierte die Rede in einer Broschüre „Gegen das Schmutz- und Schundgesetz", die von einem linksstehenden Verlag herausgegeben wurde. Im April dieses Jahres hatten sich Gärtner und Winkler deshalb vor dem Landgericht I in Berlin wegen Vergehens gegen § 8 des Republikschutzgesetzes zu verantworten. Gärtner wurde zu 300 Mark Geldstrafe oder 60 Tage Gefängnis, der Verlagsangestellte Winkler zu 100 Mark Geldstrafe oder 20 Tage Gefängnis verurteilt.

Winkler legte gegen dieses Urteil Revision ein, um eine grundsätzliche reichsgerichtliche Entscheidung herbeizuführen. Er begründete die Revision damit, daß er als Mittäter gar nicht in Frage käme und wohl nach dem Pressegesetz, aber nicht nach § 8 des Republikschutzgesetzes zu verurteilen sei. Im § 8 des Republikschutzgesetzes werde lediglich vorausgesetzt, daß die Verschuldung öffentlich oder in einer Versammlung geschieht. Würde der Verleger bestraft werden, als Selbsttäter, so müßten mit demselben Recht auch der Berichterstatter, der Setzer und der Drucker als Selbsttäter angesehen werden. Der Verteidiger Rechtsanwalt Posener-Berlin beantragte deshalb die Einstellung des Verfahrens und den Freispruch Winklers. Das Reichsgericht schloß sich dem Antrag nicht an, sondern verwarf die Revision des Genannten als unbegründet. W. hat außerdem die Kosten des Verfahrens zu tragen.

* * *

Der gekennzeichnete Spruch eines reaktionären Berliner Gerichts war an sich nicht verwunderlich. Aber daß das höchste Gericht der Deutschen Republik sich diesem unmöglichen Urteil angeschlossen hat, klingt fast wie ein Stück aus dem Tollhaus; denn praktisch läuft das Urteil darauf hinaus, daß nicht nur derjenige bestraft wird, der eine staats- und republikfeindliche Rede hält, sondern auch der der sie veröffentlicht und publiziert.

Nun verhandelt mit den Ländern.

Nur gegenseitige Orientierung.

Amtlich wird gemeldet: Unter dem Vorsitz des Herrn Reichskanzlers fand am Montag nachmittag in der Reichskanzlei eine eingehende Aussprache der Mitglieder der Reichsregierung mit den in Berlin anwesenden Staats- und Ministerpräsidenten der Länder über eine Anzahl der bedeutendsten schwebenden politischen Probleme statt. Es herrschte Uebereinstimmung darüber, die eben beginnenden Beratungen des Reichsrats über das Schulgesetz, die Besoldungsreform und das Liquidationsschädengesetz allseitig so zu fördern, daß die entsprechenden Verhandlungen des Reichstags, wie beabsichtigt, am 17. des Monats beginnen können.

Die weitere Beratung mit den Vertretern der Länder führte zu einer grundsätzlichen Erörterung des Konkordatrechtlichen Verhältnisses zwischen Reich und Ländern. Angesichts der großen und geradezu ausschlaggebenden Bedeutung dieses Problems wurde eine Sondersitzung von Vertretern der Reichs- und Länderregierungen in Aussicht genommen. Die Beratung auf dieser Sondertagung soll durch Referate und Korreferate eingeleitet werden. In der Einzelberatung standen schließlich die Besoldungsreform und das Steuerrahmengesetz im Vordergrund der Erörterungen. Die eingehende Aussprache diente der gegenseitigen Orientierung über die verschiedenen Auffassungen. Beschlüsse wurden nicht gefaßt.

Ahrensdorf wird erzogen.

Der Landrat sorgt für Hissung der schwarz-rot-goldenen Fahne.

In dem Orte Ahrensdorf, der völkischen Hochburg des Herrn von Alvensleben, bekannt durch den Mordüberfall auf das Reichsbanner, suchte der Landrat des Kreises Lebus am Sonntag vergebens nach der Reichsflagge, die jeder Ort aus Staatsmitteln zur Beflaggung erhalten hatte. Die Fahne war, wie der Schulvorstand erklärte, angeblich gestohlen worden. Der Landrat ließ sofort eine neue Flagge beschaffen, die unter polizeilichem Schutz am Schulgebäude gehißt wurde. Auch in Heinersdorf im Kreise Lebus fehlte die Reichsflagge, weil sich der Schulvorstand geweigert hatte, sie zu hissen. Es bedurfte auch hier des Eingreifens des Landrates, um die Anordnung der preußischen Regierung durchzusetzen.

Die Früchte von Mussolinis Arbeit.

Bevorstehende Lohnherabsetzung in Italien.

Rom, 3. Oktober. In einer Sitzung des Direktoriums der faschistischen Partei teilte Turati mit, daß eine Herabsetzung der Löhne in der italienischen Industrie ins Auge gefaßt werden müsse, um die Produktionskosten der Bewertung des Pfund Sterling mit 90 Lire anpassen zu können. Mussolini erklärte, er habe Turati beauftragt, der Syndikatsversammlung am nächsten Donnerstag die Bestimmungen mitzuteilen, die für weitere Lohnherabsetzungen maßgebend sein sollen. Diese Lohnherabsetzungen würden für die einzelnen Industrien und Provinzen verschieden sein, jedoch mindestens 10 Prozent betragen.

Kleine Auslandsnachrichten.

Neue Verhaftungen im Arsenal von Toulon. Der vom Marineministerium nach Toulon entsandte Beamte zur Klärung der Zwischenfälle im dortigen Militärgefängnis wurde bei seinem Erscheinen von den Gefangenen mit dem Gesang der Internationale begrüßt. Daraufhin wurden 78 neue Verhaftungen vorgenommen und die Verhafteten in ein Fort geführt.

Politische Verhaftungen in Lemberg. In Lemberg sind Sonntag unter Mitgliedern der von Dmowski gegründeten nationalistischen Organisation „Lager des großen Polen" Verhaftungen vorgenommen worden, da festgestellt wurde, daß die Festgenommenen die bekannte anonyme Flugschrift, in der einer Reihe von Pilsudski treuen Offizieren der Vorwurf gemacht wird, General Zagorski umgebracht zu haben, vervielfältigt und verbreitet haben. Die Verhaftungen haben in Lemberg großes Aufsehen erregt, zumal es sich fast durchweg um Angehörige der gebildeten Stände handelt.

Ein Flaggenzwischenfall in Lodz. Am Sonntag früh wurde in Lodz, offenbar von Betrunkenen, ein Stück der Fahne des deutschen Konsulats abgerissen. Der polnische Woiwode in Lodz hat dem deutschen Konsul das lebhafte Bedauern über diesen Vorfall ausgedrückt, ebenso die polnische Regierung dem deutschen Gesandten in Warschau gegenüber.

Schulgeldfreiheit in den französischen Mittelschulen. In einer am Sonntag in Lyon gehaltenen Rede kündigte Unterrichtsminister Herriot an, daß er in den Mittelschulen den kostenfreien Unterricht einzuführen gedenke. Er werde einen entsprechenden Gesetzentwurf dem Finanzausschuß der Kammer vorlegen. Die für den Staat sich ergebenden Mehrkosten würden etwa 58 Millionen Franken betragen.

Immer wieder Blutjustiz in Rußland. In Leningrad sind abermals vier Monarchisten hingerichtet worden, nachdem das Präsidium des Zentral-Exekutiv-Komitees der Sowjet-Union ein Gnadengesuch abgelehnt hatte.

Aus Schlesien.

Konferenz der Arbeiterwohlfahrtsausschüsse des Bezirks Breslau.

Die mittelschlesische Bezirksleitung der Arbeiterwohlfahrt hatte am Sonnabend die Vertreter ihrer örtlichen Ausschüsse und darüber hinaus einen interessierten Kreis von Genossinnen und Genossen zu einer Tagung im Breslauer Gewerkschaftshaus zusammengerufen. Auf der Tagesordnung stand „Unsere Arbeit im Bezirk" und „Die Lotterie und Werbeaktion der Arbeiterwohlfahrt".

Nach kurzen Begrüßungsworten der Genossin Zils-Eckstein sprach Genosse Giese-Waldenburg über „Die Arbeiterwohlfahrt auf dem Lande und in der kleinen Stadt". In kurzen einleitenden Worten hebt der Redner die allgemeinen besonderen Aufgaben der Arbeiterwohlfahrt hervor. Es soll keine Wohlfahrtspflege um ihrer selbst willen, wie in der bürgerlichen Organisation, getrieben werden, sondern es bleibt die Forderung an die heutige Gesellschaft gerichtet, für ihre Mitglieder die notwendige Fürsorge zu tragen. Die Arbeiterwohlfahrt kennt kein Suchen nach einer persönlichen Schuld des Notleidenden. Aus seiner reichen Erfahrung wies der Redner an zahlreichen Beispielen die Wege und Methoden auf, die die Arbeiterwohlfahrt draußen auf dem Lande und in den kleinen Städten beachten muß. Die Arbeit in den Wohlfahrtsausschüssen braucht durchaus nicht auf direkte Hilfeleistungen beschränkt bleiben. Es gilt, zu allen Fragen der privaten und öffentlichen Wohlfahrtspflege Stellung zu nehmen. Enge Zusammenarbeit mit den Kommunalvertretern ist notwendig. Die Einwirkung auf die Besetzung der hauptamtlichen Stellen in der Wohlfahrtspflege ist ebenso wichtig wie ehrenamtliche Mitarbeit. An der Hand des Jahresberichtes eines Arbeiterwohlfahrts-Ausschusses zeigt Genosse Giese die mannigfache Arbeit, die selbst in einer kleinen Stadt durch eine solche Organisation zu leisten ist.

Eine rege Diskussion gab ein deutliches Bild von der vielseitigen, oft mühsamen Tätigkeit der Ausschüsse in den einzelnen Orten. Im zweiten Teil der Konferenz berichtet Genosse Herrmann-Breslau über die „Wohlfahrts-Lotterie", die der Hauptausschuß für Arbeiterwohlfahrt nun alljährlich veranstaltet. Der große Umfang dieser Lotterie macht eine großzügige Organisation notwendig, zumal in diesem Jahre erfreulich ein propagandistischer Zweck verbunden ist. So werden im Bezirke Mittelschlesien allein 45 Versammlungen veranstaltet, in denen sozialpolitische Vorträge von bekannten Referenten gehalten werden sollen. In der Aussprache wird vor allem eine bessere Art der Gewinnverteilung gewünscht.

Zum Schluß behandelte Genossin Zils-Eckstein noch eine Reihe von wichtigen Organisationsfragen. Der Bezirksausschuß sei über die Stellenausschreibungen in der Wohlfahrtsfürsorge zu unterrichten, so wie es wiederum seine Aufgabe ist, für die Ausbildung der Genossinnen zu sorgen, die in den Dienst der Wohlfahrtspflege treten wollen. Die von uns veranstalteten Weihnachtsfeiern müssen sich grundsätzlich von den „Gebe"-Veranstaltungen bürgerlicher Kreise unterscheiden. Die Tatsache, daß neuerdings auch vom Provinzialausschuß der Arbeiterwohlfahrt für ihre Arbeit eine größere Geldsumme zur Verfügung gestellt wurde, ist ein Beweis öffentlicher Anerkennung der wirksamen sozialen Arbeit dieser Organisation. Nach diesen Mitteilungen konnte die sehr gut besuchte und für weitere Arbeit anregende Konferenz geschlossen werden.

Typhus in Schlesien.

Typhuserkrankungen, die im schlesischen Kreise Münsterberg aufgetreten sind, nehmen stark zu, so daß bereits alle Krankenhäuser überfüllt sind. Mehrere Personen sind der Krankheit bereits zum Opfer gefallen.

* * *

Wie amtlich vom Landratsamt Münsterberg über die Typhuserkrankungen im Kreise Münsterberg bekannt gegeben wird, beträgt die Zahl der Erkrankten zurzeit 130, davon sind sechs gestorben und 38 in den letzten Tagen als geheilt entlassen worden. Nach übereinstimmender Ansicht des Kreisarztes und der Aerzte des Kreises Münsterberg ist die Epidemie an sich als erloschen zu betrachten, da in den letzten Tagen neue Erkrankungen kaum vorgekommen sind. Die Hindenburgfeiern mußten vorsichtshalber wegen der Ansteckungsgefahr abgesagt werden.

Notlandung eines polnischen Militärflugzeuges in Hindenburg.

In der Nähe des Georgschachtes ging am Sonntag nachmittag 50 Meter diesseits der Grenze ein polnisches Militärflugzeug nieder, das mit einem Feldwebel und mit einem Flugschüler besetzt war. Die Schutzpolizei beschlagnahmte das Flugzeug. Die beiden Insassen sind vorläufig in der Hindenburger Schutzpolizeiunterkunft untergebracht und warten auf die Erledigung der Freigabe durch eine bereits eingetroffene Oppelner Kommission, die die Untersuchung der Notlandung vorzunehmen hat.

Besuch des polnischen Staatspräsidenten in Ostoberschlesien.

Kattowitz, 3. Oktober. Gestern vormittag traf der polnische Staatspräsident Moscicki in Kattowitz ein, von wo er, sich sofort nach Königshütte begab, um dort die Enthüllung des Denkmals für die gefallenen Aufständischen persönlich vorzunehmen und der Eröffnung des Stadions beizuwohnen. Bei der Enthüllungsfeier hielt Dr. Moscicki eine Rede, in der er die Unifizierung Oberschlesiens mit dem übrigen Polen als dringende Notwendigkeit bezeichnete, wobei er die wirtschaftliche Bedeutung der Industrie für das Staatsganze hervorhob. Dem Festakte wohnten die Vertreter der staatlichen und kommunalen Behörden der Wirtschaft und sämtlicher Parteien bei. Auch Abordnungen der deutschen Minderheit und die deutschen Sejmabgeordneten hatten sich zur Begrüßung des Staatsoberhauptes eingefunden und wurden von ihm ins Gespräch gezogen.

Brieg. Die geraubte Vereinsfahne. Nach der Berliner Hindenburgfeier wurde am Sonntag abend einem Bäckermeister aus Brieg in Schlesien, der als Standartenträger des Kavallerievereins Brieg an der Spalierbildung des Kyffhäuserbundes teilgenommen hatte, auf dem Wege zu seinen Angehörigen in Schöneberg die Fahne geraubt. Sie hatte einen Wert von 1000 Mark.

Schweidnitz. Bankgründung. Interessenten haben hier eine neue Bank unter dem Namen „Mittelstandsbank für Handel, Industrie und Landwirtschaft e. G. m. b. H. Schweidnitz" gegründet.

Waldenburg. Festnahme eines Sittlichkeitsverbrechers. Durch die Kriminalpolizei wurde der Kellnerlehrling Richard Hilbert aus dem Stadtteil Altwasser festgenommen. Hilbert hatte auf dem Laxenberg und auch im Härtelgraben sich in schamlosester Weise kleinen Mädchen gezeigt und diese belästigt.

Waldenburg. D. D. B. und Lehrerschaft. Während der Deutsche Lehrerverein überall zum Protest gegen das Reichsschulgesetz aufruft, hat die Spitzenorganisation des Vereins, „Der deutsche Beamtenbund", es abgelehnt, zu diesem Entwurf Stellung zu nehmen. Das veranlaßte eine große Anzahl Lehrer und Lehrerinnen des Kreises Waldenburg, sowohl aus dem Deutschen Lehrerverein, der sich die sonderbare Haltung seiner Spitzenorganisation gefallen läßt, sowie auch aus dem Deutschen Beamtenbunde auszutreten. Sie haben eine Kreisgruppe Waldenburg der Gewerkschaft Deutscher Volkslehrer und Volkslehrerinnen gegründet und sich der freigewerkschaftlichen Organisation im Allgemeinen Deutschen Beamtenbunde angeschlossen.

Dittersbach bei Waldenburg. Durch ein schweres Schadenfeuer wurden im Ortsteil Bärengrund die Stall- und Wirtschaftsgebäude der Wiedermannschen Besitzung vollständig eingeäschert. Nur das Vieh konnte gerettet werden. Auch das Wohnhaus wurde stark beschädigt, aber hier war es der Feuerwehr, deren Arbeiten durch Wassermangel stark beeinträchtigt wurden, möglich, den Brand abzutöten. Man vermutet, daß das Feuer durch Kurzschluß in der elektrischen Leitung entstand. Leider befanden sich unter den zur Hilfeleistung Herbeigeeilten auch unlautere Elemente, die sich an den wenigen geretteten Habseligkeiten zu bereichern versuchten. Der Besitzerin des verbrannten Gebäudes wurde ein Geldbetrag entwendet.

Liegnitz. Fürchterlicher Betriebsunfall auf der Gugali. Ein Angestellter der „Schleuder-Bahn" kam Freitag abend infolge Fehltritt zu Fall und geriet mit beiden Füßen und den Unterschenkeln in das Zahnradgetriebe der Drehscheibe, wobei ihm diese Gliedmaßen entsetzlich zugerichtet wurden. Die beiden Füße, von denen die Schuhe heruntergerissen waren, wurden vollständig zerfleischt, die Fersen abgerissen, der eine Fuß hing nur noch am Knochen und auch die Unterschenkel waren schwer in Mitleidenschaft gezogen. Zwar wurde der Betrieb sofort eingestellt, das Unglück war aber geschehen. Die Sanitätswache brachte den Verunglückten mittels Transportwagen zur Wache, von wo aus er mit dem Sanitäts-Auto nach dem städtischen Krankenhaus transportiert wurde. Die beiden Beine mußten dem Unglücklichen amputiert werden. — Proletarierlos.

Landeshut. Geschäftsjubiläum. Die bekannte Textilfirma Methner und Frahne, die zurzeit 4000 Personen beschäftigt, beging ihr 75jähriges Geschäftsjubiläum. Aus Anlaß dieses Jubiläums wurden Stiftungen im Gesamtbetrage von 100 000 Mark gemacht, u. a. erhält die Stadt Landeshut für den Stadthallenbaufonds 30 000 Mark.

Görlitz. Einführung zweier Bürgermeister. Hier wurden in feierlicher Sitzung die beiden neuen Stadtoberhäupter von Görlitz, Oberbürgermeister Dr. Wiesner und Bürgermeister Dr. König, in ihr Amt eingeführt und verpflichtet. Es folgten darauf noch ein paar Stunden geselligen Beisammenseins der Stadtverordneten mit den Bürgermeistern in der Stadthalle.

Bad Salzbrunn. Besitzwechsel in Bad Salzbrunn. Seit einiger Zeit sind Verhandlungen bezüglich Uebernahme des Bades von einer A.-G. geführt worden. In den letzten Tagen scheinen diese Verhandlungen greifbare Formen angenommen zu haben. Einem großen Teil der Angestellten der Badedirektion ist gekündigt worden, u. a. auch leitenden Beamten.

Kunzendorf (Oberschlesien). Aus Hunger in den Tod. Hier erhängte sich der Arbeiter Josef Dwaret, der seit längerer Zeit arbeitslos war.

* * *

Auf der Chaussee nach Niedersalmor überfiel ein Bandit mit vorgehaltenem Revolver den Kaufmann Bernhard Szeja aus Oswiencim die Herausgabe seines Geldes. Als der Ueberfallene sich zur Wehr setzte, schoß der Bandit. Schwerverletzt in den Rücken getroffen stürzte der Kaufmann zu Boden. Der Räuber entfloh unter Mitnahme der Aktentasche und Brieftasche mit kleinerem Barbetrag. Trotz sofort eingeleiteter Untersuchung hat man den Täter leider nicht fassen können.

aus dem Ausland, da sie ohne diesen nicht einmal zur eigenen Kapitalneubildung übergehen kann. Gerade im Zusammenhang mit den Reparationszahlungen muß hierauf hingewiesen werden. Denn alle Sachverständigen sind sich darüber klar, daß die Reparationszahlungen von Deutschland nur dann geleistet werden können, wenn Deutschlands Ausfuhr in hohem Maße gesteigert wird. So sind diese Auslandsanleihen bis zu einem gewissen Grade geradezu die Voraussetzung dafür, daß Deutschland seine Reparationszahlungen in Zukunft wird leisten können.

Außerdem ist nun gegen die Anleihepolitik der Reichsbank einzuwenden, daß das Mittel, daß sie anwendet, untauglich ist. Da die Reichsbank schon seit Monaten langfristige Auslandsanleihen stark erschwert, bezw. direkt verhindert hat, liegen bereits Erfahrungen darüber vor. Der ganzen Lage der Sache nach ist die Reichsbank nur in der Lage, den langfristigen Auslandskredit zu regulieren. Die Anleiheüberwachungsstelle erfaßt nur den Kredit, der in langfristigen Anleihen konsolidiert ist, nicht aber den kurzfristigen Kredit. Die einzige Folge einer Erschwerung des langfristigen Kredits ist daher in einem Falle, in dem der Kredit unbedingt benötigt wird, daß der Kreditnehmer, anstatt eine Anleihe aufzulegen, kurzfristigen Kredit aufnimmt. Tatsächlich ist denn auch die einzige Folge der Anleihepolitik der Reichsbank gewesen, daß von deutschen Stellen in großem Maßstabe kurzfristige Kredite aufgenommen worden sind. Die Reichsbank hat also lediglich bewirkt, daß aus der langfristigen deutschen Auslandsverschuldung eine kurzfristige deutsche Auslandsverschuldung wurde. Eine Verringerung dieser Auslandsverschuldung in größerem Maßstabe aber hat sie dadurch nicht erreichen können. Da nun aber eine kurzfristige Auslandsverschuldung volkswirtschaftlich viel gefährlicher als eine langfristige ist, (können doch kurzfristige Kredite ganz plötzlich und in unbegrenzter Höhe gekündigt werden, wodurch die Wirtschaft dann in große Schwierigkeiten kommen kann, und bedeutet doch die Auflegung von langfristigen Anleihen gerade die Sicherung gegen solche finanziellen Ueberraschungen), ist die einzige Folge der Anleihepolitik der Reichsbank gewesen, die Lage der deutschen Wirtschaft noch gefährlicher zu machen, als sie ohne diese Eingriffe der Reichsbank wäre. Grundsätzlich haben wir natürlich nichts dagegen einzuwenden, daß es in Deutschland eine staatliche Stelle gibt, die die Kreditpolitik der deutschen Volkswirtschaft überwacht und Ausschweifungen einzelner Unternehmungen im Interesse des Ganzen verhindert. Es liegt ja nur in der Linie der sozialistischen Politik, die kapitalistische Privatwirtschaft von Staatswegen zu ordnen und zu regeln. Voraussetzung dafür ist aber natürlich, daß die betreffende Stelle die Bedürfnisse der deutschen Wirtschaft richtig erfaßt. Und das ist hier nicht der Fall.

Wie wenig das der Fall ist, kann man auch erkennen, wenn man sich nun die andere Seite der Sache ansieht, nämlich die Rückwirkung dieser Anleihepolitik der Reichsbank auf die Lage der Länder und der Kommunen. Der Finanzbedarf insbesondere der Kommunen, aber auch zahlreicher Länder, ist gerade im gegenwärtigen Augenblick sehr groß. Ist doch der Aufgabenkreis besonders der Gemeinden in der Zeit nach dem Kriege stark angewachsen und sind doch auf der anderen Seite die Finanzen der Länder und der Gemeinden nicht unerheblich zugunsten des Reiches beschnitten worden. Besonders die Kommunen, aber auch zahlreiche Länder, sind, wenn sie die großen Fürsorgeaufgaben, die ihnen übertragen sind, erfüllen und den Aufgaben gerecht werden sollen, die ihnen aus der Notwendigkeit des Wiederaufbaus unserer Wirtschaft erwachsen, genötigt, große Summen flüssig zu machen. Da ihnen diese Summen aus den Steuereingängen nicht zufließen, ist ihnen das nur dadurch möglich, daß sie ihr immobiles Vermögen durch Aufnahme von Krediten wenigstens teilweise flüssig machen. Man erschwert deshalb die notwendige Tätigkeit der Gemeinden und der Länder außerordentlich, wenn man es ihnen möglich macht, langfristige Auslandskredite zu nehmen. Daß natürlich nur Anleihen zu produktiven Zwecken berechtigt sind, ist eine Selbstverständlichkeit. Niemand will ja auch die überwachende Tätigkeit der Reichsbank überhaupt beseitigen und niemand macht der Reichsbank Vorwürfe, wenn sie unproduktive Anleihen verhindert. Es handelt sich in diesem Falle aber gerade um Anleihen, deren produktive Verwendung unbestritten feststeht.

Da wir nicht glauben können, daß der als sehr sachverständig bekannte Reichsbankpräsident Dr. Schacht diese wirtschaftlichen Zusammenhänge nicht ebenfalls kennt, muß angenommen werden, daß er noch andere Gründe für seine Politik hat. Solche anderen Gründe scheinen denn auch tatsächlich vorzuliegen. Man muß sich in diesem Zusammenhange an die Neuorganisation der Reichsbank erinnern, die im Zusammenhang mit der Durchführung des Dawesplans stattfand. Bei dieser Gelegenheit ist dem Reichsbankpräsidenten ein Verwaltungsrat an die Seite gestellt worden, in dem die deutsche Privatwirtschaft, vor allen Dingen die Großindustrie und die Großfinanz, sehr stark vertreten ist. Die Handlungen des Reichsbankpräsidenten sind daher stark von dem Willen der deutschen Großindustrie und der deutschen Großfinanz abhängig. In diesen Kreisen aber besteht schon seit Jahren das Bestreben, die wirtschaftliche Tätigkeit der öffentlichen Hand, und zwar sowohl des Reiches als auch der Länder und der Gemeinden, einzuschränken. Jenes Bestreben begann mit den Bemühungen des Herrn Stinnes, die deutsche Eisenbahn der Großindustrie in die Hände zu spielen. Es spricht aus allen Aeußerungen der führenden Großindustriellen und der Finanzleute, auf allen Tagungen des Reichsverbandes der Industrie usw. Man sieht in der Ausdehnung der wirtschaftlichen Tätigkeit der öffentlichen Hand eine Einschränkung der eigenen privatkapitalistischen Machtsphäre. Besonders kämpft die Großindustrie in dieser Beziehung seit Jahren gegen die preußische Regierung wie auch gegen die sächsische Regierung. Und die wirkliche Erklärung für die Schwierigkeiten, die man der neuen preußischen Anleihe macht, liegt einfach darin, daß man Preußens wirtschaftliche Tätigkeit weiter beschränken will. Ueberdies will das Großkapital die Finanzen der Gemeinden beschränken, damit diese nicht mehr imstande sind, ihre großen sozialen Aufgaben zu erfüllen. Man will auf diese Weise einen Abbau der sogenannten Soziallast, die das Profitstreben des Großkapitals einengt, erzwingen. Ist dem aber so, so muß diese Politik der Reichsbank nicht nur wegen ihrer soeben geschilderten volkswirtschaftlichen Schädlichkeit bekämpft werden, sondern sie muß auch bekämpft werden als ein neuer Vorstoß des Großkapitals, die Wirtschaftspolitik und Sozialkolitik der Länder und Gemeinden zu beherrschen und von ihrem Interessen- und Klassenstandpunkt aus zu bestimmen. Es handelt sich also hier bei Licht besehen um Maßnahmen des sogenannten Klassenkampfes von oben. Deshalb muß unseres Erachtens die Sozialdemokratie mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln gegen diese übertriebene Anleihepolitik der Reichsbank Front machen.

Deutschland und Litauen.

Besuch Woldemaras in Berlin.

Auf der Rückreise von Genf ist der Außenminister Estlands in Berlin eingetroffen, ebenso hat der Ministerpräsident Litauens, Woldemaras, in Berlin Station gemacht. Beide Minister sind inzwischen von dem Reichsaußenminister Stresemann empfangen worden. Die sachlichen deutsch-estnischen Besprechungen dürften den zwischen beiden Staaten abzuschließenden Handelsvertrag betreffen, über den vor allem deshalb noch keine Einigung erzielt ist, weil Estland bisher keine befriedigenden Vorschläge für die Entschädigung enteigneter reichsdeutscher Besitzer gemacht hat. Litauen gegenüber handelt es sich einmal um die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zum Reich, dann aber auch um die Lage im Memelland, wo ein engherziger und noch dazu vielfach korrupter Chauvinismus daran arbeitet, das deutsche Gebiet auf das Niveau der litauischen Kultur herabzudrücken.

Gute Beziehungen des Deutschen Reiches zu Estland wie zu Litauen wären an sich das Natürliche und würden im unmittelbaren Interesse aller Teile liegen. Wirtschaftlich nimmt Deutschland in allen baltischen Staaten eine überragende Stellung ein. In politischer Hinsicht liegt es im allgemeinen Interesse, daß diese kleinen Staaten sich frei entwickeln können, ohne das Werkzeug fremder Politik zu werden. Diese Gefahr ist aber bei diesen kleinen Staaten, die nur 1 bis 2 Millionen Einwohner zählen, unbedingt vorhanden. Besonders suchen englische und polnische Einflüsse der Politik der kleinen Baltenstaaten mehr, als in deren eigenem Interesse liegt, eine Wendung gegen Sowjet-Rußland zu geben. Estland steht heute schon sehr stark unter englischem und polnischem Einfluß. Das hat zur Folge, daß sich oft recht unfreundliche Stimmen gegen Deutschland aus Estland vernehmen lassen. In Litauen haben polnisch-englische Einflüsse bisher keinen festen Fuß gefaßt. Dafür birgt hier das wirtschaftliche und politische Chaos im Innern viele Gefahren, die auch auf die deutsch-litauischen Beziehungen schon jetzt in unerfreulicher Weise zurückwirken.

Aus dieser Situation ergibt sich Deutschlands Stellungnahme von selbst. Es muß heute die Beziehungen zu den baltischen Staaten besonders pflegen. Mehr aber noch ist das für die Randstaaten selbst im eigenen Interesse notwendig.

Das Ergebnis der Besprechung mit Stresemann.

Ueber die Besprechungen, die zwischen dem deutschen Außenminister Dr. Stresemann und dem litauischen Ministerpräsidenten Woldemaras in Berlin stattgefunden haben, wird amtlich erklärt, daß sie zu einer weitgehenden Uebereinstimmung der beiderseitigen Ansichten geführt habe. Woldemaras versprach wieder einmal, eine gerechte Durchführung des Memelstatuts veranlassen zu wollen. Dem memelländischen Landtag werde bei seinem Zusammentritt vom litauischen Gouverneur ein Aktionsprogramm vorgelegt werden, das das Memelabkommen im Geiste des Ausgleichs und der Versöhnung ergänzen solle. Zwischen Deutschland und Litauen soll auch ein Abkommen abgeschlossen werden über das Aufenthalts- und Niederlassungsrecht der beiderseitigen Staatsangehörigen. Danach sollen Ausweisungen in Zukunft nur bei Vergehen oder Verbrechen erfolgen können.

Warum so geheimnisvoll?

Immer noch keine genauen Mitteilungen über die Begnadigungen im Reich.

Der deutschnationale Reichsjustizminister hütet die Liste der auf seinen Vorschlag vom Reichspräsidenten begnadigten Personen wie ein großes Geheimnis. Man weiß vorerst nur, daß der Putschist Buchrucker und die Blausäureattentäter Oehlschläger und Hustert, also drei zur äußersten Rechten zählende Personen, inzwischen aus der Haft entlassen worden sind, während Hölz noch im Zuchthaus sitzt. Nicht einmal über das Verhältnis der Begnadigungen hinsichtlich der Parteiangehörigkeit der betroffenen Personen war bisher etwas zu erfahren. Und warum? Weil sich die Begnadigungen zu mehr als 75 Prozent auf deutschnationale und völkische Verbrecher gegen die Republik beziehen sollen.

Ist das richtig, Herr Reichsjustizminister, oder warum wird die Liste der Oeffentlichkeit nicht übergeben?

Die ersten Freilassungen.

Aus der Festung Gollnow sind auf Grund der Reichsbegnadigung außer dem Leiter des Küstriner Putsches, Major Buchrucker, die Kommunisten Laurischat, Redakteur Schulz aus Essen und Rinneberg entlassen worden.

Beginn des Kommunistenprozesses.

Leipzig, 4. Oktober. (Eig. Drahtbericht). Am Dienstag beginnt vor dem Reichsgericht unter dem Vorsitz des Senatspräsidenten Dr. Niedner der Hochverratsprozeß gegen neun Mitglieder der kommunistischen Zentrale. Es handelt sich um die kommunistischen Reichstagsabgeordneten Koenen, Becker, Remmele, Hörnle, Hicker und Pfeiffer, den preußischen Landtagsabgeordneten Eberlein und die Redakteure Lindau und Schumann. Der Anklage liegen Vorgänge aus dem Jahre 1923 zu Grunde.

Die Angeklagten erscheinen nicht.

Das Zentralkomitee der KPD. hat beschlossen daß die Angeklagten in dem Leipziger Hochverratsprozeß gegen die kommunistische Zentrale nicht erscheinen.

Eine Abfuhr für Keudell.

Ostpreußen lehnt eine selbständige Reichsstelle für Ostpreußen ab.

Der Oberpräsident von Ostpreußen, Dr. Siehr, sprach sich auf dem ostpreußischen Parteitag der Demokraten gegen die Schaffung einer selbständigen Reichsstelle für Ostpreußen aus. Eine solche Reichsstelle hätte keinerlei Unterbau in der Provinz Ostpreußen. Es würde eine Stelle, an die wahllos Wünsche einzelner Interessenten oder Interessentengruppen kommen, ohne daß die Möglichkeit bestünde, die einzelnen Wünsche gegeneinander abwägen zu können. Wenn der Vorschlag jedoch auf eine völlige oder teilweise Ausschaltung der preußischen Verwaltungsstellen abziele, dann sei er für die Provinz schädlich.

Wird die Reichsregierung aus dieser Auffassung des höchsten Beamten der Provinz Ostpreußen ihre Folgerungen ziehen und den Deutschnationalen Sonderwünschen einen Riegel vorschieben?

Die Kämpfe in Nord-China.

Peking, 3. Oktober. (Reuter.) Die Schansitruppen haben ihre Offensive fortgesetzt. Die Truppen Tschangtsolins haben sich ungefähr 20 Meilen weit zurückgezogen, erwarten aber Verstärkung.

Nach den letzten Meldungen sollen die Nordtruppen die ganze Provinz Kalgan geräumt haben und in der Richtung auf die Nankauberge abgezogen sein. Es wird behauptet, daß der Zusammenbruch der in Schansi operierenden nördlichen Streitkräfte in gut wie sicher sei. Angesichts der schwierigen Lage bei Nankau erwartet man Ereignisse von weittragender Bedeutung.

Der falsche Prinz.

Leben und Abenteuer von Harry Domela

Im Gefängnis zu Köln von ihm selbst geschrieben

Januar bis Juni 1927.

Copyright 1927 by Malik-Verlag A.-G., Berlin W. 50.

20 (Nachdruck verboten.)

Nach längerer Beratung wurde ich zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt. Der Richter beteuerte, daß dem Gericht die Verurteilung sehr schwer gefallen sei. Unzählige Balten, dem Blute und der Sprache nach Deutsche, irrten wie ich in Deutschland umher. Wenn sie, entwurzelt und mittellos, das Gesetz verletzten, so seien sie zwar zu bedauern, ihre Not entbinde jedoch den Richter nicht seines schweren Amtes, zu strafen. Von Anfang an hätte ich auch mit der Möglichkeit einer geldlichen Unterstützung, auf die ich keinen Anspruch gehabt hätte, rechnen müssen; gerade um sicherer zu Gelde zu kommen, hätte ich mir den Adelstitel zugelegt. Da Graf Hardenberg nur einem Standesgenossen habe Geld zukommen lassen wollen, sei an einer betrügerischen Handlung nicht zu zweifeln.

Ich konnte dieses Urteil nicht anerkennen. Ich suchte Arbeit! Und wenn jemand mir Geld gab, weil er mir Arbeit nicht beschaffen konnte, sollte ich seine Mildtätigkeit, die doch meiner Person und meinem Tiefstand galt, dennoch mit Gefängnis büßen! Ich dachte an Wolf. Ich konnte nicht einsehen, daß ich Unrecht getan hatte. Was war denn dann Recht? War Recht, verhungern zu müssen? Hatte die Gesellschaft ein Recht, mich verhungern zu lassen? Oder hatte ich nicht das Recht, von ihr zumindestens Arbeit zu verlangen? Wie konnte der Richter ohne weiteres eine Schädigung annehmen, wo doch gar kein Schaden entstanden sein konnte? Wozu war der Fond eigentlich geschaffen? War seine Beschränkung auf den Arbeitsnachweis zufällig, als wohl Gesetz und Verfassung keinen Arbeitsnachweis kannten? So sah ich mich trotz aller unserer Bestrebungen an, was ich nicht Strafe, sondern nur Gewalt nennen konnte.

Ich fuhr nach Frankfurt zurück. Um Arbeit zu bekommen, sprach ich als harmloser Herr Domela bei Landsleuten vor. Wie betrunkene, wurde ich unter Bedauern abgewiesen. Als ich mir bei einer Bekanntschaft zuletzt, wurde ich zuvorkommend empfangen: Arbeit erhielt ich aber jetzt nicht. [illegible] Kerl, [illegible] nur lästerwerte. — und wieder schalten meine Wohltäter mich nachher einen Betrüger und schrieen nach dem Strafrichter. Spotteten ihrer selbst und wußten nicht wie ....

Es schien, als sollte ich jetzt aus dem Mühlwerk der Justiz und ihrer Halburteile nicht mehr herauskommen. Damals, als ich in Berlin durch den treuherzigen Lügenschwindel einiges Geld in der Tasche hatte, lockte es mich, in die Gegend hinauszufahren, die ich als Ziegeleiarbeiter gut gekannt hatte. Es mochten mit der Eisenbahn fünfzig Kilometer sein. In Begleitung eines guten Bekannten, eines ehemaligen Kadetten, hatte ich die Fahrt im Auto gemacht, ich sollte für den Kilometer 80 Pfennige zahlen. Ich hatte bei der Abfahrt versäumt, nach dem Stand des Kilometers zu sehen. Am Schluß forderte der Chauffeur das Doppelte von dem, was meiner Schätzung entsprach. Ich weigerte mich, gab ihm hundert Mark und überließ ihm im übrigen, zu tun, was er für richtig hielt.

Als ich jetzt mit den letzten Groschen wieder in Berlin stand, — ich glaubte dort noch immer am ehesten weiterzukommen — wurde ich von dem Chauffeur, der mir zufällig begegnete, gestellt und der Polizei übergeben. Neue Anklage! Kein wohlwollender Richter wie in Darmstadt, ein unbarmherziger Staatsanwalt ... Meine Zweifel an der Richtigkeit der Schuld wurden als Verdächtigung des Zeugen gewertet. Erregt sprang der Staatsanwalt auf: „So ist es recht! Auto fahren und hernach nicht zahlen! Du wagst es ein Dienst tuendes unbescholtenen Mann zu verdächtigen! Sie, mit Ihren Vorstrafen!“ Die Augen der Zuhörer waren starr auf mich gerichtet. Hier, auf der Anklagebank, wo ich nichts galt, riß mir der öffentliche Ankläger die letzten Fetzen der Ehrbarkeit vom Leibe. Seine mörderischen Herabsetzungen betäubten mich, ich konnte kein Wort mehr reden. Was hatte ich denn getan, daß dieser Mann so gegen mich eiferte? Er hätte lieber die Länge des Weges feststellen sollen, den wir gefahren waren; aber auf den Gedanken kam nicht einmal ich. Als der Richter mir nahelegte, doch alles eingestehen, schwieg ich. Hier hatte ich ja doch verloren. Mein Schweigen faßte er als Geständnis auf und verurteilte mich danach. Ich ergab mich ins Unabänderliche. So war ich wieder im Gefängnis. Doch gerade die Empörung, die ich über diese Verurteilung empfand, gab mir das Selbstbewußtsein zurück, das ich vor Gericht so kläglich verloren hatte. Hatte ich nicht alle Schläge im Leben überstanden? Spürte ich nicht, wieviel leichter ich allmählich mit Menschen und Dingen fertig zu werden anfingen? Wenn Zeit war, bemerkte und merkte gewachsen. Kühl und gelassen hielt ich immer Ausgang, das war ein wertvolles Erbteil meines Stammes. Nur mußte ich etwas gelten. Galt ich nichts oder erniedrigte man mich, so verlegten meine Fähigkeiten.

Einen Monat saß ich schon im Gefängnis, zwischen kahlen Wänden, ging eine halbe Stunde im Kreis mit den anderen Gefangenen, sah nichts als Mauern und Gitter und ein Stückchen Himmel. Tagein, tagaus, immer dasselbe, eintönig und trostlos. Nur ein Kastanienbaum erinnerte mich daran, daß draußen Frühling war. Der Baum begann Blüten anzusetzen, wunderbar zart. Während des kurzen Spazierganges verfolgte ich Wochen hindurch das Wunder der Erneuerung. Die Blüten fielen nieder und bedeckten den Hof wie zarter Schnee. Oft hob ich einige auf und nahm sie mit in meine Zelle. Frühling! Ja, das sah ich hier vom Frühling . . .

Es wurde Pfingsten. Am ersten Feiertag saß ich in der Kirche. Der Raum, der so hieß, war kahl und nüchtern, wie alles in diesem Hause. Er lag unterm Dache. Durchs geöffnete Fenster strich die milde Luft herein. Ich sah verträumt hinaus. Vor dem Fenster wiegte sich der Wipfel meines Kastanienbaumes. Von hier oben konnte man über die Dächer der ganzen Stadt hinwegsehen. Und während der Gefängnispfarrer trocken und brav seine Pfingstpredigt hielt, rief der Baum draußen in mir wehmütige Feiertagsstimmung wach. Der Baum wiegte und lockte, winkte und tauschte. Ich hätte hinausfliegen mögen, aus Trostlosigkeit und Enge in die sonnige Freiheit, die da jenseits vor mir ausgebreitet lag.

Ein tiefes Seufzen — nicht neben mir — schreckte mich aus meinen Träumen. Ich wandte mich um. Es war mein Zellennachbar. Als ich ihn ansah, begegnete ich einem namenlos sehnsüchtigen und gequälten Blick, daß ich bis ins Innerste erschüttert war.

Schon früher war mir dieser Mann aufgefallen. Sein Gesicht war aschgrau, so grau, wie nach einer sehr langen Krankheit; es war furchtbar entstellt und verfallen. Still ging er jeden Morgen mit uns die halbe Stunde im Hof herum. Etwas Entsetzliches mußte auf ihm lasten. Ich litt ganz gut unter dem Verlust der Freiheit, aber was konnte mein Leid gegen das seine sein . . . Und wieder seufzte er, so tief, so aus innerstes Herze, daß ich erschrak. Was mochte es sein, das ihn so quälte? Ich betrachtete ihn scheu von der Seite. Er merkte es nicht. Er lebte ganz in sich versponnen. Mit weiten Augen starrte er hinaus, in den Frühling. Ein Beben lief durch seinen Körper zu gehen.

(Fortsetzung folgt.)

Demokratie und Revolution.

Eine Rede Otto Bauers.

Wien, 30. September. Auf dem Verbandstage der österreichischen Metallarbeiter legte gestern Nationalrat Dr. Otto Bauer, der Führer der sozialdemokratischen Opposition, ein bedeutsames Bekenntnis zur Demokratie und für die Verständigung in der inneren Politik ab. Dr. Bauer sieht das Kennzeichen der gegenwärtigen Zeit in einer allmählichen Wiederherstellung der kapitalistischen Wirtschaft und, was besonders Deutschland betrifft, in einer Befestigung der bürgerlichen Republik. Nach der einen wie nach der anderen Seite sei der Weg zu einer gewaltsamen Lösung verrammelt. Wohl dürfe man nicht glauben, die Zeit der Revolutionen und Konterrevolutionen sei für immer vorüber. Vorüber aber sei die akute revolutionäre Phase, die der Weltkrieg eingeleitet habe. Bauer bekannte offen, daß die blutige Katastrophe des 15. Juli vor dem Wiener Justizpalast die erste Schlappe gewesen sei, die die Arbeiterpartei seit langem erlebt habe. Bauer sagte: **Auf dem Boden der Demokratie kämpfend schritten wir von einem Siege zum andern. In dem Augenblick, wo ein kleiner Teil der Arbeiterschaft die demokratischen Kampfmittel verlieh und an die Gewalt appellierte, erlitten wir einen schweren Rückschlag.** Wir müssen den Arbeitern am Beispiel des 15. Juli klar machen, daß es unter den gegebenen Kampfbedingungen in Oesterreich und in Europa falsch wäre, eine Gesamtentscheidung durch die Gewalt herbeiführen zu wollen.

Prälat Dr. Seipel ist sehr klug, aber wenn er ein bißchen klüger gewesen wäre, hätte er vielleicht an den Gräbern der 80 erschossenen Proletarier gesagt: Wir haben gesehen, wohin der Streit führt, jetzt wäre der Augenblick zur Versöhnung aller Parteien. Versuchen wir gemeinsam, ohne daß jemand einen Gewinn aus der blutigen Tragödie ziehen will, die Katastrophe friedlich zu liquidieren. Wenn Dr. Seipel die Klugheit gehabt hätte, so zu sprechen, ich vermute, daß 99 Prozent der österreichischen Bevölkerung ihn als einen großen Staatsmann anerkannt hätten. Aber so viel Klugheit hat er nicht gehabt. Er versuchte es umgekehrt. Wie aber die Arbeiter über die anderen nicht hinwegkommen können, so können auch die anderen über die Arbeiter nicht hinwegkommen, und deshalb glaube ich nicht an gewaltsame Entscheidungen. **Entscheiden wird in den nächsten Jahren nicht die Gewalt, entscheiden wird, wer stärker auf Hirn und Herz der Menschen zu wirken vermag.** Dr. Bauer schloß seine Rede mit einer Mahnung zur Besonnenheit.

Genosse Waentig in sein Amt eingeführt.

Magdeburg, 3. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) Am Montag vormittag erfolgte die Einführung des neuen Oberpräsidenten der Provinz Sachsen, Prof. Dr. Waentig, durch den preußischen Innenminister Grzesinski. Der Minister dankte dabei noch einmal namens der Staatsregierung dem Amtsvorgänger Hörsing für seine Tätigkeit. Das preußische Staatsministerium habe diesen Mann, der in schwerster Notzeit des Staates auf diesem Posten seine volle Kraft zum Wohle des Ganzen eingesetzt hat, nur ungern scheiden sehen. Waentig, der als Hochschullehrer an einer Universität der Provinz Sachsen seit Jahrzehnten wirkte, kenne die Bevölkerung und die Verhältnisse der Provinz, die er nunmehr als Oberpräsident zu betreuen habe. Im Namen der Beamtenschaft begrüßte Vizepräsident Hausmann den neuen Präsidenten und gedachte ebenfalls des erfolgreichen Wirkens von Hörsing auf diesem Posten. Waentig gelobte, in seinem Amte vor allem die Richtlinien der Politik des preußischen Innenministeriums zu befolgen.

Eine neue Blamage des Reichsgerichts.

Unerhörtes Urteil gegen einen Verleger.

Leipzig, 3. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) Im September 1926 fand im ehemaligen preußischen Herrenhaus in Berlin eine Protestversammlung der linksstehenden Verleger gegen das Schmutz- und Schundgesetz statt. Redner war der freie Schriftsteller Gärtner. In seinem Schlußwort soll Gärtner zum Kampfe gegen die erbärmliche monarchistische Republik, gegen die meineidigen republikanischen Beamten und zur Errichtung einer neuen sozialistischen Republik aufgefordert haben. Der Verlagsangestellte Winkler publizierte die Rede in einer Broschüre „Gegen das Schmutz- und Schundgesetz", die von einem linksstehenden Verlag herausgegeben wurde. Im April dieses Jahres hatten sich Gärtner und Winkler deshalb vor dem Landgericht III in Berlin wegen Vergehens gegen § 8 des Republikschutzgesetzes zu verantworten. Gärtner wurde zu 300 Mark Geldstrafe oder 60 Tage Gefängnis, der Verlagsangestellte Winkler zu 100 Mark Geldstrafe oder 20 Tage Gefängnis verurteilt.

Winkler legte gegen dieses Urteil Revision ein, um eine grundsätzliche reichsgerichtliche Entscheidung herbeizuführen. Er begründete die Revision damit, daß er als Mittäter gar nicht in Frage käme und wohl nach dem Pressegesetz, aber nicht nach § 8 des Republikschutzgesetzes zu verurteilen sei. Im § 8 des Republikschutzgesetzes werde lediglich vorausgesetzt, daß die Verschuldung öffentlich oder in einer Versammlung geschieht. Würde der Verleger bestraft werden, als Selbsttäter, so müßten mit demselben Recht auch der Berichterstatter, der Setzer und der Drucker als Selbsttäter angesehen werden. Der Verteidiger Rechtsanwalt Posener-Berlin beantragte deshalb die Einstellung des Verfahrens und den Freispruch Winklers. Das Reichsgericht schloß sich dem Antrag nicht an, sondern verwarf die Revision des Genannten als unbegründet. W. hat außerdem die Kosten des Verfahrens zu tragen.

* * *

Der gekennzeichnete Spruch eines reaktionären Berliner Gerichts war an sich nicht verwunderlich. Aber daß das höchste Gericht der Deutschen Republik sich diesem unmöglichen Urteil angeschlossen hat, klingt fast wie ein Stück aus dem Tollhaus; denn praktisch läuft das Urteil darauf hinaus, daß nicht nur derjenige bestraft wird, der eine staats- und republikfeindliche Rede hält, sondern auch der, der sie veröffentlicht und publiziert.

Man verhandelt mit den Ländern.

Nur gegenseitige Orientierung.

Amtlich wird gemeldet: Unter dem Vorsitz des Herrn Reichskanzlers fand am Montag nachmittag in der Reichskanzlei eine eingehende Aussprache der Mitglieder der Reichsregierung mit den in Berlin anwesenden Staats- und Ministerpräsidenten der Länder über eine Anzahl der bedeutendsten schwebenden politischen Probleme statt. Es herrschte Uebereinstimmung darüber, die demnächst beginnenden Beratungen des Reichsrats über das Schulgesetz, die Besoldungsreform und das Liquidationsschädengesetz allseitig so zu fördern, daß die entsprechenden Verhandlungen des Reichstags, wie beabsichtigt, am 17. des Monats beginnen können.

Die weitere Beratung mit den Vertretern der Länder führte zu einer grundsätzlichen Erörterung des staatsrechtlichen Verhältnisses zwischen Reich und Ländern. Angesichts der großen und geradezu ausschlaggebenden Bedeutung dieses Problems wurde eine Sondersitzung von Vertretern der Reichs- und Länderregierungen in Aussicht genommen. Die Beratung auf dieser Sondertagung soll durch Referate und Korreferate eingeleitet werden. In der Einzelberatung standen schließlich die Besoldungsreform und das Steuerrahmengesetz im Vordergrund der Erörterungen. Die eingehende Aussprache diente der gegenseitigen Orientierung über die verschiedenen Auffassungen. Beschlüsse wurden nicht gefaßt.

Ahrensdorf wird erzogen.

Der Landrat sorgt für Hissung der schwarz-rot-goldenen Fahne.

In dem Orte Ahrensdorf, der völkischen Hochburg des Herrn von Alvensleben, bekannt durch den Mordüberfall auf das Reichsbanner, suchte der Landrat des Kreises Lebus am Sonntag vergebens nach der Reichsflagge, die jeder Ort aus Staatsmitteln zur Beflaggung erhalten hatte. Die Fahne war, wie der Schulvorstand erklärte, angeblich gestohlen worden. Der Landrat ließ sofort eine neue Flagge beschaffen, die unter polizeilichem Schutz am Schulgebäude gehißt wurde. Auch in Heinersdorf im Kreise Lebus fehlte die Reichsflagge, weil sich der Schulvorstand geweigert hatte, sie zu hissen. Es bedurfte auch hier des Eingreifens des Landrates, um die Anordnung der preußischen Regierung durchzusetzen.

Die Früchte von Mussolinis Arbeit.

Bevorstehende Lohnherabsetzung in Italien.

Rom, 3. Oktober. In einer Sitzung des Direktoriums der faschistischen Partei teilte Turati mit, daß eine Herabsetzung der Löhne in der italienischen Industrie ins Auge gefaßt werden müsse, um die Produktionskosten der Bewertung des Pfund Sterling mit 90 Lire anpassen zu können. Mussolini erklärte, er habe Turati beauftragt, der Syndikatsversammlung am nächsten Donnerstag die Bestimmungen mitzuteilen, die für weitere Lohnherabsetzungen maßgebend sein sollen. Diese Lohnherabsetzungen würden für die einzelnen Industrien und Provinzen verschieden sein, jedoch mindestens 10 Prozent betragen.

Kleine Auslandsnachrichten.

Neue Verhaftungen im Arsenal von Toulon. Der vom Marineministerium nach Toulon entsandte Beamte zur Klärung der Zwischenfälle im dortigen Militärgefängnis wurde bei seinem Erscheinen von den Gefangenen mit dem Gesang der Internationale begrüßt. Daraufhin wurden 78 neue Verhaftungen vorgenommen und die Verhafteten in ein Fort geführt.

Politische Verhaftungen in Lemberg. In Lemberg sind Sonntag unter Mitgliedern der von Dmowski gegründeten nationalistischen Organisation „Lager des großen Polen" Verhaftungen vorgenommen worden, da festgestellt wurde, daß die Festgenommenen die bekannte anonyme Flugschrift, in der einer Reihe von Pilsudski treuen Offizieren der Vorwurf gemacht wird, General Zagorski umgebracht zu haben, vervielfältigt und verbreitet haben. Die Verhaftungen haben in Lemberg großes Aufsehen erregt, zumal es sich fast durchweg um Angehörige der gebildeten Stände handelt.

Ein Flaggenzwischenfall in Lodz. Am Sonntag früh wurde in Lodz, offenbar von Betrunkenen, ein Stück der Fahne des deutschen Konsulats abgerissen. Der polnische Woiwode in Lodz hat dem deutschen Konsul das lebhafte Bedauern über diesen Vorfall ausgedrückt, ebenso die polnische Regierung dem deutschen Gesandten in Warschau gegenüber.

Schulgeldfreiheit in den französischen Mittelschulen. In einer am Sonntag in Lyon gehaltenen Rede kündigte Unterrichtsminister Herriot an, daß er in den Mittelschulen den kostenfreien Unterricht einzuführen gedenke. Er werde einen entsprechenden Gesetzentwurf dem Finanzausschuß der Kammer vorlegen. Die für den Staat sich ergebenden Mehrkosten würden etwa 58 Millionen Franken betragen.

Immer wieder Blutjustiz in Rußland. In Leningrad sind abermals vier Monarchisten hingerichtet worden, nachdem das Präsidium des Zentral-Exekutiv-Komitees der Sowjet-Union ein Gnadengesuch abgelehnt hatte.

Aus Schlesien.

Konferenz der Arbeiterwohlfahrtsausschüsse des Bezirks Breslau.

Die mittelschlesische Bezirksleitung der Arbeiterwohlfahrt hatte am Sonnabend die Vertreter ihrer örtlichen Ausschüsse und darüber hinaus einen interessierten Kreis von Genossinnen und Genossen zu einer Tagung im Breslauer Gewerkschaftshaus zusammengerufen. Auf der Tagesordnung stand „Unsere Arbeit im Bezirk" und „Die Lotterie und Werbeaktion der Arbeiterwohlfahrt".

Nach kurzen Begrüßungsworten der Genossin Zils-Eckstein sprach Genosse Giese-Waldenburg über „Die Arbeiterwohlfahrt auf dem Lande und in der kleinen Stadt". In kurzen einleitenden Worten hebt der Redner die allgemeinen besonderen Aufgaben der Arbeiterwohlfahrt hervor. Es soll keine Wohlfahrtspflege um ihrer selbst willen, wie in der bürgerlichen Organisation, getrieben werden, sondern es bleibt die Forderung an die heutige Gesellschaft gerichtet, für ihre Mitglieder die notwendige Fürsorge zu tragen. Die Arbeiterwohlfahrt kennt kein Suchen nach einer persönlichen Schuld des Notleidenden. Aus seiner reichen Erfahrung wies der Redner an zahlreichen Beispielen die Wege und Methoden auf, die die Arbeiterwohlfahrt draußen auf dem Lande und in den kleinen Städten beachten muß. Die Arbeit in den Wohlfahrtsausschüssen braucht durchaus nicht auf direkte Hilfeleistungen beschränkt bleiben. Es gilt, zu allen Fragen der privaten und öffentlichen Wohlfahrtspflege Stellung zu nehmen. Enge Zusammenarbeit mit den Kommunalvertretern ist notwendig. Die Einwirkung auf die Besetzung der hauptamtlichen Stellen in der Wohlfahrtspflege ist ebenso wichtig wie ehrenamtliche Mitarbeit. An der Hand des Jahresberichtes eines Arbeiterwohlfahrts-Ausschusses zeigt Genosse Giese die mannigfache Arbeit, die selbst in einer kleinen Stadt durch eine solche Organisation zu leisten ist.

Eine rege Diskussion gab ein deutliches Bild von der vielseitigen, oft mühsamen Tätigkeit der Ausschüsse in den einzelnen Orten. Im zweiten Teil der Konferenz berichtet Genosse Herrmann-Breslau über die „Wohlfahrts-Lotterie", die der Hauptausschuß für Arbeiterwohlfahrt nun alljährlich veranstaltet. Der große Umfang dieser Lotterie macht eine großzügige Organisation notwendig, zumal in diesem Jahre außerdem ein propagandistischer Zweck verbunden ist. So werden im Bezirke Mittelschlesien allein 45 Versammlungen veranstaltet, in denen sozialpolitische Vorträge von bekannten Referenten gehalten werden sollen. In der Aussprache wird vor allem eine bessere Art der Gewinnverteilung gewünscht.

Zum Schluß behandelte Genossin Zils-Eckstein noch eine Reihe von wichtigen Organisationsfragen. Der Bezirksausschuß hat über die Stellenausschreibungen in der Wohlfahrtsfürsorge zu unterrichten, so wie es wichtiger denn je ist, für die Ausbildung der Genossinnen zu sorgen, die in den Dienst der Wohlfahrtspflege treten wollen. Die von uns veranstalteten Weihnachtsfeiern müssen sich grundsätzlich von den „Gebe"-Veranstaltungen bürgerlicher Kreise unterscheiden. Die Tatsache, daß neuerdings auch vom Provinzialausschuß der Arbeiterwohlfahrt für ihre Arbeit eine größere Geldsumme zur Verfügung gestellt wurde, ist ein Beweis öffentlicher Anerkennung der wirksamen sozialen Arbeit dieser Organisation. Nach diesen Mitteilungen konnte die sehr gut besuchte und für weitere Arbeit anregende Konferenz geschlossen werden.

Typhus in Schlesien.

Typhuserkrankungen, die im schlesischen Kreise Münsterberg aufgetreten sind, nehmen stark zu, so daß bereits alle Krankenhäuser überfüllt sind. Mehrere Personen sind der Krankheit bereits zum Opfer gefallen.

* * *

Wie amtlich vom Landratsamt Münsterberg über die Typhuserkrankungen im Kreise Münsterberg bekannt gegeben wird, beträgt die Zahl der Erkrankten zurzeit 180, davon sind sechs gestorben und 38 in den letzten Tagen als geheilt entlassen worden. Nach übereinstimmender Ansicht des Kreisarztes und der Aerzte des Kreises Münsterberg ist die Epidemie an sich als erloschen zu betrachten, da in den letzten Tagen neue Erkrankungen kaum vorgekommen sind. Die Hindenburgfeiern mußten vorsichtshalber wegen der Ansteckungsgefahr abgesagt werden.

Notlandung eines polnischen Militärflugzeuges in Hindenburg.

In der Nähe des Georgschachtes ging am Sonntag nachmittag 50 Meter diesseits der Grenze ein polnisches Militärflugzeug nieder, das mit einem Feldwebel und mit einem Flugschüler besetzt war. Die Schutzpolizei beschlagnahmte das Flugzeug. Die beiden Insassen sind vorläufig in der Hindenburger Schutzpolizeiunterkunft untergebracht und warten auf die Erledigung der Freigabe durch eine bereits eingetroffene Oppelner Kommission, die die Untersuchung der Notlandung vorzunehmen hat.

Besuch des polnischen Staatspräsidenten in Ostoberschlesien.

Kattowitz, 3. Oktober. Gestern vormittag traf der polnische Staatspräsident Moscicki in Kattowitz ein, von wo er, sich sofort nach Königshütte begab, um dort die Enthüllung des Denkmals für die gefallenen Aufständischen persönlich vorzunehmen und der Eröffnung des Stadions beizuwohnen. Bei der Enthüllungsfeier hielt Dr. Moscicki eine Rede, in der er die Unifizierung Oberschlesiens mit dem übrigen Polen als dringende Notwendigkeit bezeichnete, wobei er die wirtschaftliche Bedeutung der Industrie für das Staatsganze hervorhob. Dem Festakte wohnten die Vertreter der staatlichen und kommunalen Behörden der Wirtschaft und sämtlicher Parteien bei. Auch Abordnungen der deutschen Minderheit und die deutschen Sejmabgeordneten hatten sich zur Begrüßung des Staatsoberhauptes eingefunden und wurden von ihm ins Gespräch gezogen.

Brieg. Die geraubte Vereinsfahne. Nach der Berliner Hindenburgfeier wurde am Sonntag abend einem Bäckermeister aus Brieg in Schlesien, der als Standartenträger des Kavallerievereins Brieg an der Spalierbildung des Kyffhäuserbundes teilgenommen hatte, auf dem Wege zu seinen Angehörigen in Schöneberg die Fahne geraubt. Sie hatte einen Wert von 1000 Mark.

Schweidnitz. Bankgründung. Interessenten haben hier eine neue Bank unter dem Namen „Mittelstandsbank für Handel, Industrie und Landwirtschaft e. G. m. b. H. Schweidnitz" gegründet.

Waldenburg. Festnahme eines Sittlichkeitsverbrechers. Durch die Kriminalpolizei wurde der Kellnerlehrling Richard Hilbert aus dem Stadtteil Altwasser festgenommen. Hilbert hatte auf dem Lazenberg und auch im Härtelgraben sich in schamlosester Weise kleinen Mädchen gezeigt und diese belästigt.

Waldenburg. D. D. B. und Lehrerschaft. Während der Deutsche Lehrerverein überall zum Protest gegen das Reichsschulgesetz aufruft, hat die Spitzenorganisation des Vereins, „Der deutsche Beamtenbund", es abgelehnt, zu diesem Entwurf Stellung zu nehmen. Das veranlaßte eine große Anzahl Lehrer und Lehrerinnen des Kreises Waldenburg, sowohl aus dem Deutschen Lehrerverein, der sich die sonderbare Haltung seiner Spitzenorganisation gefallen läßt, sowie auch aus dem Deutschen Beamtenbunde auszutreten. Sie haben eine Kreisgruppe Waldenburg der Gewerkschaft Deutscher Volkslehrer und Volkslehrerinnen gegründet und sich der freigewerkschaftlichen Organisation im Allgemeinen Deutschen Beamtenbunde angeschlossen.

Dittersbach bei Waldenburg. Durch ein schweres Schadenfeuer wurden im Ortsteil Bärengrund die Stall- und Wirtschaftsgebäude der Wiedermannschen Besitzung vollständig eingeäschert. Nur das Vieh konnte gerettet werden. Auch das Wohnhaus wurde stark beschädigt, aber hier war es der Feuerwehr, deren Arbeiten durch Wassermangel stark beeinträchtigt wurden, möglich, den Brand abzutöten. Man vermutet, daß das Feuer durch Kurzschluß in der elektrischen Leitung entstand. Leider befanden sich unter den zur Hilfeleistung Herbeigeeilten auch unsaubere Elemente, die sich an den wenigen geretteten Habseligkeiten zu bereichern versuchten. Der Besitzerin des verbrannten Gebäudes wurde ein Geldbetrag entwendet.

Liegnitz. Fürchterlicher Betriebsunfall auf der Gugala. Ein Angestellter der „Schleuder-Bahn" kam Freitag abend infolge Fehltritt zu Fall und geriet mit beiden Füßen und den Unterschenkeln in das Zahnradgetriebe der Drehscheibe, wobei ihm diese Gliedmaßen entsetzlich zugerichtet wurden. Die beiden Füße, von denen die Schuhe heruntergerissen waren, wurden vollständig zerfleischt, die Fersen abgerissen, der eine Fuß hing nur noch an Knochen und auch die Unterschenkel waren schwer in Mitleidenschaft gezogen. Zwar wurde der Betrieb sofort eingestellt, das Unglück war aber geschehen. Die Sanitätswache brachte den Verunglückten mittels Transportwagen zur Wache, von wo aus er mit dem Sanitäts-Auto nach dem städtischen Krankenhaus transportiert wurde. Die beiden Beine mußten dem Unglücklichen amputiert werden. — Proletarierlos.

Landeshut. Geschäftsjubiläum. Die bekannte Textilfirma Methner und Frahne, die zurzeit 4000 Personen beschäftigt, beging ihr 75jähriges Geschäftsjubiläum. Aus Anlaß dieses Jubiläums wurden Stiftungen im Gesamtbetrage von 100 000 Mark gemacht, u. a. erhält die Stadt Landeshut für den Stadthallenbaufonds 30 000 Mark.

Görlitz. Einführung zweier Bürgermeister. Hier wurden in feierlicher Sitzung die beiden neuen Stadtoberhäupter von Görlitz, Oberbürgermeister Dr. Wiesner und Bürgermeister Dr. König, in ihr Amt eingeführt und verpflichtet. Es folgten darauf noch ein paar Stunden geselligen Beisammenseins der Stadtverordneten mit den Bürgermeistern in der Stadthalle.

Bad Salzbrunn. Beikwechsel in Bad Salzbrunn. Seit einiger Zeit sind Verhandlungen bezüglich Uebernahme des Bades von einer AG. geführt worden. In den letzten Tagen scheinen diese Verhandlungen greifbare Formen angenommen zu haben. Einem großen Teil der Angestellten der Badedirektion ist gekündigt worden, u. a. auch leitenden Beamten.

Kunzendorf (Ostoberschlesien). Aus Hunger in den Tod. Hier erhängte sich der Arbeiter Josef Dworak, der seit längerer Zeit arbeitslos war.

* * *

Auf der Straße nach Miedschichowitz überfiel ein Bandit mit vorgehaltenem Revolver von dem Geschäftsmann Pertzyk-Szeja aus Oswiencim die Herausgabe seines Geldes. Als der Ueberfallene sich zur Wehr setzte, schoß der Bandit. Schwerverletzt in den Rücken getroffen stürzte der Kaufmann zu Boden. Der Räuber entfloh unter Mitnahme der Aktentasche und Brieftasche mit kleinerem Barbetrag. Trotz sofort eingeleiteter Untersuchung hat man den Täter leider nicht fassen können.

Gleiwitz. Umbau des Stadttheaters. Der Zuschauerraum des hiesigen Stadttheaters soll gänzlich umgebaut werden. Die preußische Staatsregierung hat dafür einen Zuschuß von 100 000 Mark bewilligt.

Oppeln. Von Banditen überfallen. Aus dem Hinterhalt überfallen wurde in Przywor der Bahnarbeiter Peter Syma. Ein Schuß drang ihm in die Schädeldecke, so daß er sofort bewußtlos zusammenbrach. Die Räuber entflohen unter Mitnahme seiner Uhr und der eben erhaltenen Löhnung. Der Schwerverletzte mußte in eine Breslauer Klinik überführt werden. Von den Täter fehlt jede Spur.

Oppeln. Unglückselige Motorradfahrt. Bei einer Fahrt nach der Ziegelei Dembiohammer, Kreis Oppeln, wohin sie Lohngelder bringen wollten, verunglückten der Werkmeister M. und der Chauffeur B. mit ihrem Motorrad schwer. Bei einer Kurve stürzte das Rad in einen Graben. Die beiden Fahrer wurden in schwerverletztem Zustande nach Oppeln gebracht. Ihr Zustand ist lebensgefährlich.

Hindenburg. Bei der Arbeit getötet wurde der Arbeiter Kottlorz im Ausbesserungswerk. Ein Lokomotivtender stürzte herab und brachte dem Unglücklichen tödliche Verletzungen bei.

Königshütte OS. Ein tapferer Junge ist der hier wohnhafte 15jährige Herbert Goebel. Er wurde von mehreren Banditen auf der Straße Siemianowitz—Bainsow angefallen, zu Boden geworfen und geschlagen, wobei man versuchte, ihm seine Barschaft in Höhe von ungefähr 1000 Zloty zu entreißen. Der Knabe leistete den Räubern aber solchen Widerstand, daß sie nichts ausrichten konnten und beim Herannahen eines Autos flüchten mußten. Das Auto nahm den Knaben auf, nach den Wegelagerern wird gefahndet.

Kattowitz. 60jähriges Zeitungsjubiläum. Die in Kattowitz erscheinende „Kattowitzer Zeitung" feierte am 1. Oktober ihr 60jähriges Bestehen. Aus Anlaß des Erinnerungstages hat sie eine 50 Seiten starke Festausgabe herausgebracht mit Beiträgen führender Männer Ostoberschlesiens.

Landkreis Breslau/Neumarkt.

SPD., Unterbezirk Breslau-Land-Neumarkt.

Versammlungskalender.

Schwoitsch. Morgen, Mittwoch, abends 8 Uhr, Versammlung bei Rauh. Redner: Rektor Gabriel. Sorgt für guten Besuch!

Hartlieb. SPD. Mittwoch, den 5. Oktober, abends 8 Uhr, findet im Lokal Kramer unsere Mitglieder-Versammlung statt. Redner: Genosse Lehrer Felsen. Erscheint alle zu dieser wichtigen Versammlung. Besonders alle Frauen mitbringen.

Kattern. Freitag, den 7. Oktober, abends 7½ Uhr, bei Gürtler in Kattern, öffentliche Versammlung. Es spricht Genosse Rektor Pietsch aus Breslau über den Betrug des Bürgerblocks. Alles von Kattern und Umgegend hat zu erscheinen.

Bettlern. Arbeiter-Radfahrer. Am Freitag, den 7. Oktober, findet unsere Monatsversammlung statt. Erscheint recht zahlreich. Sportgenosse Schiffer wird einen Vortrag halten.

Groß-Mochbern. Eine öffentliche Volksversammlung fand am Sonnabend im Lokal von Schreier statt, in der der Genosse Landrat Seibold aus Nimptsch über den Betrug am deutschen Volke sprach. Der schwarz-weiß-rote Bürgerblock und seine „Großtaten" zeigen, daß die Arbeitnehmerschaft von ihm nichts zu erwarten hat. Nur den Großkapitalisten, den Großgrundbesitzern, den Großbanken und den Hausbesitzern gegenüber hielt er das Wort und verhalf ihnen zu Vorteilen auf Kosten der breiten Masse. Eine Verschlechterung der Lebenshaltung, Verschlimmerung der Unterernährung und Wohnungselend sind der Erfolg der unverantwortlichen Zollpolitik des Bürgerblocks. Darum gilt es, alle Kraft aufzubieten, die Massen aufzuklären und ihnen klar zu machen, daß die Lebenslage nur durch die Machtergreifung besser gestaltet werden kann und nur durch Anschluß zur Sozialdemokratischen Partei möglich ist.

Ransern. Parteiversammlung. Am letzten Sonnabend fand in Seidels Lokal eine von der Ortsgruppenleitung Oswitz einberufene Mitgliederversammlung statt, zu der auch einige Gäste und Genossen aus Leipe-Petersdorf erschienen waren. Genosse Schiffer als Referent über das Thema „Die Aufgaben der Sozialdemokratie" geißelte in seiner temperamentvollen Art die leider immer noch nicht überwundene Teilnahmslosigkeit und Gleichgültigkeit der hiesigen Arbeiterschaft gegenüber ihrer politischen Klassenkampforganisation. Ganz besonders wies der Redner auf die Gefahren hin, die dem arbeitenden Volke drohen, wenn es den Bürgerlichen im Großwahlkampfjahr 1928 gelingen sollte, in bisheriger Stärke in die Volksvertretungen einzuziehen. Unter anhaltendem Beifall schloß Genosse Schiffer seine Ausführungen mit der Ermahnung, all. Kräfte aufzubieten, um auch in Ransern wieder andere Verhältnisse zu schaffen und zum Kampfe gegen Kulturrückschritt und Ausbeutung zu rüsten. In der Aussprache betonte der Ortsgruppenführer die unerläßliche Pflicht der hiesigen Genossen zur Fortbildung auf kommunalpolitischem Gebiete. Im Schlußwort behandelte noch Genosse Schiffer einige wichtige Bestimmungen des Arbeitslosenversicherungsgesetzes.

Familien-Anzeigen

Am 30. September verschied nach langem, schwerem Leiden mein lieber guter Mann und Vater, Sohn, Schwiegersohn, Bruder, Schwager und Onkel, der

Sattler
Reinhold Ullmann

im besten Alter von 40 Jahren.

Um stille Teilnahme bitten

Breslau, den 4. Oktober 1927
Mühlen Str. 36/38, Hof III 332 b

Else Ullmann, geb. Aßmann, u. Kinder.

Beerdigung: Mittwoch, 5. Oktbr., nachm. 5 Uhr, von der Halle des Krematoriums in Gräbschen.

Infolge eines Unglücksfalles verstarb am Sonnabend, den 1. Oktober, mittags 12 Uhr, unser Sohn

Jaroslaw Schulz

im Alter von 7 Jahren, Schüler der Sammelschule 3, Klasse 7, Ottener Straße.

Die trauernden Eltern und Geschwister.

Einäscherung: Freitag nachmittag 3 Uhr, Krematorium Gräbschen. 321

Ich habe meine Praxis von **Ohlauer Straße 87,** Ecke Ring (Goldene Krone) nach 3902

Kürassierstraße 1,
Ecke Kaiser-Wilhelmstr. (im Hause des Postamts 18)

verlegt und halte wie bisher Sprechstunden werktags 9—1 Uhr u. 3—6 Uhr. — Fernspr. Stephan 39977.

Dr. Friedrich Landau
Zahnarzt. 3903

Zurückgekehrt
Dr. Arnold Fuchs
Frauenarzt (12—1, 3—5 Uhr).
Gartenstraße 97 (am Hauptbahnhof). 8930

• Genossen •
deckt Euren Bedarf für den Winter in
neuen und gebr. Anzügen, Paletots, Joppen, Schwedenmänteln, Hosen, Windjacken, Berufskleidung sowie Wint.-Trikotag. u. Wollwaren nur im
Kaufhaus „Zur großen Zentrale"
Oderstraße 7 (Ecke)
3 Schaufenster zeigen unsere Billigkeit 6066

Unsere Geschäftsstelle 4 Breslau
(Geschäftsführer Kern) für die Lebens-, Volks-, Unfall-, Haftpflicht-, Autokasko-Versicherung ist vom 4. Oktober 1927 ab von Neue Taschenstr. 21/22
nach Höfchenstr. 79!
Tel. Stephan 39492, verlegt worden. 4459
Der Vorstand der Niederschlesischen Provinzial-Lebensversicherungsanstalt, Breslau 16, Tiergartenstr. 55/57.

Sinclair-Romane!

Jimmi Higgins	brosch.	M.	1.00
„ „	geb.	„	2.00
König Kohle . . .	geb.	„	2.50
Man nennt mich Zimmermann .	geb.	„	1.30
Der Wechsler	½ leinen	„	1.30
100 % . . .	½ leinen	„	2.00
Der Liebe Pilgerfahrt	½ leinen	„	2.00

besonders billig

Gesammelte Romane
5 Bände in ½ leinen
statt 35.00 M. nur M. 16.00

Buch des Lebens 3 Bände geb.
statt 8.00 M. nur M. 3.25
(auch auf Buchkarte erhältlich)

Volkswachtbuchhandlung
Breslau 3, Neue Graupenstraße 5.

Stadttheater
Dienstag
20 bis nach 22.30:
3. Ab.-Vorst. Serie F
Einmalig. Gastspiel
Berta Klurina:
Der Freischütz
Mittwoch 20 bis 22.15 Uhr:
3. Ab.-Vorst. Serie G
Die Schneider von Schönau.
Donnerstag
20 bis gegen 22.30:
Die verkaufte Braut

Ein Lebensbild von Ferdinand Lassalle.
Der Jugend erzählt von Dr. Willi Cohn.
Preis 50 Pf.
Volkswacht-Buchhandlg.

Die Volksschule als Einheitsschule
Von Dr. Max Apel.
Bestellungen werden von der Expedition dieses Blattes sowie von sämtlichen Kolporteuren entgegengenommen.

Für jeden!
Deutscher Begräbnis- und Lebens-Versicherungsverein a. G.
„Deutscher Herold" Berlin
Der **Deutsche Herold** gewährt vom 1. Oktober 1927 ab den nach seinen Bestattungstarifen versicherten Eltern **kostenlos** ohne einen Pfennig Mehrbetrag
Mitversicherung ihrer Kinder im Alter von 2 bis 16 Jahren
Aufklärung erteilt die Geschäftsstelle:
„Pietät" Wilhelm Schneider
Bestattungsanstalt
BRESLAU
Schuhbrücke 58, Ecke Kupferschmiedestraße
Fernsprecher Ring 1822 323

Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer u. Kriegerhinterbliebenen.
Ortsgruppe Breslau.
Mittwoch, 5. Oktober, 20 Uhr
Gewerkschaftshaus, großer Saal, Margaretenstr. 17
Große öffentliche Versammlung
Thema:
Die Forderungen der Kriegsopfer an den Reichstag.
Referent:
Kameral Provinzial-Landesvorsitzender Stope
Kriegsopfer, erscheint in Massen, denn es gilt, der Regierung und dem Reichstag zu zeigen, daß wir nicht gewillt sind, unsere Notlag verewigen zu lassen.
Eintritt frei.
Der Ortsgruppenvorstand.
9913 Praetel. Rogoll.

BEI VERGEBUNG VON
DRUCKSACHEN
BERÜCKSICHTIGEN INDUSTRIE UND HANDEL, KOMMUNAL- UND STAATSBEHÖRDEN, PARTEIVEREINE, GEWERKSCHAFTEN, KRANKENKASSEN, ARBEITERSPORT- UND VERGNÜGUNGS-VEREINE DIE BUCHDRUCKEREI DER
VOLKSWACHT
BRESLAU 3, FLURSTRASSE 4-6

Schauspielhaus.
Opernstraßbahn.
Tel. Stephan 36268.
Täglich 20 Uhr:
„Die Königin"
Sonntag 15½ Uhr:
„Drei arme kleine Mädels"

Lobe-Theater.
Tel. Ring 6774, 4700
Täglich 20 Uhr bis einschließlich Freitag
„Der Zar"
Tragödie des Ostens von Hans Sochin
Mittwoch, Donnerstag 20 Uhr:
Nachvorstellungen Gastspiel der Wiener Kleinkunstbühne
Die blaue Blume

Bitte bei allen Einkäufen stets die Inserenten unserer Zeitung zu berücksichtigen.

Schießwerder
Täglich 8 Uhr
Sonnabend, 8. Oktober, nachm. 4 Uhr und Sonntag, den 9. Oktober, vorm. 11½ Uhr:
Sim Dofer
Das medizinische Rätsel
Der Mann ohne Schmerzen
zeigt Erscheinungen wie:
Das Wunder von Hommersreuth 991
Sim Dofer blutet ohne zu verwunden
Sim Dofer verwundet sich ohne zu bluten
Sim Dofer schaltet seine Sinne einzeln oder gesamt ein und aus wie elektrische Birnen

Leihweise elegante
Frack- u. Rock-Anzüge
Herm. Mohaupt
Karlstraße 1, I. Tel. R. 1301 früher Albrechtstraße. 9822

Reste
in Serge, Kittai, Leinwand, Aermelinlter u. Roßhaare sehr billig Wattelinie Mtr. 2 Mk., Garn 1000 Mtr. 25—80 Pf., Maka-Schnürsenkel 100 Paar 2—8 Mk., Knöpfe Dutzend 3—10 Pf., Kernseife Riegel 13 Pf., 1 Dose Ewal 15—90 Pf., alles prima Ware
Detail und Engros
Bertold Lippert
Heinrichstraße 16
Filiale Oderstraße 17. 9910

Leihweise elegante
Frack- Rock- und Smoking-Anzüge
A. Patalong
Schneidermeister 9906
Bischofstraße 3.

Leihweise
Frack- Rock- u. Smoking-Anzüge
nur neueste Fassons
C. P. Pätzold
Königstraße 7/9, I.
Kißling-Ausschank. 9907

Wohnungen

Suche sofort zu tauschen
schöne 2 Zimmer-Wohnung, helle Küche, Entree u. Speisekammer, in gleich große oder etwas größere, bis 2. Stock, Süd oder Südost. 824
Anfrag. unt. Tel. St. 36 419.

Kleine Anzeigen
sind kompreß gesetzte empfehlende Anzeigen von Vierkäufen, Kaufgesuchen u. a. mit nur Pfennige. Wort: 3 Pfennige, fett 4 Pfennige

Guterhalt., großer Kinderwagen zu verk. Lehmgrubenstraße 13, 3 Etg., link. Hfh.

Arbeitsmarkt

Maschinen-Nähler und Durchnäher
per sofort gesucht 993
Schuhfabrik **Kuhlort** Wertgadstr. 67.

Für d. Redaktion verantwortl.: Reinhold Baer; für die Anzeigen: Max Tedna. — Redaktion: Fränkelplatz 3. — Hauptexped.: Flurstr. 4. — Druck u. Verlag d. „Volkswacht" G. m. b. H., sämtl. i. Breslau

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 4. Oktober.

Genosse Paul Löbe

spricht heute abend 20 Uhr in einer Mitgliederversammlung der Partei im großen Saale des Gewerkschaftshauses.

Oberbürgermeister Dr. Wagner

ist heut 50 Jahre alt. Als sein Vorgänger Matting beim Ausbruch der Revolution fortgejagt war, hielt Genosse Löbe unter den Breslauer Stadträten Umschau nach einem geeigneten Nachfolger. Er empfahl Dr. Wagner, der sich durch Fleiß und Liebenswürdigkeit ausgezeichnet hatte, dessen soziales Empfinden bekannt war, und der das schwierige Ernährungsdezernat im Kriege so gut als es nur ging, geführt hatte. In der Tat bewährte sich Dr. Wagner in den Stürmen der Revolution und des Kapp-Putsches. Die sozialdemokratische Stadtverordnetenmehrheit kam mit ihm gut aus, und er selbst sagte nach fünfjähriger Erfahrung, daß der Magistrat es nie so gut gehabt habe, als unter der sozialdemokratischen Mehrheit. In der Tat sieht es heut auf dem Rathause weit übler aus. Die Herrschaft des Besitzbürgerblockes im Reiche hat die Stadt trotz stabiler Währungsverhältnisse in Nöte gestürzt, wie sie kaum jemand vorausgesehen hätte; besonders nach all den Versprechungen, die die Retter gemacht haben. Und auf dem Rathause selbst herrscht statt einer festen und verantwortungsbewußten Mehrheit ein Gewirr von allerhand Parteien, die Sonderinteressen vertreten. Er hat uns in dieser Zeit manchmal nicht gefallen, der Herr Oberbürgermeister. Er schien manchmal nach rechts hin nicht den gehörigen Mut zu haben, aber wir wissen auch, daß er sich schwer durchwinden muß. Für richtiger würden wir es jedoch halten, wenn er offen vor der Bürgerschaft erklärte, nicht einmal, sondern immer wieder, welch ungeheure Schuld die Rechtsparteien in Reich und Stadt auf sich geladen haben. Er brauchte sich davor um so weniger zu fürchten, als diese Herrschaft bei den nächsten Wahlen sicher gebrochen wird. Dr. Wagner hat es in seinem Amte sicher schwerer als die meisten seiner Vorgänger, immerhin ist diese Zeit eine Zeit des neuen Aufbaues gewesen, und selbst der Bürgerblock hat nicht zu hindern vermocht, daß es im Sinne der Demokratie und des Sozialismus vorwärts ging.

Unzufriedenheit rechts!

Zu wenig Fahnen. — Kein Festfressen auf Kosten der Stadt.

Die „Schlesische Tagespost" jammert:

Die Beflaggung der Häuser, vorwiegend in den Farben des alten Reiches, setzte bereits am Sonnabend mittag ein. Vielfach sah man sehr reichen Flaggenschmuck, im allgemeinen aber ließen gewisse Straßenzüge doch die unparteiliche Ehrung vermissen, die hier dem Oberhaupte des Deutschen Reiches zu erweisen Pflicht jedes Deutschen gewesen wäre, ganz unabhängig von seiner politischen Einstellung. So vermißte man auch am Rathause einen besonderen Schmuck zu Ehren des jüngst ernannten Ehrenbürgers von Breslau. Ganz besonders aber mußte es auffallen, daß der Magistrat von sich aus keine Feier anberaumt hatte, während doch bei fast allen sonstigen Tagungen größere Festlichkeiten im Reuter veranstaltet werden, für die ja auch die gesamte Bürgerschaft die Kosten aufbringen muß. Natürlich ist ein Ehrenbürgerbrief nicht so kostspielig. Wie haben aber eine große Anzahl anderer deutscher Städte Hindenburg gefeiert! Breslau nennt sich heute noch mit Stolz die alte Haupt- und Residenzstadt Preußens; heute aber scheint man selbst die einfachsten Formen der Achtung vor dem Präsidenten der „Deutschen Republik" hinter parteiischen Klüngeleien zurückgestellt zu haben.

Freizeit, Jugendschutz, Berufsausbildung

sind Forderungen, die jeder Jugendliche erfüllt wünscht. Durch lange Arbeitszeit, Ueberanstrengung des jugendlichen Körpers, Verwendung an die Gesundheit gefährdenden Arbeitsstätten, unzweckmäßige Berufsausbildung, wird dem Jugendlichen Schaden zugefügt, Raubbau mit seiner Arbeitskraft getrieben. Die arbeitende Jugend wehrt sich dagegen. Sie kämpft um bessere Lebensbedingungen. Wie geschieht das? Darüber spricht am Mittwoch Kollege Medlin in der Aula der Viktoriaschule. Ernste und heitere Jugendspiele werden euch einiges aus dem Leben und Treiben freier Gewerkschaftsjugend zeigen. Arbeitende Jugend, komme zu uns!

Oeffentliche Versammlung der Beamten.

Für Montag abend waren die Beamten zu einer öffentlichen Versammlung eingeladen worden, in der Reichstagsabgeordneter Genosse Steinkopf über die neue Besoldungsordnung sprach. Der große Börsensaal war dicht besetzt. Genosse Rektor Pietsch begrüßte die Erschienenen unter Hinweis auf die schönen Worte, die Reichsfinanzminister Köhler in Magdeburg gesprochen hat. Vorläufig spüren die Beamten aber nur, wie von der Wirtschaft die Preise in die Höhe getrieben werden, und wie die Mieten steigen. Das Elend ist heut größer als es vor drei Jahren war. In der neuen Besoldungsvorlage aber findet man sich überhaupt nicht zurecht. (Beifall.) Hoffentlich wird es dem Genossen Steinkopf möglich sein, uns die Dinge klar zu machen.

Genosse Steinkopf führte dann die Erschienenen sachverständig durch das Labyrinth des Gesetzentwurfes. Er wies darauf hin, wie bei der früheren Besoldungsregelung der Bürgerregierung die unteren Beamten 17, die höchsten aber 71 Prozent Zulage erhielten. Die neue Vorlage ist vom gleichen üblen Geiste erfüllt. Waren bisher dreizehn Besoldungsgruppen, und das waren eher zuwiel als zu wenig, so soll es künftig neunundzwanzig geben. Obere, mittlere und untere Beamte werden durch tiefe Gräben getrennt, die Aufstiegsmöglichkeit wird erschwert. Für die Ministerialbeamten werden Extrawürste bereit gehalten, und im übrigen werden die früheren Korruptionszulagen wieder eingeführt. Richtiger wäre es, das bisherige Besoldungssystem beizubehalten, und den Beamten eine anständige Zulage zu geben. Die Kämpfe um die Besoldungsordnung werden sehr bewegt werden, die Beamten und ihre Gewerkschaften müssen sich rühren, um die nötigen Verbesserungen zu erreichen. Die sozialdemokratische Partei wird den Entwurf ablehnen, wenn er nicht nach gerechten und billigen Gründen verändert wird, denn die neue Besoldungsordnung wird nicht für heut und morgen, sondern für Jahrzehnte gemacht. Die Beamten müssen mit den Angestellten und Arbeitern in engster Waffenbrüderschaft leben. Bei den kommenden Wahlen geht es um Leben oder Sterben. Die Sozialdemokratie muß bei diesen Wahlen wieder eine gewaltige Stärkung erfahren.

Der Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen. Zur Aussprache meldete sich niemand, doch trat eine größere Zahl von Beamten der Partei als Mitglieder bei.

Wenn man sich in Breslau umsieht.

Die Leiter des Wohnungsressorts der Reichsregierung, Ministerialdirektor Dr. Ritter und Ministerialrat Dr. Wölz vom Reichsarbeitsministerium, hatten den Wunsch ausgesprochen, den Wohnungsbau und die Siedlungstätigkeit der Stadt Breslau kennen zu lernen. Unter Führung der Dezernenten des städtischen Wohnungs- und Siedlungswesens ist den Herren ein Ueberblick über die Breslauer Siedlungstätigkeit der Nachkriegszeit gegeben und es sind eine größere Anzahl von Siedlungen, insbesondere die Monnsiedlungen an der Marktstraße, Eichborngarten, Am Sauerbrunn, in Pöpelwitz und Zimpel eingehend besichtigt worden. Die Vertreter des Reichsarbeitsministeriums haben ihre besondere Befriedigung über die planvolle Zusammenfassung und einheitliche und zweckmäßige Ausgestaltung der großen Siedlungen ausgesprochen. Ihre besondere Anerkennung haben die jetzt in größerem Umfange zur Erbauung gelangenden kleinsten Wohnungstypen gefunden, die bei sparsamster, aber geschickter Raumanordnung allein ermöglichen, die Mieten auch für Bevölkerungsteile mit sehr schmalem Einkommen auf einer tragbaren Höhe zu halten. Abschließend haben die Herren des Reichswohnungsressorts zum Ausdruck gebracht, daß nur in wenigen deutschen Städten gleich erfreuliche Ergebnisse im Wohnungsbau erzielt worden seien; sie haben den Wunsch ausgesprochen, daß die Stadt auf dem eingeschlagenen Wege fortschreiten möge.

Wiederinbetriebnahme der Feuerwache 5.

Am 3. Oktober konnte die Feuerwache 5, Ofener Straße Nr. 40/42, wieder in Betrieb genommen werden, nachdem sie vor elf Jahren infolge der durch den Krieg bedingten Verhältnisse geschlossen werden mußte. Es ist damit ein fühlbarer Mangel im Feuerschutz des südöstlichen Stadtteiles wieder beseitigt worden.

Die Wache wurde im Jahre 1903 als eine den damaligen Verhältnissen entsprechende Wache mit Pferdebetrieb erbaut und Anfang April 1904 eröffnet. Das etwa 50 Meter von der Straßenfront zurückliegende dreistöckige Wachgebäude wurde seinerzeit zur Hälfte von der Feuerwehr, zur anderen Hälfte von der Marstallverwaltung benutzt. Dieses Zusammenlegen von zwei Verwaltungen, wie es hier geschehen war, hat sich im Laufe der späteren Jahre nicht als glücklich erwiesen.

Im Erdgeschoß des Wachgebäudes befanden sich zwei Fahrzeugstände, darüber Tages-, Schlaf- und Diensträume. Im zweite Stock lag der Turnsaal, eine Tischlerwerkstatt und Nebenräume. In der anderen Hälfte befanden sich unten die Stallungen, darüber in allen Stockwerken Futterböden, Kutscherstuben und Geräteräume. Im Vorderhof wurde ein einstöckiges Seitengebäude hauptsächlich für Wirtschaftszwecke errichtet; dieses enthielt auch die Unfallwache. An der Straßenfront wurde das alte Wohngebäude belassen und für einige Dienstwohnungen hergerichtet.

September 1916 wurde die Wache wegen Einberufung weiterer Feuerwehrbeamten zum Heeresdienst geschlossen. Vorübergehend wurden dann Räume von der Schulverwaltung in Benutzung genommen. Am 1. April 1919 ging das ganze Grundstück in den Besitz der Marstallverwaltung über. Diese nutzte selbst nur einen Teil des Gebäudes und vermietete die übrigen Räume an die frühere Stadtverteilungsstelle bis Anfang 1921. Von Anfang August 1921 bis Ende September 1925 waren fast alle Räume an ein Privatunternehmen vermietet.

Die Feuerwehr legte seit dem Jahre 1925 den größten Wert darauf, daß ihr das Grundstück wieder zurückgegeben wurde, weil sich immer mehr die Unzulänglichkeit des Feuerschutzes im Südosten der Stadt herausstellte. Einige größere Brände, u. a. der Brand eines Lebensmittelspeichers Tauentzienstraße 127/133 am 14. August 1925 und einer Möbeltischlerei Steinstraße 159 am 26. November 1926, bestätigten die Notwendigkeit der Wiedereröffnung der Feuerwache. Auch im Hinblick auf die vielen gewerblichen Betriebe, Lagerplätze, das Gaswerk Dürrgoy sowie auf die nahe bevorstehende Eingemeindung von Klein- und Groß-Tschansch mußte für eine Erweiterung des Feuerschutzes gesorgt werden. Dazu kam noch, daß der im Laufe der letzten Jahre auf der Hauptfeuerwache eingetretene Raummangel die Branddirektion förmlich dazu drängte, beim Marstall die Rückgabe des Grundstückes Ofener Straße 40/42 zu beantragen, um wenigstens eine geringe Entlastung der Hauptfeuerwache zu erreichen. Der Marstall war mit der Uebergabe einverstanden, da er keine Verwendung für das Grundstück hatte und mit den Untermietern keine guten Erfahrungen gemacht hatte.

Branddirektor Dr. Ing. Kaiser arbeitete nunmehr einen Plan aus, nach dem das Grundstück für eine neuzeitliche Feuerwache umgebaut werden sollte. Vor allem galt es, Räume für den Kraftwagenbetrieb einzurichten, geeignete Werkstatträume zu schaffen sowie einen Schlauch- und Uebungsturm zu erbauen. Das Hauptwachgebäude mußte Sammelheizung erhalten und wegen der hier untergebrachten Schlauchwerkstatt durch eine 100 Millimeter weite Rohrleitung ausreichend mit Wasser versorgt werden. Der Raum für die Feuermelde-Telegraphie und die Fernsprech-Zentrale mußte so gelegt werden, daß von hier aus auch der Pförtnerdienst versehen werden konnte. Mit der Inbetriebnahme der Wache wird diese wieder in die zugehörige Feuermeldeschleife eingeschaltet, wobei gleichzeitig auf die spätere Verkabelung dieser Schleife Rücksicht genommen wurde, um später an Kosten zu sparen.

Auf die Herstellung von Dienstwohnungen wurde besonderer Wert gelegt, um bei außergewöhnlichen Anlässen (Großfeuer, Ueberschwemmungen usw.) schnell dienstfreie Beamte zum Einsatz zur Verfügung zu haben.

Nachdem die städtischen Körperschaften durch Beschluß vom 24. 9. 26 und 30. 9. 26 die erforderlichen Mittel zum Umbau der Wache zur Verfügung gestellt hatten, wurde mit den Bauarbeiten Ende 1926 unter Leitung des Herrn Oberbaurat Schirmer und Stadtarchitekten Schönewald vom Bauamt II 3 im Einvernehmen mit der Branddirektion begonnen. Wenn sich die Bauarbeiten verhältnismäßig lange hinzogen, so lag das daran, daß sich bei dem Umbau mehr als bei einem Neubau häufiger Schwierigkeiten in den Weg stellten. Es wurden fünf Fahrzeugstände eingerichtet, über den beiden Ständen für die Alarmfahrzeuge befinden sich, durch eine Rutschstange mit jenen verbunden, die Diensträume nebst Waschraum, Baderaum und Küche. An Werkstätten wurden eingerichtet eine Schlauchwerkstatt, eine Schlosserei und Schmiede und eine Sattlerwerkstatt. Der heizbare Schlauch- und Uebungsturm auf dem zweiten Hof ist in solcher Höhe erbaut, daß die Schläuche in ihrer ganzen Länge von mindestens 20 Metern zum Trocknen aufgehängt werden können. Neben dem Telegraphen- und Fernsprechraum liegt eine vollständig eingerichtete Unfallwache. Auf dem Grundstück befinden sich ferner 10 Dienstwohnungen, von denen 7 im Wachgebäude und 3 im vorderen Wohngebäude liegen. 6 Dienstwohnungen wurden dadurch gewonnen, daß die früheren Futterböden im ersten und zweiten Stock des Wachgebäudes entsprechend aufgeteilt wurden.

Um an Kosten zu sparen, wurde die Inneneinrichtung zum größten Teil durch die Feuerwehr selbst hergestellt.

Auf der Wache werden der Löschzug 5, bestehend aus Motorspritze und Leiter, sowie ein Schlauchtransportwagen und 2 Entseuchungswagen des Gesundheitsamtes untergebracht. Die Beschaffung der noch fehlenden Magirusleiter ist bei den städtischen Körperschaften erst für 1928 beantragt.

Wenn auch mit der Inbetriebnahme der Feuerwache 5 eine gewisse Entlastung der Hauptfeuerwache eingetreten ist, so bleiben doch im ganzen die äußerst beengten baulichen Verhältnisse auf dieser bestehen, weil die freigewordenen Räume für die der Feuerwehr angegliederten Nebenbetriebe nötig gebraucht werden. Nach wie vor bleibt der Neubau der Hauptfeuerwache eine dringende Notwendigkeit, ebenso wie die damit zusammenhängende und bereits in Angriff genommene Umgestaltung der gesamten öffentlichen Feuermeldeanlage.

Uebungs- und Schlauchturm der Feuerwache 5

Das erbrochene Zigarettenlager.

Vor dem Großen erweiterten Schöffengericht standen der 22 Jahre alte Druckereiarbeiter Wilhelm Prill und der 19 Jahre alte Schlosser Max Grabolle, um sich wegen Einbruchsdiebstahls zu verantworten. Die Zigarettenfirma Remtsma, Hamburg-Altona, hat in Breslau auf der Lohestraße 21 ein Zigarettenlager. Hier war im Laufe dieses Jahres fünfmal eingebrochen worden, während es beim sechsten Male beim Versuch blieb. Der erste Diebstahl war am 20. Februar ausgeführt worden, in verschiedenen Abständen folgten dann weitere Diebstähle. Der letzte war in der Nacht zum 4. Juni. Den Einbrechern waren nicht unerhebliche Mengen in die Hände gefallen. So wurden allein bei einem Einbruch Zigaretten im Werte von 1240 Mark gestohlen. In einem anderen Falle handelte es sich um mehr als für 600 Mark Zigaretten. Alle Einbrüche waren in derselben Art ausgeführt worden. Wie die Spuren zeigten, war immer eine Leiter verwandt und zum Abtransport der Waren waren Säcke benutzt worden. Da wurden nach einem Einbruch, der in der Nacht zum 25. Mai ausgeübt wurde, Fingerabdrücke entdeckt. Auf Grund dieser Fingerabdrücke erfolgte dann Mitte Juni die Verhaftung der beiden Genannten. Da alle Diebstähle in der gleichen Art ausgeführt worden waren, nahm die Anklage an, daß die beiden sämtliche, in dem Fabriklager begangenen Einbrüche verübt hätten. Das bestritten sie aber ganz entschieden. Sie waren lediglich wegen des einen Diebstahls geständig, dessen sie durch die Fingerabdrücke überführt worden waren. Als Entschuldigung führten sie an, daß sie arbeitslos gewesen seien und sie sich ein paar Zigaretten hatten holen wollen. Gestohlen wurden in der betreffenden Nacht 600 Stück. Der Staatsanwalt hielt die Angeklagten in allen Fällen, auf Grund der Gleichartigkeit der Einbrüche, für die Täter, er beantragte deshalb gegen den unbestraften Prill zwei Jahre Gefängnis, gegen Grabolle, der einmal wegen Diebstahls vorbestraft ist, zweieinhalb Jahre Gefängnis. Das Gericht hielt nur den einen Fall für erwiesen und erkannte gegen Prill auf sechs Monate und gegen Grabolle auf sieben Monate Gefängnis. Die Untersuchungshaft wurde ihnen auf die Strafe angerechnet, der Haftbefehl gegen beide wurde aufgehoben und für den Rest der Strafe erhielten sie eine dreijährige Bewährungsfrist.

Theater und Musik.

Stadt-Theater.

„Lohengrin"

(Gastspiel Ivar Andrésen).

Mit einiger Spannung sah man dieser zweiten Wagner-Aufführung innerhalb der neuen Spielzeit entgegen. Wird sie ähnliche Halbheiten aufweisen, wie kürzlich die Auffrischung der „Meistersinger", wie wird sich die fast vollständige Neubesetzung der Hauptpartieen bewähren, was für einen Baß werden wir in dem, unseres Wissens, hier so gut wie unbekannten Dresdener Gast kennen lernen? Fritz Cortolezis saß am Pult, und es wurde, bis auf die dringend aufbesserungsbedürftigen Chöre, für die er nicht verantwortlich ist, eine im großen ganzen eindrucksvolle Aufführung bereitet, in der im Orchester die motivischen Elemente gut herausgemeißelt wurden. Mit der Turnauschen Inszenierung, an die man sich mittlerweile gewöhnt hat, kann man sich im wesentlichen zufrieden geben. Zu den stark störenden Unzulänglichkeiten gehört aber vor allem der Standort des Söllers; er ist derartig auf die Seite gequetscht, daß Elsa während ihres Gesanges an die Lüfte einem großen Teil der Zuschauer unsichtbar bleibt. Die neue, für die erkrankten Fachvertreterinnen nur vertretungsweise engagierte Sopranistin Edith Sajitz genügt äußerlich und stimmlich der milden Elsagestalt, in die sie indessen musikalisch noch nicht völlig hineingewachsen ist. Walter Warth beherrscht die Charakterzeichnung des Telramund, bleibt aber in gesanglicher Hinsicht manches schuldig. Die Höhe klingt meistens gequält, wobei der Ton stumpf wird und jeden Glanzes entbehrt. Ivar Andrésen, von der Dresdener Staatsoper, besitzt einen vollklingenden und dabei weichen, durchaus hell gefärbten Baß, den er, verbunden mit einer sympathischen Darstellungsweise, für den König einsetzte. Neu war auch der Heerrufer Engelbert Czubocks, mimisch und gesanglich stark belebt. Adolf Fischer hat in den letzten Tagen seine prächtigen Stimmmittel geschont, um sie nun für die Titelpartie so zu verwerten, daß der starke Publikumserfolg des Abends vorwiegend ihm galt. In der Gralserzählung traten aber, schleunigst abzustellende, rhythmische Mängel auf, die den Dirigenten beinahe in Not brachten. Herta Böhlke war wieder eine charakteristisch vorzüglich durchgearbeitete Ortrud.

Das Theater war ausverkauft, impulsiv ausbrechender Beifall folgte jedem Aktschluß. R. S—der

Max-Barthel-Abend.

Zu dem am 5. Oktober im Gewerkschaftshaus stattfindenden Abend wird die Volkswacht-Buchhandlung mit einer kleinen Buchausstellung vertreten sein. Gleichzeitig weisen wir auf den nächsten Band des Bücherkreises, Barthel, „Mann am Kreuz“, hin. Anschauungsexemplare für den Bücherkreis am Montag und für den Volkswacht-Buchhandlungen.

Die Forderungen der Kriegsopfer.

Am morgigen Mittwoch, abends 20 Uhr, hält der Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen im großen Saale des Gewerkschaftshauses eine öffentliche Versammlung ab, in der Kamerad Stope über die Forderungen der Kriegsopfer an den Reichstag sprechen wird. Der Eintritt ist frei. Allen Kriegsopfern ist der Besuch dringend zu empfehlen.

17 weltliche Anfängerklassen gebildet.

Trotzdem sich infolge Geburtenrückganges die Zahl der Lernanfänger nächste Ostern um 2000 verringert, wächst die Zahl der Kinder, die die weltliche Schule besuchen. Konnten vorige Ostern vierzehn Anfängerklassen aufgemacht werden, so sind sie jetzt für kommende Ostern bereits 660 Lernanfänger angemeldet, so daß es auf siebzehn Klassen reicht. Aber es können noch mehr Klassen werden. Nach den Ferien können die Eltern weitere Kinder anmelden.

„Atlantik“.

Das größte Motorschiff auf der Oder.

Heute Vormittag ist auf der Schiffswerft von August Schulz an der Trebnitzer Straße ein riesiger, eiserner Schiffsrumpf von Stapel gelaufen, der nach beendetem Innenausbau, sich als das z. Zt. größte Motorschiff auf der Oder darstellen wird.

„Atlantik“, so ist das Schiff getauft, ist vom Bug nach dem Heck gemessen 36,5 Meter lang, mißt sechs Meter in der Breite, während der Kajütraum im Unterdeck 1,90 Meter hoch ist. Zur Herstellung des Schiffrumpfes waren bis jetzt zirka 1000 Zentner Eisen und Bleche notwendig.

Das Antriebsmoment des Schiffes wird durch einen noch einzubauenden, 120 PS leistenden Körting-Dieselmotor erzeugt werden, das auf eine 80 Millimeter Durchmesser besitzende Schraubenwelle, an der eine dreiflügelige Bronzeschraube befestigt ist, übertragen wird. Dadurch soll, nach den vorläufigen Berechnungen, dem Schiff eine Geschwindigkeit stromauf von 15 Kilometer pro Stunde verliehen werden. Die „Atlantik“ wird mit Sitzplätzen für 650 Personen ausgerüstet werden und bei voller Besetzung einen Tiefgang von nur 70 bis 80 Zentimeter haben. Dieser Umstand ermöglicht es somit, daß die „Atlantik“ auch bei dem niedrigsten Wasserstand unsere Oder kreuzen kann, was ja auch dem vorgesehenen Zweck Ober- und Unterwasserfahrten mit Passagieren erfüllt. Nach den im Vorder- und Hinterschiff liegenden Kajüten führen zwei Haupteingänge, auch ein Notausgang ist vorhanden. Die Kajüten besitzen an jeder Längsschiffseite 18 D-Zugfenster, im Gegensatz zu den bisher gebräuchlichen „Bullaugen“ bei anderen Schiffen. Der Motor selbst wird in dem Mittelschiff eingebaut, um so ein ruhiges Liegen während der Fahrt zu erreichen. Der bei allen Schiffen gebräuchliche Anker wird hier das respektable Gewicht von 3 Zentner haben.

Der Stapellauf dieses Kolosses gestaltete sich insofern schwierig, als auf der genannten Werft eine drei Meter hohe, steil abfallende Kaimauer zu überwinden war. Daher mußten 40—50 Zentimeter starke, 14 Meter lange Kieferstämme als Gleitbahnen Verwendung finden, deren Gleitfläche mit reichlich Staufferfett, ein halber Zentner wurde verbraucht, schlüpfrig gemacht war. Das Abrutschen des Schiffsrumpfes geschieht zuerst langsam, um dann mit zunehmender Geschwindigkeit das Wasser zu erreichen. Es ist verständlich, daß die sonst ruhige Oberfläche unserer Oder bei dem Hineingleiten der großen Schiffsmasse sehr bewegt war. Jetzt liegt die „Atlantik“ ruhig, als wenn nichts gewesen wäre, an der Kaimauer festgemacht, um noch die notwendige Innenausrüstung zu erhalten. In zirka vier Wochen ist die Fertigstellung zu erwarten und werden auch dann die ersten Probefahrten stattfinden.

Besteller und somit auch Eigentümer des neuen Motorschiffes ist der frühere Dampfschiffsbesitzer Karl Hinze, hier, Weidendamm wohnhaft, dem nach seinen Angaben die „Atlantik“ zirka 65 000 Mark kosten wird.

Welche Summe von Arbeit in diesem neuen Motorschiff enthalten ist, möge die Tatsache beweisen, daß unser Odergigant Ende April dieses Jahres auf Stapel gelegt, heute erst den Fluten übergeben werden konnte.

So wird durch die kommende Inbetriebnahme der „Atlantik“ das uns bekannte sonntägliche Flußbild unseres Heimatflusses eine wesentliche Belebung erfahren.

Ueberfall auf einen Kassenboten.

Der Kassenbote Aust wurde am Montag gegen 12¼ Uhr, im Hausflur der Steuerkasse IX, Hohenzollernstraße 13, von zwei Männern überfallen, die ihn mit einem stumpfen Gegenstande, offenbar einem Schlagringe, niederschlugen. Aust brach zusammen und erlitt eine schwere Ohnmacht. Sein Gesicht wies, namentlich auf der linken Seite, insbesondere an der Schläfe und unterhalb des Auges sichtbare Spuren des Schlages auf. Die Räuber haben ihm die Aktentasche mit dem gesamten Inhalte — 15 050 Mark und verschiedene Schecks im Werte von 1200 Mark, darunter ein Barscheck über 488,25 Mark — entwinden können, ehe Aust aus seiner Betäubung erwachte. Nach Beobachtungen von Passgängern haben sie, jeder nach einer anderen Richtung, auf Fahrrädern das Weite gesucht. Die Kriminalpolizei ist von dem Vorfall sofort in Kenntnis gesetzt worden. Der Magistrat teilt zu dem Vorfall noch mit, daß Aust einer ausdrücklichen Vorschrift zuwider gehandelt habe, als er sich mit einem solch hohen Betrage allein auf die Straße begab. Für die Kassenboten gilt allgemein die Verfügung, daß sie bei Beträgen von über 2000 Mark sich mit der Mithilfe eines zweiten Boten zu bedienen haben.

---

* Einen öffentlichen Vortrag über das Thema: „Die Grundgesetze der Volkshochschule“ hält Sonnabend, den 8. Oktober, 20 Uhr, in der Aula des Matthias-Gymnasiums, Schuhbrücke 37, Volkshochschuldirektor Dr. Alfred Kurz. Bibliotheksrat Dr. J. Hübner umrahmt den Abend mit Musik. Der Eintritt ist frei. Der Besuch wird allen, die für Volksbildung Interesse haben, dringend empfohlen.

* Aus dem Kunstgewerbemuseum. Die Bibliothek des Kunstgewerbemuseums ist vom Dienstag, den 4. Oktober, an wöchentlich drei Mitteln (außer normalitäts von 10—1 Uhr und Sonntag von 11—2 Uhr) auch in den Abendstunden von 7 bis 9 Uhr, und zwar von Dienstag bis Freitag, geöffnet. Sie bietet neben den einschlägigen Kunstzeitschriften mit ihren größtenteils sehr wertvollen Büchern, die sich der Besucher nicht ausleihen kann, nicht nur Fachleuten, sondern auch weiteren Kreisen Anregung und Belehrung. Der Eintritt ist unentgeltlich.

Zum Alltag u. zum Feste
bleibt Christ's Brot
auch das Beste!

Sozialdemokratische Partei

Partei-Sekretariat:
Gewerkschaftshaus, Zimmer 36
Telefon: Ohle 3652

SO., Abteilung Ohlauer Tor. Heute, pünktlich 19 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Tür- und Saalkontrolle.

Frauen 1. Distrikts 19. Mittwoch, also morgen, Bastelabend bei Krause, Neuweltgasse 47. Beginn 20 Uhr. Vergeßt Kaffeetasse und Liederbuch nicht.

Frauen der Distrikte 23/25. Der Bastelabend fällt heute aus. Alle Genossinnen treffen sich in der Löbe-Versammlung.

Distrikt 27. Morgen, pünktlich 10,30 Uhr, bei Zenke, wichtige Sitzung sämtlicher Funktionäre. Niemand darf fehlen.

Schulungskursus. Der Vortrag des Genossen Mache findet erst am Freitag, den 14. Oktober, statt, da sich an diesem Freitag alles restlos an der Flugblattverbreitung beteiligt.

Sozialistische Jungordner.

Bezirks- und Abteilungsleiter. Heute, Dienstag, 7,15 Uhr, in der Gerberstube des Gewerkschaftshauses, Sitzung. Die Mitglieder der Abteilungsleitungen haben gleichfalls zu erscheinen.

Spielleute. Kommenden Donnerstag erscheint alles in der Pestalozzi-Turnhalle zur Uebung. Beginn 8 Uhr.

Abteilung Ost und Süd (Liebknecht). Nächsten Donnerstag, abends 7,45 Uhr, in der Arbeiterjugend-Baracke, An den Teichäckern, Antreten. Die Funktionärsitzung beginnt um 7 Uhr.

Abteilung Nord (SKV.). Donnerstag, 7,45 Uhr, in der Pestalozzi-Turnhalle in Uniform antreten. Fahrräder sind zuhause zu lassen.

West. Donnerstag, 8 Uhr abends, treffen wir uns in der Turnhalle, Michaelisstraße 78/80.

Junge Arbeiter! Beteiligt euch am politischen Kampfe, erhebt auch gegen den Faschismus. Werdet Mitglieder bei uns, denn nur Geschlossenheit und straffe Organisation der Arbeiterschaft sind imstande, jede Reaktion im Keime zu ersticken.

Junglozialisten.

Alle restlichen Karten von unserer Sonnabend-Veranstaltung sind Mittwoch bestimmt abzurechnen.

Kapitalarbeitsgemeinschaft fällt heute abend aus.

Freigewerkschaftliches Jugendkartell.

Bekleidungsarbeiter-Jugend. Heute sind wir pünktlich 8 Uhr, im Büro-zimmer 66 zu einer wichtigen Funktionärsitzung. Tagesordnung: 1. Werbewoche und unsere weitere Heimarbeit. 2. Mädelarbeit. Vollzähliges Erscheinen notwendig. Interessierte Mitglieder haben Zutritt.

Arbeiter-Jugend.

Heim 8. Wir treffen uns Mittwoch um 19,45 Uhr vor dem Gewerkschaftshaus zum Bastelabend. 10 Pfennige sind mitzubringen.

Achtung, an alle! Der euch allen bekannte Arbeiterdichter Max Barthel liest Mittwoch im kleinen Saale des Gewerkschaftshauses. Eintritt gegen Vorzeigung des AJ.-Mitgliedsbuches 10 Pf. Niemand läßt sich die Gelegenheit entgehen, Max Barthel zu hören.

Achtung, Mädel! In unserem Programm mußte eine kleine Verschiebung vorgenommen werden. Das erstere Thema wird wegen Nichtanwesenheit der Referentin um 14 Tage verschoben und wir beschäftigen uns Freitag mit der Frage: „Wie soll eine ideale Ehe aussehen?“, unter Leitung der Genossin Toni Simmel. Wie vereinbart, sollt ihr auch bei Parteigenossinnen werben, da uns diese auf Grund ihrer Erfahrungen in dieser Frage behilflich sein können.

Sprechchor. Heut abend, Probe im Heiligengeist-Gymnasium. Alles erscheint pünktlich und bringt die Texte mit.

Die arbeitende Jugend erscheint am Mittwoch, abends 20 Uhr, in der Aula der Viktoriaschule, Blücherstraße, zu einem Unterhaltungsabend. Musik, Rezitation, heitere Jugendspiele, eine lebende Landkarte werden das Programm des Abends bilden. Am Freitag ist die gleiche Veranstaltung im Elisabethgymnasium. Arbeiterjugend, komme zu diesen Abenden.

Bund der Freidenkerjugend.

Heute, Dienstag, pünktlich 20 (8) Uhr, im Heim, Grünstraße 14/16. Jeder bringe eine Zeitung mit. Gäste sind immer gern gesehen.

Von den Arbeiterkinderfreunden.

Gruppe 2. Dienstag, 5 Uhr, geht alles zum Singen in die Baracke. Mittwoch, 5 Uhr, Basteln für die ältere Gruppe; Sägen, Papier und Bleistift und Scheren sind von allen Freunden mitzubringen. Freitag, 5 Uhr, ältere Gruppe, Gymnastik und Unterhaltung. Sonnabend, 5 Uhr, Zimmerspiele für die jüngere Gruppe.

Gruppe 4 (Nikolaitor). Wir treffen uns heut, Dienstag um 3 Uhr, am Mittwoch um 3 Uhr am Eichenpark. Bei Regenwetter am Mittwoch um 5 Uhr an der Unterführung, Köpelnitzer Bahnhof.

Amtlicher Wetterbericht des Meteorologischen Observatoriums Krietern bei Breslau.

(Nachdruck auch mit Quellenangabe verboten).

Die intensive Zyklone 49 B ist von der Nordsee rasch mit ihrem Zentrum nach dem Lappland vorgerückt. Von den Küsten werden verbreitete Stürme gemeldet. Auf ihrer Rückseite sind Luftmassen polaren Ursprungs in Mitteleuropa eingedrungen. Da stärkere Aufheiterung einsetzt, sinken nachts die Temperaturen, besonders in höheren Lagen, etwas unter den Gefrierpunkt. Die Lage wird sich zunächst wieder beruhigen.

Aussichten für das schlesische Flachland und die schlesischen Mittelgebirge:

Bei frischem, allmählich abflauendem nordwestlichem Winde nur vorübergehend wolkiges, sonst vielfach heiteres Wetter, Bodenfrost, in höheren Lagen Nachtfrost.

Letzte Wetternachrichten.

Datum: 4. 10. 27.	Temperatur heut früh	Maxim. seit 24 Stunden	Min. seit 24 Stunden	Wetter	Wind	Niederschlag mm	Sonnenhöhe cm
Grünberg	4	16	4	heiter	WSW 4	1	
Görlitz	5	13	5		SW 5	2	
Liegnitz	4	15	4	klar	WSW 4		
Bad Kinsberg	3	15	3	wolkig	NW 4	5	
Hirschberg	4	8	2	Nebel	W 3	4,2	
Oberschreiberhau	3	14	0	wolkig	SW 2	2	
R. Schles. Baude	−1	9	−1	Nebel	NW 2		
Reifträgerbaude	−2	9	−2		NW 4	3,8	
Schneekoppe	−5	7	−5	wolkig	NW 8		
Neumarkt	5	14	4	bedeckt	SW 3	0,5	
Krietern	5	15	3	klar	WSW 3	1,1	
Zobten							
Bad Salzbrunn	5	18	5	heiter	W 3	1	
Friedland (Bez. Breslau)	4	10	4	wolkig	WNW 2	1	
Reinerz	8	12	0		SW 2	2	
Landeck	0	18	−1	heiter	S 2	4	
Reichenstein	4	14	2	klar	SW 5	4	
Fehrenberg	4	14	4		SSW 6	2	
Nossen	2	15	1	heiter	SSW 2	2	
Trostau	5	15	2		SSW 3	2,8	
Kreuzburg	8	13	—	klar	SW	6	
Gleiwitz	3	15	1	heiter	WSW 1	1	
Beuthen	8	16	3		SW 3	0,9	

Geschäftliches.

Woraus besteht Margarine? — Es gibt wohl kein Nahrungsmittel, das soviel gekauft wird, wie Margarine, und über dessen Zusammensetzung eine solche Unklarheit besteht.

Nur einem kleinen Kreis von Hausfrauen ist bekannt, woraus Margarine hergestellt wird. Diese Unkenntnis begünstigte die Bildung der vielen Vorurteile gegen Margarine, die sehr zu Unrecht und zum Schaden der deutschen Volkswirtschaft lange Zeit in dem Ruf stand, ein nur mäßig guter Ersatz für Butter zu sein. Inzwischen haben aber die Rama-Werke, die größte Margarine-Produktionsstätte der Welt, ihre heute jedem Kind bekannte Marke „Rama, Margarine butterfein“ herausgebracht, der kein Vorurteil, keine Abneigung gegen Margarine mehr standzuhalten vermochte. Feinstes, goldklares Tafelöl, Milch und Eigelb, das sind die Grundstoffe für die Gewinnung von Margarine. Also alles Zutaten, die die Hausfrau selbst fast täglich in der Küche für die appetitlichsten Gerichte verwendet.

Briefkasten.

Allen Anfragen muß eine Bezugsquittung beiliegen. Bezugsquittungen erhalten unsere Leser auf Verlangen von den Volkswacht-Trägern oder Trägerinnen; die Postbezieher haben die Postquittung beizulegen. Sprechstunde der Redaktion wochentags von 13—14 Uhr mittags.

A. L. Die persönliche Forderung muß auf 146,75 G.-Mark (25 Prozent von 587 G.-Mark, Meßzahl für August 19 10 = 2,29) aufgewertet werden. Die Hypothek dagegen nur auf 39,9 G.-Mark (Meßzahl für die Zeit vom 1. bis 10. Oktober 21, 100 = 5,32; also 3000 = 159,6 G.-Mark, hiervon 25 Prozent = 39,9 G.-Mark).

Vereinskalender.

Steinarbeiter. Sektion der Steinmetzen. Mittwoch, den 5. Oktober, abends 7½ Uhr, findet im Gewerkschaftshause, Zimmer 10, eine wichtige Versammlung statt.

Arbeiter-Bildungs-Ausschuß Breslau

Max Barthel-Abend

am 5. Oktober 1927 im kleinen Saale des Gewerkschaftshauses.

Vorverkauf an den bekannten Stellen.

Eintritt 20 Pf.

---

* Der Vortrag über Geschlechtskrankheiten (nur für Frauen) gehalten von Frau Dr. Scheperjans in der Hygiene-Ausstellung „Der Mensch“, findet nur noch einmal statt. Karten an der Ausstellungskasse. Bemerken möchten wir noch, daß die Ausstellung endgültig am 9. Oktober geschlossen wird und eine weitere Verlängerung nicht stattfinden kann.

* Kasperle-Theater im Schiedmannersaal. Donnerstag, den 6. d. Mts., um 16 Uhr, wird als Premiere der Winterspielzeit „Bestrafte Neugierde“ oder „Kaspers Frau holt den Teufel“, ausgeführt werden. Der Eingang zum Saal befindet sich Karlsstraße 48/49.

* Heimatreue Oberschlesier, Ortsgruppe Nordwest. Donnerstag, den 6. Oktober, 20 Uhr, Monatsversammlung im „Tannenhof“, Berliner Straße 29.

* Neue Esperanto-Kurse beginnen Dienstag, den 4. Oktober, abends 8 Uhr im Kanonenhof, Taschenstraße. Parteigenossen, Gewerkschaftler und Arbeitersportler erlernt die Weltsprache — Esperanto —, die auf allen internationalen Tagungen der Arbeiterschaft verwendet wird. Teilnehmergebühr 4 Mk. einschließlich Lehrbuch. Kursusdauer 40 Stunden.

* Tote Fische. Im Liegehafen der Wedelschen Schiffswerft an der Oder, unterhalb der Rechten-Oderufer-Eisenbahnbrücke, bemerkte am Sonntag ein Mann, daß eine Menge Fische an der Wasseroberfläche schwammen, die abgestorben waren. Anscheinend liegt Raubfischerei mit Zuhilfenahme schädlicher Stoffe vor. Geschädigt ist damit die Fischerei-Wirtschaftsgenossenschaft.

* Straßenunfall. Heute morgen gegen ¼8 Uhr stürzte der Arbeiter Erich Bensch, Marienstraße 7, in der Städtischenerstraße vom Rad und blieb besinnungslos liegen. Er wurde nach der Polizeiwache und von da ins Wenzel-Hande-Krankenhaus gebracht, ohne die Besinnung wiedererlangt zu haben.

* Ein Neunjähriger tödlich verunglückt. Der 18jährige Breslauer Neunjähriger Scholz wurde am Sonntag bei einem Ausflug auf seinem Motorrad das Opfer eines schweren Unfalles. Auf der Straße nach Ling wollte er in 80 Kilometer-Tempo ein Auto überholen. Im gleichen Augenblick kam ein Lastauto in voller Fahrt entgegen. Das Motorrad von Scholz wurde vom Auto erfaßt und zur Seite geschleudert. Scholz erlitt dabei einen doppelten Schädelbruch und war sofort tot.

* Ein Verfügter vergiftet hat sich am Montag der in der Bauschulstraße wohnende Kriegsteilnehmer J. O. Der Grund zu der Selbstvergiftung ist ein Nervenleiden und Schwermut infolge der erlittenen Kriegsverletzung.

* Einbruchsversuch. In der Agricolastraße, Städtischenstraße 7, unternahmen unbekannte Täter einen Einbruchsversuch. Sie öffneten das Schutzgitter und sprengten die Türfüllung. Wissen über Dinge gehört werden sein.

* 1 Kalbe Fell im Werte von 400 Mark wurde dem Spediteur Lachen von einem Kollmagen gestohlen.

* Eine unbekannte weibliche Leiche wurde am 2. Oktober [illegible] Oder gelandet. Die Tote ist etwa 30 Jahre alt.

Arbeiter-Sport

Arbeiter-Sportkartell. Die Kartellversammlung am Mittwoch, den 5. Oktober, fällt aus. Die große Sportlerversammlung aller Vereine findet erst am 19. Oktober statt. Als Referent wird wahrscheinlich Bundesgenosse Gellert eintreffen.

Freie Turnerschaft, 2. Frauen-Abteilung. Mittwoch, den 5. Oktober, findet eine Sitzung sämtlicher Abteilungsfunktionäre bei Koschek, Luisenstraße, abends 8 Uhr, statt. Die gesamten geschäftlichen wie technischen Funktionäre haben zu erscheinen.

Freie Turnerschaft, e. V., 6. Abteilung. Freitag, den 7. Oktober, abends 8,30 Uhr, Abteilungsversammlung bei Altmann, Ofener Straße.

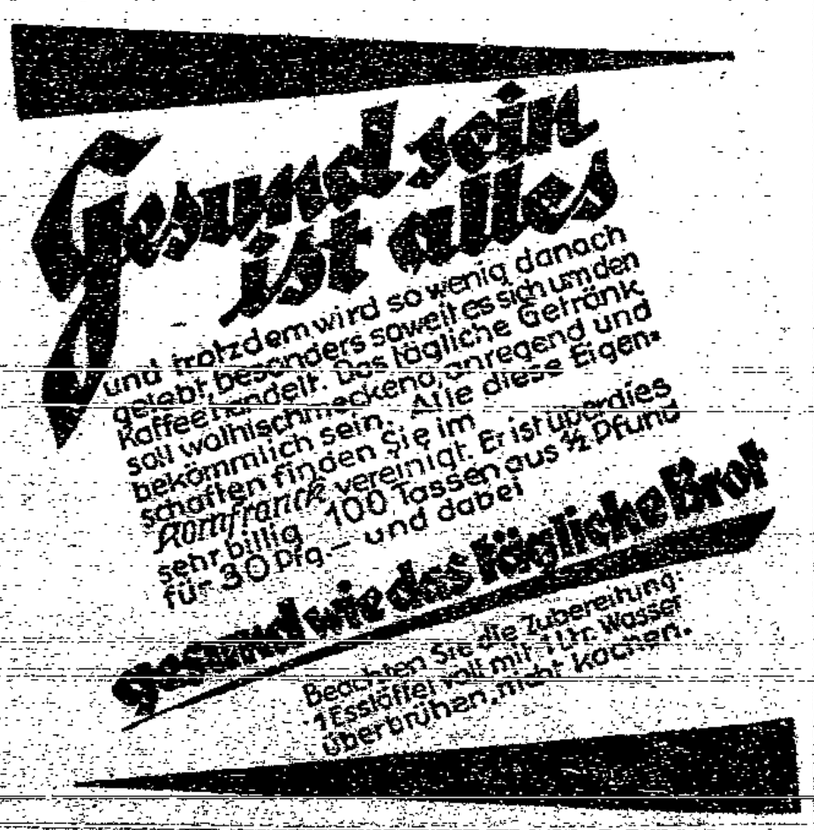
Freie Turnerschaft Breslau, e. V., 5. Frauenabteilung. Mitglieder der Jugendvolksbühne treffen sich am Donnerstag, den 6. Oktober, um 20 (8) Uhr an der Turnhalle. Dort werden die Eintrittskarten für die nächste Vorstellung ausgegeben. Dieselbe findet am Mittwoch, den 12. Oktober, statt. Auch die Neuangemeldeten müssen erscheinen.

Arbeiter-Radfahrerverein Solidarität, Ortsgruppe Breslau. Rennfahrerversammlung am 4. Oktober in der 4. Abteilung bei Wizorek, Bartschstraße 6; abends 8 Uhr. Meldung zu dem Zweier-Mannschaftsfahren nicht vergessen.

Arbeiter-Athleten-Bund, Bezirk Breslau. Freitag, den 7. Oktober, abends 20,30 (8,30) Uhr, im Gewerkschaftshaus (Zimmer an der Tafel), wichtige Sitzung aller technischen Vereinsleiter. Festlegung der Termine für die Mannschaftskämpfe. Anschließend, etwa 21,15 (9,15) Uhr, gleiches Zimmer, Sitzung sämtlicher, für die Kämpfe gemeldeten Kampfrichter und Listenführer. Die Kämpfe beginnen am 16. Oktober, es ist also Pflicht aller Geladenen, bestimmt zu erscheinen.

Arbeiter-Esperanto-Gruppe. Die für Mittwoch, den 5. Oktober, angesetzte Kartell-Mitgliederversammlung findet an diesem Tage nicht statt, sondern erst am Mittwoch, den 19. Oktober. Am Freitag, den 7. Oktober, abends 8 Uhr, findet bei Rother, Matthiasstraße 35, unsere Vierteljahrs-Versammlung statt. Gleichzeitig werden die Wertungsschreiben eingenommen.

Freie Menschen. Wir lesen Mittwoch, den 5. Oktober, im Kanonenhof das Buch von Koerner „Warum Freikörperkultur“. Gäste willkommen.



Die neue Krisenunterstützung.

Die Verordnung über Krisenunterstützung für Arbeitslose vom 28. September 1927, die soeben im Reichsgesetzblatt (Nr. 43) veröffentlicht wird, bringt keine Beseitigung der Mängel der Krisenfürsorge. Im großen und ganzen hat die Krisenunterstützung dasselbe Gesicht wie bisher. Die beabsichtigte Anrechnung der Gewerkschaftsunterstützung ist erfreulicherweise in der Verordnung nicht enthalten.

Unterschiedlich von der Arbeitslosenversicherung bringt die Verordnung eine Einschränkung der Unterstützung in den Lohnklassen von VI (33 M) an aufwärts. Für Angehörige der Lohnklassen VI und VII gelten die Sätze der Lohnklasse VII und bei den Lohnklassen X und XI die Sätze der Lohnklasse VIII. Die Höchstdauer der Krisenunterstützung beträgt 26 Wochen. Der Vorsitzende des Arbeitsamtes kann die Krisenunterstützung auf einen kürzeren Zeitraum beschränken, wenn die Aussicht besteht, daß es dem Arbeitslosen möglich sein wird, sich innerhalb dieses Zeitraums durch eigene Bemühung eine Arbeit zu verschaffen, deren Ablehnung die Entziehung der Unterstützung nach sich zöge. Das ist höchst bedenklicher Kautschuk, durch den manche Ungerechtigkeit ermöglicht werden wird.

Im Gegensatz zur Versicherung, die keine Bedürftigkeitsprüfung kennt, bleibt es in der Krisenfürsorge bei der Bedürftigkeitsprüfung. Es werden nicht nur die Einnahmen des Arbeitslosen selbst, sondern auch die seiner Angehörigen (Ehegatte, Eltern, Voreltern und Abkömmlinge, alle, soweit sie mit dem Arbeitslosen in gleichem Haushalt leben) in Anrechnung gebracht. Im einzelnen ist die Bedürftigkeitsprüfung gemäß dem geltenden Rechtszustand etwas verändert, aber immer noch außerordentlich engherzig gehalten. Wurden die Renten des Arbeitslosen bisher zur Hälfte angerechnet, so kommen sie jetzt mit bestimmten Einschränkungen voll zur Anrechnung. Unberücksichtigt bleiben: Unterstützungen, die der Arbeitslose auf Grund eigener Vorsorge für den Fall der Arbeitslosigkeit bezieht, Leistung der Wochenhilfe und Familienwochenhilfe, Pflegezulage, Führerhundzulage und Zusatzrente nach dem Reichsversorgungsgesetz, Leistungen der öffentlichen Fürsorge auf Grund der Verordnung über die Fürsorgepflicht (vom 13. Februar 1924), insbesondere Leistungen der Wochenfürsorge, ferner 50 Prozent der Einnahmen, die Angehörige des Arbeitslosen aus eigener Beschäftigung haben, mindestens jedoch für jeden dieser Angehörigen 15 Prozent des Einheitslohnes des Arbeitslosen und schließlich zugunsten der Angehörigen des Arbeitslosen, die keine Einnahmen aus eigener Beschäftigung haben, je 15 Prozent des Einheitslohns des Arbeitslosen. Diesen Angehörigen stehen Geschwister des Arbeitslosen insoweit gleich, als sie keine eigenen Einnahmen haben. Auf den Familienzuschlag sind anzurechnen Renten, die Angehörige des Arbeitslosen auf Grund des Reichsversorgungsgesetzes beziehen, ferner Pflegegeld und Unterhaltsrente für ein minderjähriges Kind. Im übrigen bleiben diese Bezüge unberücksichtigt.

Für Arbeitslose, die beim Inkrafttreten des Gesetzes bereits Krisenunterstützung beziehen oder nach dem 30. September aus Arbeitslosenunterstützung, diese beim Inkrafttreten des Gesetzes bezogen, in die Krisenunterstützung übertreten, wird bis zum 31. März die Bedürftigkeit weiterhin nach den bisherigen Grundsätzen (Artikel 3a bis c der Ausführungsvorschriften zur Verordnung über Erwerbslosenfürsoge in der Fassung der Ergänzung vom 22. Januar 1927) beurteilt. Scheiden Personen der genannten Art aus der Krisenunterstützung aus, weil sie eine Arbeit aufgenommen haben und werden sie nach einer Arbeitnehmertätigkeit von mindestens 4 Wochen wieder erwerbslos, so bemißt sich die Krisenunterstützung nach den neuen Bestimmungen.

Die Frage, welche Berufsgruppe für die Krisenunterstützung in Betracht kommen, wird nicht durch die Verordnung, sondern durch eine besondere Anordnung des Reichsarbeitsministers beantwortet, die in der nächsten Nummer des Reichsarbeitsblattes erscheint. Danach haben wir in Zukunft zwei Arten von Krisen-Unterstützungsempfängern: einmal die, denen (nach § 101 des Gesetzes) die Unterstützung gegeben werden kann, wenn sie wenigstens 13 Wochen versicherungspflichtige Beschäftigung nachweisen können, und zweitens die Angehörigen der Gärtnerei, Metallverarbeitung und Industrie der Maschinen, der Lederindustrie, des Holz- und Schnittstoffgewerbes, des Bekleidungsgewerbes und der Angestelltenberufe. Nur für diese Berufe ist bekanntlich die Höchstbezugsdauer in der Erwerbslosenfürsorge in Höhe von 39 Wochen zulässig; nur diese Berufe kommen also praktisch für die Krisenfürsorge in Betracht.

Das ist ein von den Gewerkschaften wiederholt kritisierter besonders bedauerlicher Mangel. Das Reichsarbeitsministerium hat die Kritik der Gewerkschaften nicht beachtet; hier muß der Reichstag nachhelfen.

Abbruch der Verhandlungen im Berliner Straßenbahnerkonflikt.

Der Schiedsspruch wurde gestern abend vom Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärt.

Die zwischen der Direktion der Berliner Straßenbahnbetriebsgesellschaft und dem Deutschen Verkehrsbund gestern mittag um 12 Uhr vor dem zuständigen Referenten des Reichsarbeitsministeriums begonnenen Verhandlungen wurden nach etwa dreieinhalbstündiger Dauer als ergebnislos abgebrochen. Es ist nicht gelungen, die beiderseitigen Ansichten soweit zu nähern, daß eine Einigung hätte erfolgen können.

* * *

Der im Berliner Straßenbahnkonflikt am 29. September vom Schlichter für Groß-Berlin gefällte Schiedsspruch ist am Montag abend vom Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärt worden.

Der Schiedsspruch brachte beachtenswerte Verbesserungen; trotzdem blieb er stark hinter den Forderungen der Straßenbahner zurück. Sie hatten vor allem mit einer besseren Regelung der Arbeitszeit gerechnet. Nach dem Schiedsspruch bleibt es unter Einrechnung der Wartezeit bei einer etwa neunstündigen Arbeitszeit. Mit der Verbindlichkeitserklärung werden sich die Straßenbahner, wenn auch nur zähneknirschend, zunächst abfinden müssen. Aber es ist noch nicht aller Tage Abend. Die Berliner Straßenbahner sind, verglichen mit anderen Arbeiterkategorien der Stadt Berlin, bisher etwas stiefmütterlich behandelt worden. Hier muß einmal, wenn die Organisationsverhältnisse besser sind, Wandel geschaffen werden.

Die Straßenbahner nehmen den Schiedsspruch an.

Die Funktionäre der Berliner Straßenbahner beschlossen am Montag abend, nachdem der Schiedsspruch für verbindlich erklärt worden war, mit 52 gegen 49 Stimmen nicht in den Streik einzutreten, sondern sich mit dem Schiedsspruch vorläufig abzufinden. Die Organisation will versuchen, den Reichstarifvertrag für die kommunalen Straßenbahner auch für die Berliner Straßenbahn zu übertragen.

Die außerplanmäßigen Beamten des rheinisch-westfälischen Industriegebietes, gegen die Besoldungsreform.

Große Erregung herrscht in den Kreisen der außerplanmäßigen Beamten des rheinisch-westfälischen Industriegebiets über die beabsichtigte Besoldungsreform. Diese Beamte, zu denen die Anwärter des mittleren Dienstes und die Assessoren aller Verwaltungszweige gehören, erhielten bis jetzt in den ersten fünf Dienstjahren ein Sondergehalt. Sie traten dann in die Gehaltsgruppe der planmäßigen Beamten ein und stiegen, wie diese, alle zwei Jahre eine Stufe in ihrer Gruppe. Das will die neue Besoldungsordnung nun ändern. Das Höchstgehalt, das ein außerplanmäßiger Beamter erreichen kann, ist das Anfangsgehalt seiner Gruppe. Bedenkt man, daß die außerplanmäßigen Beamten nur Gehalt beziehen, soweit sie beschäftigt sind und zum Teil monate- und jahrelang ohne Einkommen sind, dann kann man die Erregung dieser Beamten nur allzugut verstehen. Warum soll ein außerplanmäßiger Beamter, der natürlich die gleiche Arbeit leistet wie ein planmäßiger, nicht nach sieben Dienstjahren wie bisher eine Gehaltssteigerung erfahren?

Wie wir hören, besteht in den Kreisen der außerplanmäßigen Beamten die Absicht, eine gemeinsame Protestaktion gegen das beabsichtigte Unrecht durchzuführen. Es ist zu hoffen, daß der Landtag die geplante Schlechterstellung dieser Beamten nicht gutheißen wird.

Streikgefahr im Dombrowa-Industriebezirk.

Die Gruben- und Metallarbeiter des Kohlen- und Industriegebietes von Dombrowa, die schon seit längerer Zeit die Forderung nach Lohnerhöhung geltend machen, haben gestern ein Ultimatum an die Industriellen gerichtet. Sollten ihre Lohnforderungen bis morgen nicht berücksichtigt werden, so soll ein allgemeiner Streik der Gruben- und Metallarbeiter im Gebiet von Dombrowa verkündet werden.

Entlassung von Oelarbeitern in Mexiko.

Nach Meldungen aus Tampico (Mexiko) an den „Excelsior" wurden annähernd 45 bis 50 Prozent mexikanische und ausländische Arbeiter der Oelgesellschaften von Tampico entlassen. Als Grund der Entlassung geben die Gesellschaften an, daß ihnen die Regierung von Mexiko die Erlaubnis verweigert habe, neue Oelquellen zu bohren.

Vor der Beilegung des Lohnkampfes auf den Kohlengruben in Illinois.

Die Arbeitsruhe in den Kohlenbergwerken des Staates Illinois, die nunmehr ein halbes Jahr angedauert hat und 70 000 Mann umfaßte, ist jetzt durch einen von beiden Seiten angenommenen Einigungsvorschlag des gemischten Komitees beendet worden. Es ist eine vorläufige Gehaltsregelung vorgesehen. Ein Viermänner-Ausschuß ist beauftragt, über eine endgültige Regelung zu beraten. Am 7. Oktober 1928 soll dieser Ausschuß Bericht erstatten. Die Regelung betrifft nur die Kohlenbergwerke des Staates Illinois. Man rechnet jedoch damit, daß sie auch in den anderen Kohlengebieten der Vereinigten Staaten angenommen werden wird.

Streik bei Otto Deter.

Wegen Lohnstreitigkeiten erfolgte am Montag in der Zigarrenfabrik von Otto Deter, Friedrich-Wilhelm-Str., die Einstellung der Arbeit.

Die Belegschaft hatte eine Erhöhung ihrer äußerst dürftigen Löhne um 25 Prozent gefordert. Die Fabrikleitung verhielt sich dieser Forderung gegenüber ablehnend und wollte nur in geringem Umfang aufbessern. Darauf beschlossen die Arbeiter den Streik.

Die Arbeiterwohlfahrts-Weihnachtslotterie 1927

wird in der Zeit von Anfang Oktober bis Ende Dezember 1927 durchgeführt werden. Sie soll der Arbeiterwohlfahrt die Mittel zur Durchführung ihrer Aufgaben, insbesondere zur Schaffung gemeinnütziger Anstalten bringen. Die im vorigen Jahr mit beispiellosem Erfolg durchgeführte erste Lotterie hat gezeigt, welche Anerkennung und Unterstützung die Arbeiterwohlfahrt in Deutschland findet.

Der Gewinnplan sieht folgende Gewinne vor:

1	Hauptgewinn im Werte von	30 000 RM.,
1	Prämie im Werte von	20 000 „
1	Hauptgewinn im Werte von	15 000 „
1	„ „ „ „	10 000 „
1	„ „ „ „	5 000 „
5	Gewinne i. W. von je 3 000 RM.,	15 000 „
5	„ „ „ „ „ 2 000 „	10 000 „
10	„ „ „ „ „ 1 000 „	10 000 „
10	„ „ „ „ „ 500 „	5 000 „
50	„ „ „ „ „ 300 „	15 000 „
100	„ „ „ „ „ 200 „	20 000 „
200	„ „ „ „ „ 100 „	20 000 „
400	„ „ „ „ „ 50 „	20 000 „
700	„ „ „ „ „ 25 „	17 500 „
1 000	„ „ „ „ „ 20 „	20 000 „
1 500	„ „ „ „ „ 10 „	15 000 „
2 000	„ „ „ „ „ 5 „	10 000 „
70 000	„ „ „ „ „ 3 „	210 000 „
70 000	„ „ „ „ „ 2 „	140 000 „
70 000	Gewinne i. W. von je 3 000 RM.,	140 000 RM.,
145 984	Gew. u. 1 Prämie i. Gesamtw. v.	607 500 RM.

Als Gewinne sind Kaufhäuser, Wohnungen, Kühlschränke, Sprechapparate, komplette Betten, Fahrräder, Nähmaschinen, sowie Gutscheine auf Waren und für die Gewinne von 3 und 2 RM. ausschließlich Solinger Stahlwaren vorgesehen.

Gewinnern, welche einen Gewinn im Werte über 2 RM. erhalten, wird der Gewinn auf Wunsch in bar gezahlt.

Durch eine größere Anzahl Gewinnausgabestellen in allen Teilen des Deutschen Reiches wird den Gewinnern die Einlösung der Gewinne erleichtert.

Zum Preis von 50 Pf. sind die Lose durch alle Bezirks- und Ortsausschüsse für Arbeiterwohlfahrt, durch die durch Plakate kenntlich gemachten Warenhäuser und Geschäfte sowie den Loshandel zu haben.

Wirtschaft.

Der Wohnungsbau 1926.

206 000 Wohnungen wurden geschaffen.

Im vergangenen Jahre wurden im Deutschen Reiche insgesamt in Neubauten 199 960 Wohnungen, davon 195 123 in Wohngebäuden fertiggestellt. Bei Umbauten erfolgte die Herstellung von Wohnungen hauptsächlich durch Ausbau von Dach- und Kellergeschossen und durch Teilung großer Wohnungen. Die Herstellung von Wohnungen durch Aufstockung ist 1926 erheblich zurückgegangen, die Umwandlung von Geschäftsräumen zu Wohnungen ist jedoch häufiger vorgekommen. Im ganzen dürften 21 445 Wohnungen im Jahre 1926 durch Umbau gewonnen sein. Durch Abbruch von überalterten oder unbrauchbaren Gebäuden kamen 16 000 Gebäude, unter ihnen 8 634 Wohngebäude mit 14 736 Wohnungen, in Fortfall. Der Reinzugang betrug 1926 insgesamt 89 204 Wohngebäude, 205 793 Wohnungen und 56 392 sonstige Gebäude. Trotz der starken Steigerung gegen 1925 wurde der geschätzte jährliche Reinzugang an Wohnungen noch nicht annähernd erreicht. In den Gemeinden bis zu 5 000 Einwohnern wurden weniger Wohnungen als 1925 fertiggestellt. Auch in den Mittelstädten von 50 000 bis 100 000 Einwohnern blieb die Steigerung gegen 1925 zurück. Die bedeutendste Zunahme hatten die Großstädte mit 53 v. H. aufzuweisen. In den einzelnen Ländern beliefen sich die Reinzugänge an Wohnungen folgendermaßen: Preußen 129 092, Bayern 20 088, Sachsen 12 904, Württemberg 10 895, Baden 7 879, Thüringen 5 263, Hessen 5 602, Hamburg 4 652 usw. Eine verhältnismäßig hohe Ziffer an Neuwohnungen hatte Bremen mit 2 495. In der Hauptsache werden Kleinhäuser mit 1 bis 2 Wohngeschossen und höchstens 4 Wohnungen hergestellt. Von den 1926 im Reich insgesamt errichteten 89 204 Wohngebäuden sind 76 759 Kleinhäuser.

Steigende Teuerungszahlen für die Lebenshaltung im September.

Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung und „Sonstiger Bedarf") beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamts für den Durchschnitt des Monats September auf 147,1 gegen 146,6 im Vormonat. Sie ist sonach um 0,3 v. H. gestiegen.

An dieser Steigerung sind die Bedarfsgruppen „Ernährung", „Heizung" und „Beleuchtung" sowie „Bekleidung" beteiligt.

Die Indexziffern für die einzelnen Gruppen betragen (1913/14 = 100): für Ernährung 150,6, für Wohnung 115,1, für Heizung und Beleuchtung 144,5, für Bekleidung 159,6, für den „Sonstigen Bedarf" einschließlich Verkehr 184,1.

Die amtliche Großhandelsindexziffer vom 28. September 1927.

Die auf den Stichtag des 28. September berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamts beträgt:

Indexgruppen	1913 = 100 1927 21. Sept.	28. Sept.	Veränderung in v. H.
I. Agrarstoffe			
1. Pflanzliche Nahrungsmittel	143,5	143,7	+ 0,1
2. Vieh	120,0	119,3	— 0,6
3. Vieherzeugnisse	154,4	155,3	+ 0,6
4. Futtermittel	141,6	141,0	— 0,4
Agrarstoffe zusammen	139,0	139,1	+ 0,1
5. II. Kolonialwaren	129,8	129,8	—+ 0,0
III. Industrielle Rohstoffe und Halbwaren			
6. Kohle	130,2	130,3	+ 0,1
7. Eisen	124,2	124,2	—+ 0,0
8. Metalle	104,8	103,6	— 1,1
9. Textilien	162,8	165,6	+ 1,7
10. Häute und Leder	140,7	141,2	+ 0,4
11. Chemikalien*)	123,5	123,5	—
12. Künstliche Düngemittel	81,9	81,9	—+ 0,0
13. Technische Oele und Fette	121,3	121,1	— 0,2
14. Kautschuk	41,3	42,1	+ 1,9
15. Papierstoffe und Papier	150,4	150,4	—
16. Baustoffe	162,3	162,3	—+ 0,0
Industrielle Rohstoffe und Halbwaren zusammen	133,6	134,1	+ 0,4
IV. Industrielle Fertigwaren			
17. Produktionsmittel	130,7	130,7	—+ 0,0
18. Konsumgüter	166,5	167,1	+ 0,4
Industr. Fertigwaren zus.	151,1	151,4	+ 0,2
V. Gesamtindex	139,8	139,9	+ 0,2

Die Gesamtindexziffer hat sich demnächst gegenüber der Vorwoche um 0,2 v. H. erhöht. Von den Hauptgruppen war die Indexziffer der Agrarstoffe nahezu unverändert. Die Indexziffer für Kolonialwaren weist den gleichen Stand wie in der Vorwoche auf. Die Indexziffer der industriellen Rohstoffe und Halbwaren ist um 0,4 v. H. und diejenige der industriellen Fertigwaren um 0,2 v. H. gestiegen.

Innerhalb der Gruppe Agrarstoffe stand einem Rückgang der Viehpreise (Rinder und Schweine) eine weitere Erhöhung der Preise für Vieherzeugnisse (Butter und Eier) gegenüber.

Die Steigerung der Indexziffer für industrielle Rohstoffe und Halbwaren ist vor allem durch die Bewegung der Gruppe Textilien bedingt. In dieser haben die stark schwankenden Preise für Baumwolle und für Baumwollgarn wieder angezogen; gleichzeitig sind auch die Hanfpreise gestiegen; während die Preise für Roßfelle und Rohjute ihren Rückgang fortgesetzt haben. Die Indexziffer für Häute und Leder hat bei höheren Preisen für Rindshäute und Kalbfelle weiter angezogen. Unter den Metallen sind besonders die Preise für Blei und Zinn zurückgegangen.

Auf dem Gebiet der industriellen Fertigwaren hat sich die Aufwärtsbewegung der Indexziffer für Konsumgüter, unter denen die Preise für Hausrat angezogen haben, fortgesetzt.

*) Monatsdurchschnitt August.

Die Spielwarenindustrie im September.

Die Spielwarenindustrie hat gegenwärtig Hochsaison. Die Betriebe sind im allgemeinen gut beschäftigt. Bei einer Reihe von Betrieben wird mit erhöhten Arbeitsstunden und mit vermehrter Arbeiterzahl gearbeitet. Die Auftragseingänge kommen im Jahre 1927 wieder sehr spät und haben sich gegenüber dem Jahre 1926 noch weiter gegen den Sommer verschoben. Die Folge davon ist, daß zahlreiche Aufträge, welche sehr spät und mit kurzen Lieferungsfristen bestellt werden, nicht mehr angenommen werden können. Die späteren Lieferungsziele machen sich bei der Spielwarenindustrie außerordentlich unliebsam fühlbar, da die Produktion auf wenige Monate zusammengedrängt wird, während infolge der frühzeitigen Auftragserteilung und früheren Lieferungszielen die Beschäftigung der Betriebe gleichmäßig über das ganze Jahr verteilt war. Die Preise sind fast durchweg stark gedrückt. Die Zahlungseingänge waren auch im September in gleicher Weise wie in den Vormonaten sehr schleppend und befriedigten durchaus nicht. Der mit Frankreich abgeschlossene Handelsvertrag hat die deutsche Spielwarenindustrie stark entmutigt, da die neuen Zollsätze für die wichtigsten Spielwarenartikel zum Teil noch beträchtlich über den Sätzen des Provisoriums liegen. Es ist zu befürchten, daß der Export nach Frankreich um nahezu 50 Prozent zurückgeht. Die Leipziger Messe hat auch nicht einmal die tiefgestellten Erwartungen erfüllt. Der Auftragseingang ist fast durchweg sehr gering gewesen. Bei zahlreichen Betrieben konnten nicht einmal die außerordentlich großen Vorarbeiten gedeckt werden.

Aus aller Welt.

Sturm an Nord- und Ostsee.

Seit Sonntag abend toben sowohl über der Nord- wie über der Ostsee außergewöhnlich starke Stürme, die mehrfach den Charakter eines Orkans annahmen und vielerorts schweren Schaden angerichtet haben. Besonders gelitten hat Hamburg und die Unterelbe. In Hamburg selbst hatte das Wasser am Montag morgen eine Höhe von 12 Zoll erreicht und war damit zur Sturmflut geworden. Aus Cuxhafen wird infolge des Sturmes, der eine Windstärke von 9 bis 10 erreichte, Hochwasser gemeldet. Ein von Indien kommender holländischer Dampfer stieß in der Elbmündung mit einem Elbeschiff zusammen, wobei beide Fahrzeuge starke Beschädigung erlitten. Der holländische Dampfer konnte jedoch den Hamburger Hafen erreichen. Im Hafen wurden ein englischer und ein amerikanischer Dampfer losgerissen und beschädigt. Auf der Ostsee haben sämtliche Dampfer infolge des Sturmes Verspätungen erlitten. Die Fähre von Warnemünde nach Gjedser gab am Sonntag abend das Notsignal des schwedischen Dampfers „Allegro" weiter, der infolge Maschinenschadens in der Nähe von Bornholm hilflos umhertrieb. Zwei dänische Bergungsdampfer haben sich auf die Suche nach dem Schiff gemacht, dessen Schicksal noch ungewiß ist. Es handelt sich um einen Dampfer von 2660 Tonnen.

Zwei Personen ertrunken.

Infolge sehr starken Sturmes und hohen Seeganges gerieten Sonntag nachmittag vor der Insel Poel zwei kleine Boote aus Travemünde in schwere Seenot. In jedem Boote sollen sich je ein Lehrer mit Frau befunden haben. Beide Boote schlugen um. Der eine Lehrer und seine Frau konnten sich an Land retten, während der andere Lehrer mit seiner Frau ertrank. Die Versuche, von der Lotsenstation aus die beiden zu retten, waren vergeblich.

Vier Arbeiter verschüttet.

Bei dem Bau der Berliner Untergrundbahnstrecke Alexanderplatz—Lichtenberg gerieten am Montag mittag bei Absenkungsarbeiten in der Frankfurter Allee Sandmassen ins Rutschen. Da gleichzeitig die Absteifung einstürzte, wurden vier Arbeiter in der etwa drei Meter tiefen Grube verschüttet. Der Feuerwehr gelang es, drei der Arbeiter verhältnismäßig rasch zu bergen. Der vierte war zwischen Breitern eingeklemmt und so tief verschüttet, daß nur noch der Kopf herausragte. Seine Befreiung gelang erst nach längerer Zeit und unter großen Anstrengungen. Er wurde ins Krankenhaus überführt, da er schwere innere Verletzungen und einen Nervenchok erlitten hatte.

Raubüberfall in Berlin.

In die Geschäftsräume eines Lombardhauses Ecke der Friedrich- und Mohrenstraße in Berlin, also im Brennpunkt der Reichshauptstadt, drang am Montag früh ein junger Mann. Er bedrohte sofort mit vorgehaltenem Revolver den Kassierer, der — es war kurz vor Geschäftsbeginn — noch allein in dem im ersten Stockwerk gelegenen Raum war. Im selben Augenblick riß der Räuber vier Tausendmarkscheine an sich und verschwand. Obwohl sich die Hausbewohner sofort auf die Suche nach dem Verbrecher machten, fehlt von diesem einstweilen jede Spur.

Schwerer Autounfall in Potsdam.

In der Nauenerstraße in Potsdam stießen am Montag vormittag gegen 11 Uhr ein Lastkraftwagen und ein Personenauto der Reichspost zusammen. Das Postauto geriet dadurch ins Schleudern und rannte auf den Bürgersteig. Hier wurde die Frau eines Schneidermeisters zu Boden geworfen und erlitt dabei so schwere Verletzungen, daß sie bald nach ihrer Einlieferung ins Krankenhaus starb.

7500 Mark für eine Briefmarke.

Bei einer Briefmarkenversteigerung in Berlin erzielte eine rumänische Moldau-Marke, 81 Parale, bläulich, den Rekordpreis von 7500 Mark. Auch die übrigen Marken dieser Serie brachten es auf ansehnliche Summen: 108 Parale, blau 2500 Mark, 54 Parale, grün, 1200 Mark. Eine Hamburger ½-Schilling-Marke, schwarz, erzielte 720 Mark, während sie mit 80 veranschlagt war. Den höchsten Preis von deutschen Marken erreichte eine württembergische 70 Kronen-Marke, violett, für die 2950 Mark gezahlt wurden.

Schweres Autounglück.

Zwischen Schmiedeberg und Lauzmühle verlagte in einer Kurve die Bremse eines Lastautos, auf dem eine Fußballmannschaft vom Spiel heimkehrte. Der Wagen stürzte um und begrub die zwölf Insassen unter sich, von denen zwei getötet und acht schwer verletzt wurden.

Hoteldiebstahl in Karlsbad.

Einem Fabrikanten aus Sachsen wurde in Karlsbad in seinem Hotel aus der versperrten Lade eine Kassette, die kostbare Juwelen enthielt, entwendet. Dem Dieb fielen eine Platinbrosche mit Brillanten, drei Platinringe mit Brillanten, drei Paar Ohrgehänge mit Brillanten und andere Wertgegenstände im Gesamtwerte von etwa 35 000 Kronen in die Hände.

Schweres Automobilunglück bei Bad Homburg.

Sonntag abend kurz nach 9 Uhr verunglückte in der Nähe Homburg von der Höhe ein Kraftwagen. Drei Personen wurden dabei schwer verletzt. Ein anderes Automobil, daß dem verunglückten Wagen folgte, nahm die Verletzten auf und wollte sie in das Homburger Krankenhaus bringen. Am Homburger Schloßgarten verfehlte es den Weg und stürzte in einen Graben. Hierbei trugen die Verunglückten erneut Verletzungen davon. Einer der Verletzten wurde in hoffnungslosem Zustande, die beiden anderen im ernsten Zustande dem Krankenhaus zugeführt.

Alte Arbeitsmethoden.

Japanischer Farmer bei der Bewässerung seines Reisfeldes durch Treten eines Schöpfrades.

Verzweiflungstat einer Mutter.

Sonntag vormittag bemerkten die Bewohner eines Hauses in Frankfurt a. M. im IV. Stock Gasgeruch. Die herbeigerufene Polizei öffnete gewaltsam die von ihnen verschlossene Tür und fand die Frau des Wohnungsinhabers Mundschenk, der augenblicklich außerhalb Frankfurts weilt, bewußtlos in ihrem Bett liegend vor. Ihre zwei Kinder im Alter von fünf und drei Jahren waren bereits tot. Die Frau wurde dem Krankenhause zugeführt. Da sie noch nicht vernehmungsfähig ist, konnte noch nichts über den Grund der Tat festgestellt werden.

Ein weiterer schwerer Autounfall.

Am Sonnabend nachmittag ereignete sich bei Burg (bei Magdeburg) auf der Chaussee zwischen Burg und Schermen ein schwerer Autounfall. Als ein von dem Kaufmann Deckbach-Leipzig gesteuertes Automobil einen Radfahrer überholen wollte, fuhr dieser plötzlich über die Chaussee. Der Lenker des Automobils riß dieses herum, um einen Zusammenstoß zu vermeiden. Dabei geriet der Wagen ins Schleudern und riß zwei Bäume um, wobei das Trittbrett und der hintere rechte Kotflügel beschädigt wurde. Bei dem Anprall schlug der im Auto sitzende Färbereibesitzer Sauerack aus Magdeburg so unglücklich mit dem Kopf gegen einen Baum, daß der Tod auf der Stelle eintrat. Die zwei übrigen Insassen des Automobils kamen mit dem Schrecken davon. Der Radfahrer, ein Arbeiter aus Schermen, wurde trotz des Ausbiegens von dem Auto noch erfaßt und schwer verletzt. Er wurde sofort in das Krankenhaus übergeführt.

Rückkehr Vierkötters.

Der deutsche Langstreckenschwimmer und Bezwinger des Aermelkanals, Ernst Vierkötter aus Köln, trifft am Dienstag an Bord des Dampfers „Westphalia" aus Amerika in Hamburg ein. Vierkötter hat vor kurzem das Toronto-Marathon-Schwimmen und damit rund 100 000 Mark gewonnen.

Hund und Bulle.

In Decheln bei Bad Ems hütete eine Frau mit ihrem Enkelkind das Vieh. Plötzlich stürzte sich ein Bulle im rasenden Lauf auf das Kind. Die Frau warf das Kind zur Seite und stellte sich dem Bullen entgegen, der sie zu Boden stieß. In diesem Augenblick sprang der Hofhund den Bullen an und biß ihn solange in die Nase, bis Hilfe herbeikam.

Zwei Tote bei einem Motorradunfall.

Montag nacht stießen zwischen Latdorf und Popzig bei Bernburg zwei Motorradfahrer gegen einen Baum, wobei die jungen Leute so heftig mit den Köpfen gegen den Baum geschleudert wurden, daß sie sofort tot waren. Das Motorrad wurde zehn Meter weit geschleudert.

Der Tod auf den Schienen.

Eine 27jährige Arbeiterin aus Jastrow, Kreis Deutsch-Krone, warf ihr sechsjähriges Kind und sich selbst vor einen Zug. Beide wurden zerstückelt. Der Grund zu der Verzweiflungstat soll in einem schweren Leiden und Arbeitslosigkeit zu suchen sein.

Flugvorbereitungen in Norderney.

Zurzeit ist man dabei, die Tanks des Montag nachmittag aus Kiel-Holtenau mit den Fliegern Fritz Loose, Loewe und Starke in Norderney eingetroffenen dreimotorigen Junkersflugzeuges zu füllen. Nach den abends vorliegenden Wetterberichten sind die Voraussetzungen für den Start zu einem Fernflug, der dann wahrscheinlich in den frühen Morgenstunden erfolgen dürfte, gegeben.

Sieben Fischer ertrunken.

Bei Langanes auf Island kenterte ein färöisches Fischerboot. Sieben Fischer ertranken. Bisher sind fünf Leichen gefunden worden.

Eisenbahnfrevel.

des Bahnhofs Plettenberg im Sauerland die Lokomotive eines Personenzuges durch zwei auf das Gleis gelegte motive eines Personenzuges durch zwei aus das Gleis gelegte Balken zur Entgleisung gebracht, verletzt wurde niemand.

Ein neuer Weltrekord Arne Borgs.

Bei der Schwimmveranstaltung im Diana-Bad in Wien am Sonnabend stellte der berühmte schwedische Schwimmer Arne Borg im Schwimmen über eine Strecke von 800 Yards gegen eine Stafette, bestehend aus fünf tüchtigen Schwimmern, einen neuen Weltrekord auf. Er schlug seine Gegner in überlegener Manier in 10,: 28,7 Minuten. Desgleichen stellte er im 100-Meter-Freistilschwimmen in der Zeit von 59,4 Sekunden eine neue europäische Höchstleistung auf.

Selbstmord eines Doppelmörders.

In der Nacht vom Sonntag zum Montag hat sich in Oslo der Doppelmörder Rudolf Hansen erhängt. Obwohl er an eisernen Ketten lag, war es ihm gelungen, aus seinem Bettlaken ein Tau anzufertigen. Hansen hatte am Freitag einen Gefängniswärter mit einer Keule, die er sich selbst angefertigt hatte, niedergeschlagen.

Eine folgenschwere Explosion.

In Vichy explodierte am Sonntag eine 155iger Granate in der Villa des Gouverneurs von Straßburg, wobei sein Chauffeur getötet und der Koch verletzt wurde.

Schwerer Straßenunfall in Madrid.

Montag stieß in Madrid ein Straßenbahnwagen mit einem mit eisernen Trägern beladenen Lastwagen zusammen. Der Kutscher wurde getötet, elf Personen wurden mehr oder minder schwer verletzt.

Die Katastrophe von St. Louis.

2000 Helfer, die sich dem Roten Kreuz zur Verfügung stellten, haben mit einer systematischen Hilfsaktion für die 2300 Familien begonnen, deren Häuser in den vom Tornado betroffenen 195 Häuserblocks beschädigt oder zerstört sind. Die Hilfe ist um so nötiger, als schwere Regengüsse die Lage der obdachlosen Familien noch verschlimmern. Das Rote Kreuz schätzt die Zahl der Personen, die nach dem Wirbelsturm sofortiger Hilfe bedürfen, auf 7800. Die Regierungssachverständigen erklären, es sei ein Tornado zweiten Grades gewesen, der wenig Schaden angerichtet hätte, wenn er nur das offene Land betroffen hätte. Die Holzhäuser sind fast durchgängig zu Kleinholz zerschlagen, stärker gebaute Häuser dagegen weniger in Mitleidenschaft gezogen. Ganze Reihen von Häusern verloren ihre Dächer oder Seitenmauern.

Tunney will studieren.

Gene Tunney, der Boxweltmeister, der seinen Ruhm gegen Dempsey behauptet hat, hat große Zukunftspläne, über die er Berichterstattern in Chikago allerlei mitteilte. Man schätzt das Vermögen, das er sich bisher mit seinen Fäusten erworben hat, auf mehr als 2 Millionen Dollar. Dabei ist er erst 29 Jahre. Zunächst will er noch weiter boxen, bis er die stattliche Summe von 20 Millionen Dollar zusammen hat. Ist er ein reicher Mann, dann wird er das Boxen aufgeben, denn er betrachtet diesen Sport nur als ein Mittel, um Geld zu verdienen und sich dann in Muße seinen höheren Zielen zu widmen. Der „Bücherwurm", wie ihn sein besiegter Rivale genannt hat, will nämlich studieren und an einer Universität sein Examen machen. Er hofft, in drei bis fünf Jahren soweit zu sein. „Seit meinem Siege", sagte er, „habe ich Anträge erhalten, die mir für mein Auftreten in Variétés und als Filmstar eine Million Dollar zusichern. Einige von diesen Anerbietungen werde ich annehmen, aber zunächst will ich zwei Monate Ferien machen. Einige berühmte Dramatiker wünschen, Stücke zu schreiben, in denen ich auftreten soll, aber merkwürdigerweise ist keine einzige Aufforderung an mich zum Boxen ergangen. Ich werde eine Tournee durch Amerika unternehmen und Vorträge halten über das Thema: „Wie soll man leben?" Kämpfen werde ich erst wieder im nächsten Sommer, vielleicht ist dann Dempsey mein Gegner. Mein Geld habe ich vorsichtig angelegt, zum Teil in Landbesitz. An Heiraten habe ich nie gedacht. Dagegen ist mein größter Ehrgeiz, einen Grad an einer Universität zu erwerben. Ich beabsichtige, die Notre-Dame-Hochschule in Indiana zu besuchen, vielleicht aber gehe ich auch nach Oxford, um mich dort den Studien zu widmen."

Der Schachwettkampf um die Weltmeisterschaft.

Die sechste Partie des Schachwettkampfes, der zwischen Aljechin und Capablanca in Buenos Aires ausgetragen wird, blieb nach vierzig Zügen remis. Aljechin spielte weiß.

Hitzewelle in Newyork.

Seit Sonnabend wird Newyork und Umgegend von einer außergewöhnlichen Hitzewelle heimgesucht, die eine Temperatur beschieden hat, wie sie Newyork seit 46 Jahren in dieser Jahreszeit nicht mehr erlebte. Das Thermometer stieg am Sonntag auf nahezu 31 Grad Celsius. Damit wurde der heißeste zweite Oktober seit dem Jahre 1871 erreicht. Die Folge war eine allgemeine Flucht in die Badeorte an der Küste, wo ein Leben und Treiben einsetzte wie im Hochsommer. In Newyork selbst ereigneten sich mehrere tödliche Hitzschläge.

Schweres Kraftwagenunglück in Indien.

In Amritsar in Indien stieß an einem Eisenbahnübergang Sonnabend ein volldbesetzter Autobus mit dem gerade vorüberfahrenden Zug zusammen. Fünf Insassen des Automobils, darunter der Führer, waren sofort tot, 23 Personen erlitten Verletzungen.

Die Hochwasserkatastrophe am Oberrhein.

Die Ueberschwemmung der Schweizer Zuflüsse des Oberrheins bis zum Bodensee hat ungeheure Verwüstungen angerichtet. Bild a zeigt den Ort Ruggel in Liechtenstein, der vom Wasser vollkommen eingeschlossen ist, das Bild b die zerstörte große massive Eisenbahnbrücke zwischen Buchs und Schaan.

um seine Freiheit ringt. Sie ist geschichtlich geworden. Nicht immer war die rote Fahne das Abzeichen derer, die gegen die Mächte der Vergangenheit kämpfen.

Unter Karl dem Großen war sie das Zeichen des Blutbannes, das ist die Gerichtsbarkeit über Leben und Tod der Untertanen. Und während des ganzen Mittelalters nahm die Feme unter Berufung auf kaiserliche Legitimation das Recht des Blutbannes für sich in Anspruch. Ueber dem Stuhl des Freigrafen am Femegericht hing deshalb auch die rote Fahne.

Seit Karl dem Großen war die rote Fahne jahrhundertelang Symbol der absoluten Königsmacht und sie wurde später das Zeichen für die ungehemmteste Auswirkung dieser Macht. Wenn im 18. Jahrhundert in Frankreich sich hungrige Bauern gegen ihre Peiniger zusammentaten, wenn sie die Schlösser der Grundherren in Brand steckten, oder wenn verelendete Handwerksgesellen in den Städten gegen die Bedrückungen im alten Frankreich rebellierten, dann verhängten die königlichen Beamten den Kriegszustand und das Standrecht; und als Zeichen der ungehemmten, an nichts gebundenen Macht der königlichen Gewalt entrollten sie die rote Fahne.

Auch während der großen französischen Revolution sehen wir die rote Fahne noch einmal diese schmähliche Rolle spielen. Das Volk von Paris hatte sich am 17. Juli 1791 auf dem Marsfeld zu einer großen Kundgebung gegen das Königtum versammelt. Nationalversammlung und Gemeinde widersetzten sich. Der Kriegszustand wurde zum Schutz des Königtums und des neuerstandenen Großbürgertums verhängt. Lafayette und Bailly erschienen mit 1200 Mann Infanterie, Kavallerie und mit drei Geschützen auf dem Marsfeld. Bailly ließ die rote Fahne als Zeichen des Kriegszustandes entrollen und tausendstimmig gellte ihm der Ruf aus der Menge entgegen: „Nieder mit der roten Fahne!" Als dann ein Steinhagel folgte, ließ Lafayette unter die dichtgedrängte Menge feuern.

Aber schon im nächsten Jahre, am 10. August 1792, trat eine entscheidende Wendung ein. Ein neuer Aufstand wurde geplant, der mit der Absetzung des Königs enden sollte. In der Vorstadt Saint Antoine kam man zu Besprechungen zusammen und bei der Vorbereitung des Aufstandes tauchte auch der Gedanke auf, die rote Fahne zum Symbol des revolutionären Volkes umzuwandeln. Als das Volk von Paris am 10. August sich erhob, die Tuilerien besetzte und die Absetzung und Gefangennahme des Königs erzwang, als es das allgemeine Wahlrecht eroberte und die Kommune von Paris zum wirklichen Machthaber der folgenden Revolutionsjahre erhob, marschierten seine Massen zum erstenmal hinter roten Fahnen.

Von da ab blieb die rote Fahne in der Erinnerung des Volkes, untrennbar verknüpft mit der Erhebung gegen die Mächtigen. Und wenn sie auch Napoleon herunterholte und dafür die Trikolore setzte, und wenn auch diese, dem bourbonischen Lilienbanner weichen mußte, die Erinnerung an die rote Fahne und an den unter ihm erkämpften Sieg blieb im Gedächtnis des Volkes. Wenige Jahrzehnte später, in der französischen Februarrevolution 1848 wurde die Erinnerung an den 10. August wieder lebendig und am 25. Februar 1848 erschienen proletarische Barrikadenkämpfer und forderten von der provisorischen Regierung unter anderem die Erklärung der roten Fahne zum Nationalsymbol Frankreichs.

Friedrich Mendel hat eine sehr lesenswerte Broschüre*) über die Geschichte der roten Fahne geschrieben, worin er in manchen Punkten eine andere, als die hier vertretene Auffassung vertritt. Vor allem weist er darauf hin, Louis Blanc habe am 25. Februar 1848 in Zweifel gezogen, ob auf dem Marsfeld überhaupt die rote Fahne gezeigt worden sei. Aber auch er betont, daß während der ganzen revolutionären Epoche von 1848 die rote Fahne nicht aus den Straßen von Paris verschwand. Die Rebellen erzwangen die Errichtung der Nationalwerkstätten durch bewaffnete Demonstrationen unter der roten Fahne, und als man nach Schließung der Nationalwerkstätten ernsteste Arbeiterrevolten auslöste, als die Arbeiter gegen Cavaignac auf die Barrikaden stiegen, kämpften sie gleichfalls unter der roten Fahne. Die bürgerliche Presse jener Zeit feierte dann nach den Kämpfen Lamartines den „Sieg über die rote Fahne".

In Deutschland stand 1848 die bürgerliche Revolution unter dem Zeichen von Schwarz-Rot-Gold. Aber auch damals tauchte vereinzelt die rote Fahne auf. So berichtet die „Leipziger Illustrierte Zeitung" in ihrer Nummer 261 vom 1. Juli 1848 vom Sturm auf das Berliner Zeughaus am 14. Juni über das Wegtragen eines Gefallenen: „Die eine Leiche wurde durch die Königs- und Klosterstraße getragen, gefolgt von einer roten Fahne und einer Menge Volks". Auch im badischen Septemberaufstand von 1848 finden wir die rote Fahne. Die „Leipziger Illustrierte Zeitung" entwirft über Struves Einzug in Staufen folgendes Bild: „Voran einige Trommeln und eine Musikbande, dann der Fahnenträger mit der roten Fahne, drei Offiziere zu Pferde, alle mit roten Schärpen und gleichfarbigen Binden, gefolgt von etwa 300 sehr gut bewaffneten Scharfschützen mit großen Bärten und dunkelbraunen, wilden Gesichtern, meistens Italienern, nach diesen wieder rote Fahnen, Offiziere zu Pferd und 2000 soldatisch aussehende Männer mit sehr glänzenden Gewehren, alle mit roten Binden".

Während der Pariser Kommune 1871, war die rote Fahne beherrschend und als General Bergoret die Nationaltruppen musterte, sagte er in seiner Ansprache an die Truppen, während er in der Rechten eine rote Fahne hielt: „Wir haben der Welt gezeigt, daß eine Regierung ihre wahre Stärke nicht in einer Armee, sondern im Volke selbst besitzt, das durch die Prinzipien der Freiheit geführt wird. Diese Fahne ist nicht das Symbol von Blut, Anarchie und Verwirrung, sie ist das reine Sinnbild des Volkes! Es lebe die Kommune!"

Das reaktionäre Bürgertum hat die Pariser Kommune in Strömen von Blut erstickt und die rote Fahne als Zeichen blutiger Anarchie und Gewalt verleumdet. Sie ist und bleibt aber, trotz aller Schmähung das reine Zeichen des Befreiungskampfes aller Schaffenden. Rote Fahnen wehten am 9. November 1918 den proletarischen Massen voran, als das Kaiserreich zusammenbrach und die Republik geboren wurde. Rote Fahnen flattern überall, wo das Proletariat für Recht und Freiheit, für den Sozialismus kämpft. Tausendfach geheiligt ist uns die rote Fahne durch die Kämpfe der Vergangenheit und der Gegenwart. Und so rein, wie wir sie übernommen haben, wollen wir sie bewahren und vorwärts stürmen mit ihr, bis wir sie einst kämpfend und siegend durch die Tore einer neuen Freiheit tragen können.

Felix Fechenbach.

*) Die Rote Fahne, Verlag Auer u. Co., Hamburg.

Der Pikkolo.

Der Pikkolo — das war und ist leider auch heute noch eine beliebte Witzblattfigur, eine Zielscheibe für allerlei dumme Scherze, ein Prügelknabe für rohe Spaßmacher. Man vergißt ganz, daß in dem weißen Pikkolokittel zumeist ein blasser, blutarmer Proletarierbub steckt, der den ganzen Tag bis in die späte Nacht hinein hin- und herlaufen muß, und von dem bißchen Trinkgeld, das für ihn abfällt, mit seinen vierzehn, fünfzehn Jahren, schon zum Haushalt beitragen muß, ja heute, in der Zeit der Massenarbeitslosigkeit, oft der einzige „Verdiener" in der Familie ist. Und man vergißt vor allem, daß der Pikkolo doch ein junger Arbeiter ist, den die Würde der Arbeit ebenso adelt wie jeden anderen, in dem das Selbstbewußtsein, das jeden denkenden Arbeiter auszeichnet, nicht ertötet werden darf.

Man vergißt leider auch heute noch vielfach daran. Am allerschlimmsten aber ist es, wenn das die älteren Arbeitskameraden des Pikkolos selbst tun, und den jungen Burschen, statt ihn zu einem aufrechten Arbeiter zu erziehen, in unwürdiger Weise behandeln. Der Kellner Johann Reischel steht wegen einer solchen Mißhandlung vor Gericht. Er hat seinem Pikkolo eine derbe Ohrfeige gegeben. Und als der Junge daraufhin zu heulen anfing, meinte der nervöse Kellner, der Pikkolo mache absichtlich Aufsehen, ging ins andere Zimmer, versetzte ihm wieder ein paar Schläge ins Gesicht, so daß der Junge aus der Nase blutete, und riß ihn an den Haaren. Der Pikkolo von heute ist aber doch schon so weit, um zu wissen, daß er sich das nicht gefallen zu lassen braucht. Er lief zur Polizei, wo der Arzt mehrere Kratzwunden und Beulen feststellte.

Der Kellner verantwortete sich damit, daß er geglaubt habe, der Bub wolle ihn frozzeln. Er hatte sich freigenommen, um nach Hause zu gehen; aber der Grund, den er angegeben hatte, war nach der Meinung des Kellners nur eine Ausrede. „Und so hab' i ihn halt a bissel beutelt."

Er kam mit zwölf Stunden Arrest mit Bewährungsfrist sehr billig davon, wird sich aber hoffentlich kein zweitesmal zu solchen Roheiten hinreißen lassen. Auch gegen einen Pikkolo nicht!

(Aus dem „Kleinen Blatt", Wien.)

Berufsausbildung.

Nur durch Betätigung für uns oder die menschliche Gesellschaft erhalten wir unser Leben; Arbeit ist gesellschaftliche Notwendigkeit. Je leistungsfähiger der Einzelne ist, desto besser wird sich seine wirtschaftliche Lage gestalten. Leistungsfähigkeit in der Arbeit hängt ab von der Geeignetheit für den Beruf, einer guten fachlichen Ausbildung und der inneren Anteilnahme am Schaffen. Jeder Mensch wird das Bestreben haben, sein Leben so zu gestalten, daß er innerlich befriedigt ist; daß er nicht vom Alltag mit seinen Nöten und Sorgen erdrückt wird.

Die moderne Berufsausbildung hat hier einzusetzen, gleichviel, ob es sich um sogenannte gelernte oder ungelernte Berufe handelt. Die Veranlagung für einen Beruf muß durch Eignungsprüfungen festgestellt werden; der junge Mensch muß Kenntnis der Licht- und Schattenseiten seines Wahlberufes besitzen und endlich als Wichtigstes, die Berufsausbildung in Werkstatt und Schule muß so gestaltet werden, daß jeder einzelne ein tüchtiger Facharbeiter wird.

Die Wirklichkeit bringt die jungen Menschen in irgendeinen Beruf hinein, weil man glaubt, die Verdienstmöglichkeiten wären da oder dort die günstigsten, weil man froh ist, daß der junge Mensch auf diese Art am schnellsten selbst seinen Unterhalt bestreiten kann. Der Widerspruch zwischen Wirklichkeit und unseren Wünschen entfremdet uns von der Arbeit und läßt sie zur Qual werden. Wir wollen aber, daß die Arbeit Freude werde. Wir fordern deshalb entscheidende Mitarbeit der freien Gewerkschaften bei allen Fragen der Berufsausbildung. In den Gewerkschaften sind die Menschen organisiert, die aus Erfahrung wissen, was jeder für Kenntnisse in der Praxis besitzen muß. Wir wollen aber nicht nur fordern, sondern durch rege Mitarbeit in den Gewerkschaften dafür sorgen, daß unsere Forderungen Wirklichkeit werden.

Für die Arbeiter-Jugend

Sonderbeilage zur Werbewoche des Freigewerkschaftlichen Jugendkartells Breslau

Junge Kopf- und Handarbeiter

Tag um Tag schafft Ihr in Werkstatt oder Büro, opfert Eure junge Arbeitskraft und bekommt dafür geringes Entgelt, wenig Freizeit, mangelhafte Berufsausbildung.

Wir rufen Euch

auf, mit uns gemeinsam für menschenwürdige Bezahlung, ausreichenden Schutz der Arbeitskraft, für gute Berufsausbildung zu kämpfen. Gemeinsam müssen wir unsere Forderungen aufstellen und erkämpfen; darum kommt

zur Kundgebung der FGJ

Sonntag, den 9. Oktober 1927, vormittags 10 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Margaretenstraße 17.

Musik / Gesang / Rezitationen / Walter Maschke-Berlin spricht!

Freigewerkschaftliches Jugendkartell Breslau

Was wir wollen.

Wir wollen, daß die Freizeit der jungen Menschen geregelt wird. Nicht mehr soll die Durchschnittsarbeitszeit junger Arbeiter zehn und noch mehr Stunden betragen. Acht Stunden tägliche Arbeitszeit sind genug Anspannung für den jugendlichen Körper. Wir wollen, daß jeder Jugendliche das freie Wochenende erhält. Es geht nicht an, daß jeder achte männliche und jede siebente weibliche Jugendliche Sonntags arbeiten muß. Wir wollen, daß jeder Jungarbeiter, gleichviel ob lernender oder nicht lernender, jährlich zwei bis drei Wochen Ferien erhält. Wir wollen ferner, daß die jugendliche Arbeitskraft vor übermäßiger Anstrengung und vor Verwendung in gesundheitsgefährlichen Betrieben (Schleifereien usw.) geschützt wird.

Immer wieder betont alle Welt: Die Jugend hat die Zukunft. Man gibt damit zu, daß Jugend nicht gegenwärtig bestimmend oder handelnd tätig ist, sondern Vorbereitung für künftige gesellschaftliche Betätigung. Wir Jungen sind die Arbeitskraft einer Gesellschaft, die erst in 10 bis 15 Jahren Verwendung dafür hat. Unser Körper soll erst für künftige Leistungen heranreifen, die natürliche Reifezeit unseres Leibes fällt mit der gesellschaftlichen zusammen. Soll etwas wirklich ausreifen, so muß man Zeit lassen, bis man klar ist, wirkliche Reife erreicht zu haben. Wie sieht die Wirklichkeit aus: lange Arbeitszeit, keine Ferien, schlechte Entlohnung. Uebermäßige Anstrengung sind überall wahrzunehmen. Wir treiben Raubbau an den Kräften künftiger Gesellschaft, wenn wir die Ausnützung jugendlicher Arbeitskraft weiter zulassen. Jeder junge Mensch hat das Bestreben, nicht frühzeitig seine Kräfte auszugeben, um dann später ausgemergelt und sich nicht mehr leistungsfähig zu sein. Der Kampf der organisierten Jungarbeiter wendet sich gegen diese Ausbeutung. Auch du, junger Arbeiter, auch du, junge Arbeiterin, darfst diesem Kampfe nicht fernstehen; auch du gehörst in die Reihen derer, die für Jugendschutz kämpfen.

Komme in die freie Gewerkschaftsjugend!

Jugendarbeit im Holzarbeiter-Verband.

Der Deutsche Holzarbeiter-Verband hielt am 4. und 5. September in Berlin seine erste Reichskonferenz der Jugendleiter ab. Nachdem beim Verbandsvorstand 1922 ein Jugendsekretariat errichtet worden ist, wird unter den zahlreichen Lehrlingen und jugendlichen Arbeitern beiderlei Geschlechts eine planmäßige Agitation betrieben. Gegenwärtig bestehen in 108 Orten Jugendabteilungen mit 20 000 Mitgliedern. Davon sind rund 13 000 Lehrlinge, außerdem 5300 männliche und 2100 weibliche Jugendliche. In den Jugendabteilungen herrscht erfreulich reges Leben. 1926 betrug die Zahl der Veranstaltungen (Vorträge, Unterrichtskurse, Versammlungen, Wanderungen, Elternabende, Museenbesuche usw.) 2093 und die Zahl der Besucher 64 288. Starker Beliebtheit erfreuen sich die beruflichen Fachvorträge und Fachkurse. Die Jugendlichen erhalten neben der „Holzarbeiter"-Zeitung" die monatlich erscheinende „Holzarbeiter-Jugend".

Die Reichskonferenz der Jugendleiter wurde mit einem Vortrag des Jugendsekretärs Kollegen Timm über die „Bedeutung und Entwicklung unserer Jugendarbeit" eingeleitet. Timms Ausführungen fanden wertvolle Ergänzungen durch zwei Vorträge über Erfahrungen aus der Praxis der Jugendleiter. Kollege Ballduff-Stuttgart behandelte die Jugendarbeit in der Großstadt und Kollege Pfeiffer-Glauchau die in der Klein- und Mittelstadt.

In der Aussprache fand die Tätigkeit des Jugendsekretärs volle Anerkennung, ganz besonders gerühmt wurden Inhalt und Aufmachung der „Holzarbeiter-Jugend". Angenommen wurden drei Entschließungen. Die erste richtet an alle Verbandsmitglieder die dringende Bitte, die Jugendarbeit im Verbande mit allen Kräften zu fördern. Die Ortsverwaltungen werden ersucht, Jugendabteilungen zu errichten und ständig auszubauen. In allen Orten ist auf die Mitarbeit im gewerkschaftlichen Jugendkartell der größte Wert zu legen. Veranstaltungen allgemeinen Charakters sollten, soweit angängig, gemeinsam mit den am Jugendkartell beteiligten Organisationen durchgeführt werden. Die zweite Entschließung begrüßt die Absicht einer gesetzlichen Neuregelung des Berufsausbildungswesens. Der vorliegende Gesetzentwurf entspricht nicht den berechtigten Forderungen der Arbeiter. Die Gewerkschaften müssen in den für die Berufsausbildung in Betracht kommenden Körperschaften mit voller Gleichberechtigung beteiligt werden.

Die dritte Entschließung verweist auf die heute ungenügende Ferienregelung für die Jugendlichen und ersucht den Verbandsvorstand, sich mit ganzer Kraft für den Ausbau der tariflichen Ferien, sowie einer gesetzlichen Regelung des Urlaubs für Lehrlinge und Jugendliche einzusetzen.

Den Schluß der Tagung bildete ein Referat des Verbandsvorsitzenden, Kollegen Tarnow, über „Die gewerkschaftliche und wirtschaftspolitische Erziehung unserer Jugend". Der Verlauf der ersten Reichskonferenz der Jugendleiter berechtigt, wie der Leiter der Konferenz, Kollege Jakob, am Schlusse der Veranstaltung feststellte, zu der Hoffnung, daß die Jugendarbeit der Holzarbeiter in der nächsten Zeit einen kraftvollen Aufschwung nehmen wird.

Das Recht der gewerkschaftlichen Organisation für Jugendliche.

Nach Artikel 159 der Reichsverfassung ist für „jedermann und für alle Berufe" die Vereinigungsfreiheit „zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen" gewährleistet. Trotzdem wird in Lehrverträgen oftmals der Eintritt in Vereine von der Erlaubnis des Lehrherrn abhängig gemacht. Solche Maßnahmen, die die Freiheit des einzelnen einschränken, sind rechtswidrig.

Auf eine Anfrage des Handwerkskammertages hat der Reichswirtschaftsminister betont, daß die „fragliche Bestimmung des Lehrvertrages zu streichen" ist, und in bezug auf die Rechtslage folgendes geantwortet:

„Nach Artikel 159 der Verfassung vom 11. August 1919 ist die Vereinigungsfreiheit zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen für jedermann und für alle Berufe gewährleistet; alle Abreden und Maßnahmen, welche die Freiheit einschränken oder zu verhindern suchen, sind rechtswidrig. Soweit es sich um den Beitritt von Lehrlingen zu Vereinen handelt welche die im Artikel 159 der Reichsverfassung erörterten Zwecke verfolgen, ist das im Lehrvertrage ausgesprochene Beitrittsverbot und das für den Fall der Zuwiderhandlungen gegen dieses Verbot vereinbarte Entlassungsrecht des Lehrherrn unwirksam".

Streiflichter aus dem Leben des jungen Arbeiters.

Der „kurze" Arbeitstag.

Ein Lehrling wohnt außerhalb der Großstadt. Die Arbeit beginnt um 6 Uhr. 4,40 Uhr fährt der Zug, den er benützen muß, wenn er pünktlich in Arbeit sein will. Er ist also gezwungen, schon um 4 Uhr aufzustehen. Die reine Arbeitszeit beträgt 8 Stunden; hinzu kommen ferner eine halbe Stunde Mittag. Nachmittags 16,21 Uhr ist der Jugendliche erst in seiner Wohnung. Der Lehrling ist also täglich 12 Stunden 21 Minuten nur seines Berufes willen unterwegs. Rechnen wir nun 7 Stunden Schlaf, so stehen dem Jugendlichen täglich 4 Stunden 39 Minuten Freizeit zur Verfügung. Wahrlich sehr viel Zeit für Körperpflege, Weiterbildung und Erholung.

Lehre oder . . .?

Ein Bauklempnerlehrling. Arbeitsbeginn 7 Uhr, Ende 18 Uhr. Einzubeziehen in diese Arbeitszeit sind zwei halbstündige Pausen. Dazu kommt noch ein Gesamtweg von und zur Arbeitsstätte von 40 Minuten Dauer; Gesamtarbeitszeit elf Stunden 40 Minuten. Der betreffende Lehrling ist körperlich sehr schwach, trotzdem muß er jeden Morgen den Handwagen mit Werkzeug und Material beladen nach der Arbeitsstelle fahren. Der „Herr Geselle", in diesem Falle ein Meistersohn, geht auf dem Bürgersteig und läßt den Lehrling sich allein mühen. Abends dasselbe Bild. Der Jugendliche ist abends so abgespannt, daß er für nichts anderes mehr Interesse hat, als wie für den Schlaf.

Die beste Verwendung der Lehrzeit.

Ein Großbetrieb. Zur Obliegenheit des Lehrlings gehört es, die im Betrieb beschäftigten, kurz vor der Mittagspause, sowie 1½ Stunden nach derselben zu fragen, ob dieselben irgendwelche Bedürfnisse nach Nahrungsmitteln haben, welche dann von dem Lehrling aus der Werkskantine geholt werden. Durch diese beiden Botengänge geht täglich eine Arbeitsstunde verloren; jährlich (300 Arbeitstage gerechnet) ergibt das 87½ Arbeitstag (gleich täglich 8 Stunden). Und für Ferien für Jugendliche gibt es keinen Ueberfluß an Zeit.

Woher kommt der Reichtum?

Lehrer: Bedenk, o Kind, woher sind diese Gaben? Du kannst nichts von dir selber haben?
Kind: Ei, alles hab' ich vom Papa.
Lehrer: Und der, woher hat's der?
Kind: Vom Großvapa.
Lehrer: Nicht doch! Woher hat's denn der Großpapa bekommen?
Kind: Der hat's genommen!

Goethe.

Warum ist Armut im reichsten Lande der Welt?

Von Upton Sinclair.

Upton Sinclair ist für die deutsche Arbeiterschaft kein Fremder mehr. Zu seinen berühmten Romanen, die uns einen tiefen Einblick in das Leben jenes anderen Amerika vermitteln, von dem wir durch die üblichen Reiseschilderungen nichts erfahren, fügt er jetzt eine kleine Broschüre „Letters to Judd" (Briefe an Judd). In ganz einfacher Form versucht er hier, dem amerikanischen Arbeiter einen ersten Einblick in die Klassengegensätze zu verschaffen, ihm die Grundzüge sozialistischen Denkens näher zu bringen. Die „Chemnitzer Volksstimme" ist in der Lage, als erste deutsche Zeitung einen Ausschnitt aus dieser interessanten Schrift zu geben.

Lieber Judd!

Ich sagte, daß Arbeitslosigkeit eine Krankheit des Profitsystems ist und unheilbar ist, solange dieses System besteht. Ich werde nun zeigen, warum das so ist; denn diese Dinge sind die wichtigsten der Welt, die je ein Arbeiter verstehen muß. Sie sind vollkommen einfach. Jedes Kind kann sie verstehen, doch werden sie niemals in den Zeitungen erwähnt und niemals in irgend einer Schule behandelt. Der Grund dazu ist ebenfalls einfach. Jeder Schriftsteller, der sie veröffentlicht, jeder Lehrer, der sie lehrt, verliert unmittelbar seine Stellung.

Mit der Flut der von Maschinen hergestellten Waren wird es für die Unternehmer immer schwerer, die Erzeugnisse abzusetzen. Sie legen ihr Geld von neuem an, d. h. es wird gebraucht, um mehr Maschinen zu machen und damit mehr Waren herzustellen, die für weiteren Profit verkauft werden müssen. Es sind aber bereits mehr Waren vorhanden, als verkauft werden können. Es gibt also nicht genügend Profit, um das Verlangen der großen Masse aufgehäuften Kapitals zu befriedigen. Es entsteht eine Sättigung von Waren, Fabriken haben zu schließen und wir haben „schwere Zeiten".

Nun, was sind „schwere Zeiten", Judd?

Schwere Zeiten sind, wenn Getreidebauer verhungern, weil sie zu viel Nahrungsmittel geerntet haben.

Schwere Zeiten sind, wenn Weber in Lumpen herumlaufen, weil sie zu viel Kleiderstoffe gemacht haben.

Schwere Zeiten sind, wenn Zimmerleute keine Wohnung haben, weil sie zu viel Häuser gebaut haben.

Schwere Zeiten sind, wenn Arbeiter ihren Herren die Welt gestaltet haben und nun hinausgeht sind, nach irgend einem anderen Planeten zu verschwinden.

Du willst sicherlich sagen, Judd, daß derartige widerspruchsvolle Dinge nimals geschehen. Darauf kann ich nur antworten: Gerade heute erleben sie mehrere Millionen Amerikaner, die nach Beschäftigung jagen und sie nicht finden.

Dieser Wahnsinn der „schweren Zeiten" erscheint periodisch in großen Wellen, die unter „Krisenperioden" bekannt sind. Sie treten in Intervallen von sieben bis zehn Jahren auf und sind ebenso unvermeidlich wie die Gezeiten. Aber falls du die Ursachen angiebst, wirst du ein Ausgestoßener der Gesellschaft, und so gibt sie naturgemäß keiner an; ausgenommen sind einige Ausgestoßene, wie ich.

Die Professoren der Oekonomie geben zu, daß dieses Elend durch Ueberproduktion verursacht wird. Wir müssen genau erfahren, was das ist. Es heißt nicht, daß wir mehr produziert haben, als wir gebrauchen, nein im Gegenteil. Wir haben Millionen, die unter dem Durchschnittseinkommen leben müssen. Unser Durchschnittslohn ist 1200 Dollar im Jahr. Die Ausgaben, um eine Familie mit dem Notwendigsten zu versehen, betragen 2000 Dollar. Es kommt aber nicht darauf an, wieviel die Leute brauchen, sondern nur das zählt, was sie kaufen können.

Nun, seit wir amerikanischen Verbraucher unser eigenes Erzeugnis nicht kaufen können, müssen die Besitzer der Produktionsmittel irgendwo anders nach Kunden ausschauen. So entsteht die Jagd nach fremden Märkten. Verstehe mich recht, ich bekämpfe nicht den Handel mit Dingen, die wir nicht selbst herstellen können. Der Tausch von Automobilen und Filmen gegen Bananen und Kaffee ist ein normales Geschäft.

Worüber ich spreche, ist die Fülle von Waren, die wir nicht bei uns verkaufen können, sondern drüben verkaufen müssen, mit der Drohung, daß sonst unsere Arbeiter dem Verhungern preisgegeben sind. Wir nehmen nicht Waren im Austausch, nein, das würde unsere Industrie zerstören. Wir schützen diese durch eine hohe Zollmauer. Was wir nehmen, sind Papiere, die versprechen, uns später einmal zu bezahlen. Wir fahren fort, mehr zu verkaufen als zu kaufen, füllen unsere Bankgewölbe mit diesen Wechseln und nennen das „günstige Handelsbilanz".

Aber die hochentwickelten Nationen Groß-Britanniens und Frankreichs, Deutschlands, Italiens und Japans, sie alle sind in genau derselben Verfassung wie wir. Sie haben auch mehr Erzeugnisse, als ihre halb verhungerten Arbeiter kaufen können. Auch sie blicken nach fremden Märkten, um ihre Industrie vor dem Zusammenbruch zu retten. Jede glaubt eine Möglichkeit zur Rettung durch Verkauf an zurückgebliebene Nationen zu finden, welche nicht selbst erzeugen können. So können wir von diesen eigenartigen Verhältnissen behaupten:

Die Existenz der amerikanischen Industrie hängt von dem Verkauf von Wollhemden an die Chinesen ab, die selbst so arm sind, daß sie sich auf einmal nicht mehr als ein Hemd leisten können.

Und nun beobachte den nächsten Schritt. Mit dem Verlust unsere eigene Industrie zu schützen, bedrohen wir mit Ruin die Industrie anderer Länder; sagen wir Japan. Naturgemäß haben das die Unternehmer in Japan nicht gern.

So entsteht Handelseifersucht und daraus Krieg.

Die Ursache des modernen Krieges soll in einem Satze festgehalten werden und ich bitte dich, festzustellen, daß das keine Scherz ist, sondern die ernsteste aller Tatsachen:

Wenn wir andere Nationen nicht bekriegen, werden diese uns die Aussicht nehmen, den Chinesen jene Wollhemden zu verkaufen, von denen unsere Arbeiter so viel gemacht haben, daß sie selbst in Lumpen laufen müssen.

II.

Ich könnte uneingeschränkt so fortfahren, über dieses seltsame System spaßige Sätze zu machen. Ich könnte die Geschichte erzählen, wie England und Deutschland miteinander in Krieg gerieten, um einander die Möglichkeit zu nehmen, Hemden den Chinesen, den Hindus und Persern, Arabern und Türken zu verkaufen. Als sie 30 Millionen Menschen und für 300 Milliarden Dollar Güter zerstört hatten, wirst du denken, daß sie ihre Ueberproduktion für eine Weile geheilt haben. Sie haben aber eine falsche Rechnung gemacht. Sie kämpften zu lange und borgten zu viel Geld von uns. Daher sind ihre Regierungen mit Wechseln überlastet. Wir haben heute chronische Arbeitslosigkeit sowohl in Großbritannien als auch in Deutschland und fast zusammenbruch in Frankreich.

Und nun wir? Wir haben jene so heiß ersehnte „günstige Bilanz". Wir haben in der Tat derart viel bekommen, daß wir zunächst zu der Feststellung gezwungen sind, daß es nichts als Wind ist. Europa schuldet uns in irgendwelcher Form ungefähr 19 Milliarden Dollar. Es kann nicht mal die Zinsen bezahlen. Sie machen nicht mal den Versuch dazu, als bis sie wiederum mehr borgen wollen. Italien kam mit diesen Verdrehungen und Lächeln. Es klimmte dem zu, im Laufe von 65 Jahren mehrere Billionen zu bezahlen unter der Bedingung, daß wir weitere 200 Millionen Dollar leihen. Deutschland machte dasselbe und Frankreich wird es tun, ehe diese Zeilen das Licht der Welt erblicken. Unsere großen Finanziers nehmen diese papiernen Pfänder an, weil sie direkt für 19 Milliarden Dollar dazu besitzen und nicht übersehen können, was geschieht, wenn alles in Dunst und Rauch aufgeht. Jährlich fügen wir über eine Billion hinzu, weil der einzige Weg, unsere Industrie hochzuhalten, ist, das Mehr an Erzeugnissen abzusetzen und nichts dafür zurückzunehmen, das unsere Betriebe ruinieren würde.

Erinnere dich! Wir versprachen unserem Volke „Wohlstand", wenn es für Coolidge stimmen würde. Die Leute, lange guten, geduldigen Seelen, taten es. Der Weg den „Wohlstand" ist, sie bei Arbeit zu halten, um Franzosen und Deutsche, Italiener und Chinesen, die Leute von Guatemala und Haiti dazu, irgend jemand zu nähren und zu kleiden, sobald dies uns ein wunderbar gezeichnetes Stück Papier mit dem Versprechen schicken, uns in 65 Jahren zu bezahlen. Um genau zu sein, Judd, sie haben es nicht mal nötig, das Papier zu zeichnen. Wir erledigen das in Wall-Street und sie senden uns eine „Million" weißer, gelber oder schwarzer Gentlemen im Frack, um gegenüber dem roten Siegel zu unterzeichnen. Hier, Judd, hast du dieses wundervolle Zahlsystem in seinem endgültigen naturwissenschaftlichen Studium.

Unser Volk verhungert durch verkürzte Löhne und sendet den Ueberschuß über See, damit unsere Kapitalisten ihre Kassen mit Papieren füllen können, die sie nicht wegen, einlösen zu lassen. Wir haben bereits mehr als die Hälfte des Geldes der Welt und weit entfernt, mehr zu nehmen, schicken wir Ihm wieder etwas über See, um schuldnernationen vor dem Bankrott zu retten. Unser gegenwärtiges System der Hochfinanz ist ein glühender Kessel, der sich von anderen Kesseln nur in einem Punkte unterscheidet.

Er ist so groß wie die Welt.

* * *

„Warum ist Armut im reichsten Land der Welt?" fragt Sinclair und gibt selbst die Antwort darauf. Auch in dem glücklichen Land der unbegrenzt erscheinenden Nahrungsfelder und weiten noch um oder schwachbesiedelter Landstrecken herrscht unerbittlich der Kapitalismus mit seinen Ausbeutungsgesetzen, auch in Amerika gibt es unbeschadet eines relativ hohen Lebensstandards qualifizierter Arbeitskräfte Elend, Arbeitslosigkeit und Hunger. Diese Gleichartigkeit des Schicksals proletarischer Menschen ist die Grundlage, auf der sich für uns die Erkenntnis der Notwendigkeit der sozialistischen internationalen Solidarität aller vom kapitalistischen System Ausgebeuteten aufbaut.

Die rote Fahne.

Wenn die sozialistischen Arbeiter ihre hohen Kampfziele demonstrieren, wenn die Arbeiterjugend zu ihren Kundgebungen aufmarschiert, wenn das Proletariat seinen Weltfeiertag begeht, immer und überall wehen dann rote Fahnen. Die rote Fahne ist uns Symbol des Befreiungskampfes des Proletariats, Symbol des Sozialismus. Beim internationalen Sozialistenkongreß hat jemand einen Beschluß gefaßt, die rote Fahne allgemeingültig zum Wahrzeichen dieses Befreiungskampfes erhebt. Und doch weht sie überall, wo das Proletariat